

ao

aktuelle
ostinformationen



Studienreise Vietnam



Impressum

Liebe Leserinnen und Leser,

die vorliegende Ausgabe der „aktuellen ostinformationen“ zeichnet sich durch eine große Themenvielfalt aus. Zwar steht – wie gewöhnlich – der europäische Integrationsprozess mit all seinen Unwägbarkeiten und Problemen wiederum im Mittelpunkt unserer Beiträge, aber auch weltwirtschaftliche Fragestellungen (Elżbieta Mączyńska) sowie ein Reisebericht aus dem fernen Vietnam (Navina Engelage) haben Eingang in dieses Heft gefunden.

Insgesamt spiegeln die Artikel die beiden grundlegenden Aufgaben außerschulischer politischer Bildung wider. Neben einer weitgehend emotionslosen, möglichst objektiven Analyse und Berichterstattung (Anna Barwińska, Gerhard Schüsselbauer) geht es auch um die normative Zielsetzung unserer Arbeit, die in einer Zeit weltweiter Umbrüche und der damit verbundenen weitreichenden Verunsicherung immer mehr an Bedeutung gewinnt.

Dies findet in der ersten drei Artikeln dieses Heftes seinen Ausdruck. Darin werden die aktuelle Krise der Weltwirtschaftsordnung (Elżbieta Mączyńska) sowie die tiefreichenden politischen Widersprüche in einem – trotz aller Interessengegensätze – zusammenwachsenden Gesamteuropa (Theo Mechtenberg) diskutiert, es wird aber auch dargestellt, vor welchen Herausforderungen eine außerschulische politische Bildung steht, die sich schwerpunktmäßig mit den Transformations- und Integrationsprozessen in Ostmittel- und Südosteuropa sowie mit den Rahmenbedingungen für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit ausgewählten Repräsentanten dieses Teils von Europa beschäftigt (Zbigniew Wilkiewicz).

Zbigniew Wilkiewicz

Inhalt

Beiträge

Zbigniew Wilkiewicz

Bildungsaufgaben für ein friedliches und solidarisches Europa angesichts sozialpolitischer und wirtschaftlicher Konfliktlagen (Schwerpunkt Ostmitteleuropa) 4

Theo Mechtenberg

Das Ende der Diktaturen – Hinwendung nach Europa? 9

Elżbieta Mączyńska

Die Ökonomie und der zivilisatorische Umbruch 23

Anna Barwińska-Małajowicz

Berufsstart von Hochschulabsolventen am Beispiel der Partnerstädte Rzeszów und Bielefeld 41

Gerhard Schüsselbauer

Tschechien und Ungarn nach den Parlamentswahlen 2010 60

Reisebericht

Navina Engelage

Urlaubsregion und Schwellenland: Das sozialistische Vietnam im Wandel 78

Rezensionen

Deutsches Polen-Institut: Jahrbuch Polen 2010. Migration 92

Kamila Mazurek, Thomas Mehlhausen: Między sceptycyzmem a zaufaniem. Stosunki polsko-niemieckie w dobie przeobrażeń. Zwischen Skepsis und Vertrauen. Die deutsch-polnischen Beziehungen im Wandel 94

Angela Harre: Wege in die Moderne. Entwicklungsstrategien rumänischer Ökonomen im 19. und 20. Jahrhundert. 96

Klaus Kremb (Hg.): Weltordnungskonzepte. Hoffnungen und Enttäuschungen des 20. Jahrhunderts. 99

Volker Epping, Christiane Lemke, Alim Baluch (Hg.): Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Anspruch oder Wirklichkeit? 101

Astrid Messerschmidt: Weltbilder und Selbstbilder. Bildungsprozesse im Umgang mit Globalisierung, Migration und Zeitgeschichte. 107

Heinz A. Richter: Kurze Geschichte des modernen Zypern 1878-2009.. 109

Beiträge

Zbigniew Wilkiewicz

Bildungsaufgaben für ein friedliches und solidarisches Europa angesichts sozialpolitischer und wirtschaftlicher Konfliktlagen (Schwerpunkt Ostmitteleuropa)

Einleitung

Diesen allzu langen und schwerfälligen Titel gilt es zunächst etwas aufzuschlüsseln und verdaulicher zu machen.

Unter Bildungsaufgaben verstehe ich neben der Verpflichtung zu einer redlichen und überwältigungsfreien Information den übergeordneten normativen Anspruch, zur Erhaltung von Frieden und Solidarität in Europa und in der Welt beizutragen.

Genauer gesagt geht es dabei um den inneren und den äußeren Frieden, die innere und äußere Solidarität in der Europäischen Union, aber auch weltweit.

Die Begründung liegt auf der Hand. Die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts mit zwei Weltkriegen und der totalitären Herausforderung durch den Faschismus und Kommunismus, die von Europa ausgegangen sind, verpflichten uns dazu.

Der äußere und der innere Frieden sind Voraussetzungen für den Aufbau demokratischer, zivilgesellschaftlicher und prosperierender Gesellschaften.

Die Solidarität nach Innen und nach Außen ist ferner die Voraussetzung zum Erhalt der europäischen Friedensordnung.

Neben der Solidarität und der Subsidiarität ist der Personalismus, also die Abkehr von einem verderblichen Kollektivismus, eine der wichtigsten Komponenten für die weitere Integration Europas. Wirtschafts- und ordnungspolitisch ist es die Soziale Marktwirtschaft als Desiderat und als Dritter Weg zwischen Markt- und Planwirtschaft.

Wenn ich von Bildung spreche, so habe ich die außerschulische politische Bildung in Deutschland im Auge. Genauer gesagt die Arbeit der vier verbliebenen Ost-West-Institute (OWI), die sich seit Jahrzehnten mit Fragen der deutschen und europäischen Einigung beschäftigen. Von den einstmaligen sechs OWI wurden die beiden in kirchlicher Trägerschaft (Sozialakademie Friedewald, Akademie Königstein) in den vergangenen Jahren leider geschlossen. Die vier verbliebenen Institute sind neben dem GESW in Vlotho, das WBZ in Ingelheim, das Studienhaus Wiesneck bei Freiburg sowie die HVS Jägerei Hustedt in Celle.

Welche Möglichkeiten haben diese Institute, das oben beschriebene Desiderat zu verwirklichen? Neben Informationsveranstaltungen, der Organisation und Durchführung von Seminaren und Begegnungen sind dies projektgestützte Austauschmaßnahmen und Partnerschaften, die von den OWI angestoßen oder durchgeführt werden.

Die Partner sind Schulen, Universitäten, Städte, Regionen, Verbände, Gewerkschaften und Kirchen. Die Zielgruppen sind in der Regel Jugendliche und junge Erwachsene, aber auch ältere Multiplikatoren, die Partnerschaften anstreben oder erhalten wollen.

Die Finanzierung unserer Projekte erfolgt mit Hilfe des Kinder- und Jugendplans, aus Mitteln der Bundeszentrale für politische Bildung, über die Weiterbildungsgesetze einzelner Bundesländer, EU-Programme, Stiftungen, Eigenmittel und Teilnehmerbeiträge.

Nach der Wende des Jahres 1989 haben die OWI das gemeinsame Programm: „Jugend für Gesamteuropa“ entwickelt, das sie seit 1994 umsetzen.

Die Ziele sind neben der Unterstützung der europäischen Integration durch Information und Meinungsaustausch in erster Linie die Aufhebung der Definitionsmacht des Westens und der Aufbau von gleichberechtigten Partnerschaften zu den Ländern und Gesellschaften Ostmitteleuropas (OME). An diesen Zielen hat sich auch nach dem 2004 erfolgten EU-Beitritt der ostmitteleuropäischen Staaten nichts geändert.

1. Asymmetrien

Die Voraussetzung für Partnerschaften auf Augenhöhe und eine gelungene europäische Integration sind erfolgreiche wirtschaftliche, gesellschaftliche, soziale und mentale Aufholprozesse in OME - hin zu funktionierenden Marktwirtschaften, parlamentarischen Demokratien und Zivilgesellschaften (Rechtsstaatlichkeit: Bürger- und Menschenrechte, Europäischer Verfassungspatriotismus).

Problematisch daran bleibt allerdings, dass auch über zwanzig Jahre nach der Wende die wirtschaftlichen Asymmetrien zwischen den Alt- und Neustaaten der EU bestehen bleiben und somit auch – zumindest in Teilen - das altbekannte Helfer- und Nehmersyndrom. Inwiefern kann hier also von Augenhöhe gesprochen werden?

In der Praxis wird Partnerschaft weiterhin nicht selten als reine Hilfe des Reicheren (miss)verstanden und gerät so zum Ressourcentransfer. Sie ist wirtschaftlich bzw. altruistisch motiviert oder lebt von beiden Motivationen.

Die Definitionsmacht des Westens (Deutschlands) bleibt somit erhalten: Wer zahlt, bestimmt, wo es hinzugehen hat, denn Partnerschaft bedeutet eben auch: do, ut des!

Ein weiteres Problem ist die (permanente) Krise in den Altstaaten der EU: Italien und Berlusconi, Frankreich, die Niederlande und Dänemark mit einer parlamentarischen rassistischen Rechten; Deutschland mit parlamentarischer und außerparlamentarischer Ausländerfeindlichkeit sowie einer intensiven Integrationsdebatte, bei der die mangelnde Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund und die mangelnde Durchlässigkeit in der Gesellschaft beklagt werden. Inwiefern können die Altstaaten der EU also eine Vorbildfunktion ausüben?

2. Soll und Haben

Ferner haben wir es mit dem aktuellen und brennenden Problem der Wirtschaftskrise gerade in der Eurozone und mit der umstrittenen Form der Hilfe für in Not geratene Wirtschaften (Griechenland!) zu tun. erinnert sei an die Proteste in Deutschland und in der viel ärmeren Slowakei, als die Frage aufgeworfen wurde, wieso man für die Versäumnisse Griechenlands zu zahlen habe?

Grundsätzlich geht es um die nur schwer auszubalancierende Balance zwischen Solidarität und Subsidiarität. Wie gestalten sich die weltwirtschaftlichen Zwänge und wie werden sie interessegeleitet in der EU und in den einzelnen Mitgliedstaaten bewertet? Welche

Stellung hat der Euro, und wem hat er am meisten gebracht? Bleibt der Euro als gemeinsame Währung und als Einigungssymbol der EU bestehen?

Schließlich: Denken wir in nationalstaatlichen oder in schichtenspezifischen Kategorien, und ist der europäische Einigungsprozess vielleicht nur ein Elitenprojekt?

These: Was der europäischen, international agierenden Wirtschaft nützt, nützt nicht unbedingt den europäischen Arbeitnehmern. Deren schwache Position ist nicht nur ein Ergebnis der Globalisierung, sondern auch des bedingungslosen Wettbewerbs innerhalb der EU.

Eine weitere Aporie, die ausgehalten werden muss, die man aber nur schwer erklären kann, ist der allenthalben vertretene Standortpatriotismus, der sich einer Öffnung und Europäisierung der Märkte (Globalisierung) widersetzt. Es stellen sich also gleich mehrere grundsätzliche Fragen: Wessen Interessen werden durch die unabgestimmte Wirtschaftspolitik der EU vertreten, und wie wird die Forderung nach einem sozial gerechten Europa erfüllt? Wie ist die nationale und/oder internationale Rolle der Gewerkschaften zu bewerten?

3. Selbst- und Fremdbilder

Es stellt sich die Frage, was die reicheren EU-Staaten den ärmeren Staaten aus OME zu bieten haben?

Außer den ersehnten Kapitalanlagen, Direktinvestitionen, Arbeitsplätzen und dem allfälligem Technologietransfer auch weiterhin den Transfer von demokratischen und zivilgesellschaftlichen Institutionen, Organisationen und Stiftungen.

Und andererseits: Was haben die wirtschaftlich schwächeren „Partner“ aus OME und Südosteuropa den reicheren EU-Staaten zu bieten?

Neben der oft zitierten „Seele“, kulturellen, emotionalen, historischen Besonderheiten und Eigenarten nach Jahren der Transformation eine von den Westlern oft als antiquiert empfundene Form der Gastfreundschaft und Religiosität.

Zu bieten hat man aber auch billige Arbeitskräfte und preiswerte Sonderwirtschaftszonen für die westliche/deutsche Wirtschaft. Zudem gibt es eine Massenmigration aus Polen und Rumänien in den Westen, die den Interessen beider Seiten zu dienen scheint.

Die günstigen Angebote für den kleinen Grenzverkehr mit OME (Zigaretten, Benzin, Sex) zementieren überdies alte Vorurteile und spiegeln eindrucksvoll die ganzheitliche Vermarktung von Menschen wider.

These: Mit ihren soft skills kompensieren die ärmeren europäischen Partner bisher die hard skills der Reichen. Sie holen aber gewaltig auf, was an ihrem Verhalten gegenüber den Angehörigen der Drittstaaten zum Ausdruck kommt.

Wie wird das von den Reichen wahrgenommen? Bisher als Inferiorität der ärmeren, aufholenden Länder. Aber auch als Bedrohung aufgrund von möglichem Sozialdumping angesichts der ab 2011 geltenden vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit in der gesamten EU.

Wie von den Ärmern? Als Minderwertigkeit, die durch zähes Aufholen und/oder die Flucht in die Geschichte und in „eigene nationale Werte“ kompensiert werden soll.

In mehreren ostmitteleuropäischen Ländern gibt es nationalistische Reaktionen auf die Transformation sowie eine ausgrenzende Diskriminierung von Minderheiten: Lettland

(Russen), Slowakei, Ungarn (Sinti und Roma), Konflikt zwischen Slowakei und Ungarn wegen Minderheiten; Polen (Intoleranz gegenüber Fremden und Homosexuellen); Antisemitismus in ganz OME.

Aufgrund der Wirtschaftskrise häufen sich diese Erscheinungen aber auch in den reicheren Staaten der EU.

4. Sinnfrage

Im Kontext der europäischen Integration stellt sich deshalb immer wieder die Frage nach dem „Sein oder Haben“, nach dem Sinn eines dominierenden, wirtschaftlich orientierten Leistungs- und Wettbewerbsgedankens.

Nach Johannes Pauls II hat Europa zwei Lungen: eine westliche und eine östliche; Europa brauche beide, um atmen zu können. Was heißt das konkret, und wie kann man dieses Desiderat mit Inhalten füllen? Auch und gerade in einer Situation, in der die gesamte EU nicht nur in einer veritablen Wirtschaftskrise steckt?

Die Sinnkrise der Westens (und damit auch der gesamten EU) manifestiert sich gegenwärtig in der gesellschaftlichen und geistigen Krise postmoderner Gesellschaften: Daher auch die Erscheinung eines fundamentalistischen nationalen Christentums (zum Beispiel in Polen) und weltweit eines Islam, der die westlichen Werte mehr oder minder radikal in Frage stellt.

5. Was tun?

Angesichts der allenthalben spürbaren Dominanz der Wirtschaft stellt sich die Frage, wie man dem auf beiden Seiten der EU vorherrschenden Warencharakter von Partnerschaften entgegen kann, zumal die wirtschaftlichen, zivilgesellschaftlichen und sozialen Asymmetrien weiter bestehen bleiben und sich sogar vertiefen.

Sicherlich bilden Asymmetrien auch eine Chance, indem man die Losung von der Einheit in der Vielfalt ernst nimmt, mit Inhalten füllt und die Auswüchse des real existierenden Kapitalismus mit seiner neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpraxis und seinem eindimensionalen Menschenbild zu zähmen beginnt.

6. Allgemeine Charakteristika der ostmitteleuropäischen Gesellschaften

- Weit verbreitete Armut und Spreizung der Gesellschaft;
- Homo sovieticus mit erlernter Hilflosigkeit contra neoliberal geprägter Realität;
- Angesichts des Staatsversagens labile Parteien, Demokratien und Zivilgesellschaften;
- Aufgrund sozialer Verwerfungen Nationalismen und Intoleranz gegenüber Minderheiten;
- Verbreiteter Wettstreit zwischen (nationalem) Wertkonservatismus und (globaler) Moderne;
- Oberflächliche Übernahme westlicher hedonistischer Kulturmuster (McDonaldisierung);
- Verstärkte Unzufriedenheit und Misstrauen in den Gesellschaften (Egoismus und Entsolidarisierung).

These: Diese Charakteristika, die man den Gesellschaften OMEs gerne besserwisserisch vorhält, wobei gelegentlich überhebliche, postkoloniale Töne angeschlagen werden, gelten cum grano salis natürlich auch für Gesellschaften in den alten EU-Ländern. Wir sitzen trotz aller Asymmetrien deshalb in einem Boot!

7. Aufgaben für eine gesamteuropäische Bildungs- und Partnerarbeit

Die gesamteuropäische Bildungs- und Partnerarbeit ist m. E. nicht mehr als einseitiger Ressourcen- und Wissenstransfer von West nach Ost zu verstehen und umzusetzen, sondern als partnerschaftlicher Austausch von Erfahrungen und Meinungen, bei dem es auf beiden Seiten den Willen und die Bereitschaft gibt, sich zu öffnen und voneinander zu lernen. Dies erfordert ein hohes Maß an Geduld und Gelassenheit. Zu den wichtigsten Aufgaben dieser Arbeit gehören:

- Die Vermittlung europäischer (christlicher) Werte (Bürger- und Menschenrechte);
- Die Entwicklung eines europäischen Verfassungspatriotismus (Rechtsstaatlichkeit);
- Die Vermittlung der Befähigung zu Empathie und zum Perspektivwechsel (adäquate historische und gesellschaftspolitische Wahrnehmung der Partner, Relativierung von Stereotypen);
- Die Weckung interesseloser Neugier am Fremden und an den Fremden (Sein statt Haben);
- Die Förderung von Partizipation, Einmischung und Mitwirkung durch das Aufzeigen demokratischer Alternativen (Zukunftsszenarien angesichts globaler Themen: Energie, Umwelt, Armut, Frieden, Freiheit);
- Die Infragestellung des TINA-Prinzips (There Is No Alternative) im Hinblick auf die „Gesetzmäßigkeiten“ der Globalisierung mit entsprechend deformiertem Menschenbild;
- Die entschiedene Betonung des Primats der politischen vor der wirtschaftlichen Bildung.

Die Ost-West-Institute und andere in Deutschland und Europa agierende Einrichtungen der politischen Bildung sind m. E. dazu aufgerufen, junge Menschen nicht nur zu informieren, sondern ihnen auch eine demokratisch legitimierte und humane Orientierung und Perspektive zu vermitteln. Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche internationale Arbeit ist dabei die aus den monotheistischen Religionen oder aus demokratischen Verfassungen abgeleitete und gelebte Anerkennung der Gleichwertigkeit der Anderen bzw. Fremden in einem sich einigenden Europa. Angesichts einer gerade aktuell hitzig geführten Integrationsdebatte sowie verbaler und praktizierter Ausgrenzung von eingewanderten Minderheiten ist eine politische Bildung, die den oben beschriebenen Prämissen folgt, bitter notwendig.

Theo Mechtenberg

Das Ende der Diktaturen – Hinwendung nach Europa?

Das Thema ist weit gefasst und bedarf der Eingrenzung auf die gut zwanzig Jahre zurück liegenden Ereignisse, die mit dem Ende kommunistischer Herrschaft die politische Gestalt Europas tief greifend verändert haben. Doch zuvor wollen wir uns kurz erinnern, dass einige westeuropäische Staaten, die seit Jahrzehnten der europäischen Gemeinschaft angehören, gleichfalls erst ihre Diktaturen überwinden mussten, ehe sie in der europäischen Gemeinschaft Aufnahme fanden. Das gilt insbesondere für den westlichen Teil Deutschlands, der nach dem verheerenden *Zweiten Weltkrieg* und der totalen Niederlage des so genannten *Dritten Reiches* wie ein Phönix aus der Asche wieder erstand, der sich – von den drei westlichen Siegermächten fürsorglich begleitet - 1949 mit dem Grundgesetz eine demokratische Verfassung gab und unter der Kanzlerschaft *Konrad Adenauers* konsequent die westeuropäische Einigung anstrebte. Doch zu nennen sind – neben dem vom Faschismus befreiten Italien – auch Spanien, Griechenland und Portugal. Nach *Francos* Tod (1975) begann in Spanien unter König *Julian Carlos* ein Demokratisierungsprozess, der mit der Verfassung von 1978 seinen Abschluss fand; 1980 trat dann Spanien der Europäischen Union bei. Ein Jahr später wurde Griechenland in die EU aufgenommen, nachdem das Land schon 1959 nach Beendigung des Bürgerkriegs einen Antrag auf Assoziierung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gestellt hatte, der für die Zeit der Militärdiktatur (1967-1974) ausgesetzt worden war und der nach deren Überwindung erneuert wurde. Lang war auch der Weg nach Europa, den das von der 40jährigen *Salazar-Diktatur* geprägte Portugal zurück legen musste. Die Nelkenrevolution, mit der 1974 die Herrschaft *Salazars* ein Ende fand, verfolgte mit Verstaatlichungen und Landreform ein sozialistisches Staatsziel, doch 1979 kam es mit einer Mitte-Rechts-Regierung zu einer politischen Richtungsänderung, hin zu einer demokratischen Staatsform. 1986 wurde Portugal Mitglied der EU.

Was sagt uns dieser kurze Rückblick für die 1989 eingetretene Entwicklung der einstigen sowjetischen Satellitenstaaten in Mittel- und Ostmitteleuropa? Welche Analogieschlüsse erlaubt diese Erinnerung? Nicht anders als 1989 führte in all diesen Fällen nach Ende der Diktatur der Weg in die Demokratie und schließlich zur Aufnahme in die Europäische Union. Vergleichbar sind auch die Entwicklungen, die in den 1970er Jahren und die 1989 das Ende der Diktaturen besiegelten. Dabei bietet sich in besonderer Weise Spanien als Vergleich an: Während sich der Demokratisierungsprozess in Griechenland durch die Militärdiktatur, in Portugal durch die Nelkenrevolution verzögerte, wurde er in Spanien - mit einer nationalen Versöhnung verbunden – aufgrund von Verhandlungen zwischen den alten frankistischen und den neuen demokratischen Kräften unter der Schirmherrschaft des Königs in drei Jahren abgeschlossen. Damit bewies Spanien, dass auch ohne Revolution ein Systemwandel möglich ist. Diese Erkenntnis ist für das Ende der Diktaturen im Jahr 1989 von einiger Bedeutung. So verfasste *Adam Michnik*, einer der einflussreichsten Oppositionellen der *Solidarność*, 1985 aus der Haft heraus einen Artikel, in dem er sich auf das spanische

Beispiel als Vorbild für Polen beruft, also für den Systemwandel nicht unbedingt eine Revolution für erforderlich ansah, sondern diesen auch durch Verhandlungen mit den regierenden Kommunisten für erreichbar hielt. Die Entwicklung im Jahr 1989 gab ihm Recht, kam es doch zum Systemwandel durch Verhandlungen am *Runden Tisch*, und dies nicht nur in Polen, sondern – von der *friedlichen Revolution* erzwungen – gleichfalls in der DDR.

Voraussetzungen für das Ende der kommunistischen Diktaturen

Warum, so ist zu fragen, kam es ausgerechnet 1989 zum Ende der kommunistischen Diktaturen in Mittel- und Ostmitteleuropa? Schließlich hat es in der Vergangenheit zahlreiche Versuche gegeben, einen Wandel herbei zu führen, so 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei sowie – last but not least – 1956, 1968, 1976 und 1980/81 in Polen. Sie wurden allesamt gewaltsam unterdrückt und mündeten in eine erneute Stabilisierung des Systems, zumeist begleitet von einem personellen Wechsel an der Parteispitze. Was Polen betrifft, so haben diese Versuche eine fortschreitende Enttotalisierung des Systems bewirkt, was auch der Grund dafür ist, dass 1989 der endgültige Macht- und Systemwechsel nicht durch Massendemonstrationen erzwungen, sondern von einer starken Opposition am *Runden Tisch* ausgehandelt werden konnte.

Um nicht nur mehr oder weniger kosmetische Veränderungen der bestehenden kommunistischen Systeme zu erzielen, sondern einen Systemwechsel zu erreichen, mussten verschiedene Faktoren zusammen kommen. Als erstes natürlich eine tief greifende, von der kommunistischen Machtelite nicht mehr beherrschbare Krise, welche die Legitimität und Glaubwürdigkeit des Systems erschütterte. Eben dies war 1989 der Fall: Die Ideologie hatte sich verbraucht; statt Befreiung von Ausbeutung und Entfremdung erfuhr die Bevölkerung diese dem kapitalistischen System zugeschriebenen Symptome am eigenen Leib – Einschränkung ihrer Freiheit, vielfache Begrenzungen ihrer Selbstverwirklichung, Mangel statt Befriedigung ihrer materiellen und geistigen Bedürfnisse als Folge eines wirtschaftlichen Niedergangs, letztlich verurteilt zu einem Leben in der Lüge. Welches Ausmaß diese Wirtschaftskrise 1989 erreicht hatte, dafür gibt es einen aufschlussreichen Beleg: die Lageeinschätzung von *Gerhard Schürer*, dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, auf der 10. Tagung des ZK (8. bis 10. November 1989), auf der auch die Reiseverordnung verabschiedet wurde, die am 9. November zum Fall der Mauer geführt hat. *Schürer* erklärte damals, die DDR stehe vor der Zahlungsunfähigkeit. Tage später konkretisierte er seine Aussage dahingehend, „daß allein das Stoppen der Verschuldung im Jahr 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25-30% erfordern würde, womit die DDR unregierbar würde.“²⁶

Zu nennen ist als weiterer, sich aus der Krise ergebender Faktor die innerparteiliche Auseinandersetzung zwischen Hardlinern, die sich, realitätsblind, jeder Veränderung verweigerten, und Reformern, die – um die Macht der Partei zu sichern – die

Werner Voß: Wirtschaft der DDR vor dem Ende. In: Paul Gerhard Klußmann, Frank Hoffmann (Hg.): Das Epochenjahr 1989 in Deutschland. Bochum 1999, S. 92.

ideologischen Scheuklappen ablegten, sich zu Pragmatikern wandelten, zu Zugeständnissen bereit waren und erfolgreich die Ablösung der alten Parteigarde betrieben.

Als dritten Faktor war die Bildung einer demokratischen Bürgerbewegung mit Massenbasis erforderlich, die in der Lage war, ihre Forderungen nach Freiheitsrechten, Bildung von Parteien, freien und geheimen Wahlen zu formulieren und durchzusetzen, wie dies 1989 in Polen sowie in der DDR und der Tschechoslowakei der Fall war.

Begünstigt wurde diese Entwicklung durch Veränderungen im Zentrum der Macht des sozialistischen Lagers. Seit Mitte der 1980er Jahre war *Michail Gorbatschow* als Generalsekretär der Partei bestrebt, das kommunistische System im eigenen Land sowie innerhalb des Warschauer Paktes zu reformieren. Mit Hilfe des Junktims von *glasnost* und *perestrojka* wollte er die wachsende wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise meistern. Dabei handelte er keineswegs unter dem Druck der Straße, wohl aber unter den Bedingungen des Wettstreits der beiden Weltsysteme, wobei er helllichtig genug war, um die Niederlage des eigenen Systems einzusehen. Auf der Suche nach einem Ausweg war er außenpolitisch um einen Ausgleich mit dem Westen bemüht und beschritt innenpolitisch einen Weg wenig wirksamer Reformen, nicht ahnend, dass dieser letztendlich zum Systemwechsel führen würde. Dabei unterstützte er jene Satellitenstaaten wie Polen und Ungarn, die gleichfalls auf Reformen drängten bzw. gedrängt wurden, und erteilte denen eine Abfuhr, die sich wie *Honecker* oder *Shivkov*, allen Reformen widersetzten. Damit war praktisch die *Breshnew-Doktrin* außer Kraft gesetzt, welche die Staaten des Warschauer Paktes dazu verpflichtete, unter Führung der UdSSR militärisch einzuschreiten, wenn in einem Mitgliedstaat der Sozialismus bedroht schien. Dies hatte insofern Auswirkungen, als ohne den Schutz des *großen Bruders* die Hardliner zögerten, mit Gewalt den drohenden Systemwandel zu verhindern, wie dies General *Jaruzelski* im Dezember 1981 mit der Verhängung des Kriegsrechts noch mit Erfolg versucht hatte.

Unterschiedliches Ende der Diktaturen

Bei oberflächlicher Betrachtung der Ereignisse des Jahres 1989 geraten gegenüber den Gemeinsamkeiten die Unterschiede in ihrem Verlauf kaum in den Blick. Dies zeigt bereits die Etikettierung als *Friedliche Revolution*, wobei dieser zunächst auf die DDR bezogene Begriff auf die gesamte Entwicklung im Völkerherbst 1989 übertragen wird. Dabei hat sich der Systemwechsel keineswegs überall friedlich vollzogen. Zudem ist es fraglich, ob bei Analyse der Geschehnisse überhaupt uneingeschränkt von *Revolution* die Rede sein kann. *Timothy Garton Ash* hat daher den aus *Revolution* und *Reform* zusammen gesetzten Neologismus *Refolution* ins Spiel gebracht. Doch auch dieser Begriff erfasst nicht die markanten Unterschiede beim Ende der Diktaturen in Mittel- und Osteuropa. Sie sollen im Folgenden verdeutlicht werden.

Am Beginn einer chronologischen Betrachtung steht Polen. Dort hatten Partei und Opposition am Runden Tisch mit den halb freien Wahlen eine Lösung ausgehandelt, die rein rechnerisch im Sejm der kommunistischen *Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei* (PVAP) zusammen mit den gleich geschalteten Blockparteien mindestens eine Zweidrittelmehrheit garantieren sollte. Doch diese Rechnung ging nicht auf. Bei den

halb freien Wahlen am 4. Juni 1989, an dem Tag, als in China auf dem Platz des Himmlischen Friedens die Demokratiebewegung brutal nieder geschlagen wurde, errang die *Solidarność* in freien Wahlen alle Sitze der ihr vorbehaltenen Eindrittelquote, während die PVAP nicht einmal auf Anhieb alle ihre Listenplätze erringen konnte, so dass eine Nachwahl erforderlich wurde. Zudem gaben die *Bauernpartei* und die *Demokratische Partei* ihre Loyalität gegenüber der PVAP auf, so dass der designierte Ministerpräsident *Czesław Kiszczak* keine Regierung bilden konnte. Die Lösung des Problems bestand am Ende darin, dass nach der Devise *euer Präsident, unser Ministerpräsident* im August eine Regierung unter dem prominenten Oppositionellen *Tadeusz Mazowiecki* zustande kam, wobei allerdings die über den Einsatz bewaffneter Kräfte verfügenden Ministerien des Inneren und der Verteidigung von Kommunisten besetzt wurden und als Präsident mit nur einer Stimme Mehrheit General *Jaruzelski* ins Amt kam, der am 13. Dezember 1981 das Kriebsrecht verhängt hatte. Erst die freien Parlamentswahlen vom September 1991 ermöglichten eine Regierungsbildung ohne Kommunisten. Obwohl Polen das Ende der Diktaturen in Gang gesetzt hatte, was zum 20. Jahrestag des Mauerfalls darin symbolisch zum Ausdruck kam, dass *Lech Wałęsa* den ersten Dominostein ins Wanken brachte, so geriet es doch bezüglich einer frei gewählten Regierung ohne Kommunisten gegenüber der DDR und der Tschechoslowakei zeitlich ins Hintertreffen. Dies hat allerdings den politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozess in Polen nicht beeinträchtigt, haben doch die zu *Sozialdemokraten* gewandelten Kommunisten die demokratischen Spielregeln eingehalten, die Einführung der Marktwirtschaft mit getragen sowie die Hinwendung nach Europa mit vollzogen.

Angesichts des 20. Jahrestages des Mauerfalls, durch den die Entwicklung in der DDR im Vorjahr so viel Aufmerksamkeit fand, soll ihre Eigenart hier nur stichwortartig benannt werden: der Anteil der Kirchen, zumal der evangelischen, an den Massendemonstrationen im Herbst 1989; die Massenflucht in die Bundesrepublik über Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen; der Mauerfall am 9. November, der nicht nur den Massenandrang zu einem kurzzeitigen Besuch in Westberlin ermöglichte, sondern das Ende der DDR und die Wiedervereinigung Deutschlands sowie die Osterweiterung der Europäischen Union symbolisch vorweg nahm. In keinem anderen Land als nur in der DDR war zudem der Systemwechsel mit der Aufgabe des eigenen Staates verbunden, was – auch daran sei erinnert – die Reformer aus den verschiedenen oppositionellen Gruppen keineswegs freudig begrüßt haben.

Was den Systemwechsel in der Tschechoslowakei betrifft, so sind für ihn besonders zwei Fakten kennzeichnend: die Tatsache, dass der Berliner Mauerfall zum Auslöser der am 17. November '89 beginnenden Massendemonstrationen wurde sowie das Vorhandensein einer zur Regierungsübernahme qualifizierten Opposition aus den Reihen der Charta 77. Im Zusammenspiel beider Faktoren kam es am 19. November '89 zur Bildung des Bürgerforums als treibende Kraft des Systemwechsels. Unter dem Druck der Verhältnisse trat dann am 10. Dezember der Altkommunist *Gustav Husak* vom Amt des Staatspräsidenten zurück und machte den Weg frei für die Wahl von *Václav Havel* in das höchste Staatsamt (24. Dezember). Bereits am 8. Januar 1990 fanden nach Jahrzehnte langer kommunistischer Herrschaft die ersten freien Wahlen

statt, welche die Bildung einer demokratischen Regierung ohne Beteiligung der Kommunisten ermöglichte, die allerdings als einzige Partei der jetzigen mittel- und ostmitteleuropäischen Mitgliedstaaten der EU weder einen ehrlichen noch einen mehr vorgetäuschten „sozialdemokratischen“ Wandel vollzogen haben und gleichsam nach dem Motto „vorwärts in die Vergangenheit“ weiterhin im tschechischen Parlament vertreten sind, doch anders als die Postkommunisten in Polen und Ungarn zu keiner Zeit an der Regierung beteiligt waren.

Während der Verlauf der Ereignisse in der ČSSR eine gewisse Ähnlichkeit zur Entwicklung in der DDR erkennen lässt, vollzog sich der Systemwechsel in Ungarn analog zu Polen. Hier wie dort stärkte ein Enttotalisierungsprozess die Reformkräfte innerhalb der kommunistischen Partei und ermöglichte die offizielle Bildung von Oppositionsgruppen. Dieser Prozess war 1987/88 bereits so weit gediehen, dass innerparteiliche Reformer für die Unabhängigkeit Ungarns von sowjetischer Hegemonie eintraten und – so Minister *Imre Pozsgay* – entgegen der Doktrin von der *Konterrevolution* die Rehabilitierung des Volksaufstands von 1956 forderten. Parallel zur innerparteilichen Entwicklung, die im Mai 1988 zur Ablösung von *János Kádár* führte und den Reformer *Károly Grósz* ins Amt des Staatspräsidenten brachte, formierte sich im „Demokratischen Forum“ die bürgerliche Opposition und verhandelte mit Partei und Regierung ab März '89 über eine schrittweise Neugestaltung der politischen Verhältnisse. Dieser Demokratisierungsprozess fand ein Jahr später mit den ersten freien Wahlen nach 1947 seinen vorläufigen Abschluss. Ministerpräsident wurde der Vorsitzende des „Demokratischen Forums“, *József Antall*, Staatspräsident der gleichfalls der Opposition angehörende *Árpád Göncz*. Erwähnt seien noch die symbolische Grenzöffnung nach Österreich durch die jeweiligen Außenminister am 27. Juni 1989 sowie – im Rahmen des paneuropäischen Picknicks – am 19. August 1989. Hunderte von DDR-Bürgern nutzen damals das paneuropäische Picknick zur Flucht in den Westen. Mit diesen Grenzöffnungen signalisierten die noch regierenden Reformkommunisten die Zugehörigkeit Ungarns zum westlichen Europa.

Allerdings ergeben sich aus heutiger Sicht Zweifel an der scheinbar gelungenen demokratischen Transformation Ungarns. Die Gründe liegen zum einen darin, dass eine Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit sowie der nationalistischen Traditionen nicht geleistet wurde, so dass die ungarischen Postkommunisten unter einem Glaubwürdigkeitsverlust leiden, und zum anderen der national-konservative *Fidesz* unter *Viktor Orbán* und vor allem die ultrarechte Partei *Jobbik* mit ihren populistischen und nationalistischen Tönen und Aktionen das Bild von einem demokratischen Ungarn trüben. Dies zumal nach den Parlamentswahlen vom 11. April 2010, die den regierende Sozialdemokraten eine erdrutschartige Niederlage bescherten und den für seine nationalen Töne bekannten *Viktor Orbán* und seine *Fidesz* mit absoluter Mehrheit an die Macht brachten. Dieser Rechtsruck wird noch dadurch verstärkt, dass die rechtsextreme *Jobbik* mit fast 17% ihren Stimmenanteil fast verdoppeln konnte.

*Orbán*s erste, auf eine „nationale Wiedergeburt“ zielende Regierungsinitiative ließ nicht lange auf sich warten. Bereits einen Monat nach Amtsübernahme brachte er als neuer Ministerpräsident im Parlament ein Gesetz zur doppelten Staatsbürgerschaft ein, für

dessen Inkrafttreten er den 20. August, Ungarns Staatsfeiertag, bestimmte, um so die Bedeutung dieses Gesetzes für die Einheit aller Ungarn, wo immer sie leben, zu unterstreichen. Der von *Orbán* verfolgten Geschichtspolitik dient zudem der lediglich von den oppositionellen Sozialdemokraten nicht mit getragene Parlamentsbeschluss, in Erinnerung an das „Friedensdiktat von Trianon“ den 4. Juni zum nationalen Gedenktag zu erklären. Entsprechend versammelte sich an diesem Tag, 90 Jahre nach Abschluss des Vertrages, bei Abwesenheit der Sozialdemokraten das Parlament zu einer Sondersitzung, um der „Schmach“ von Trianon zu gedenken. Dass diese von *Orbán* verfolgte, stark national geprägte Politik konfliktrüchrig ist, zeigen die slowakischen Reaktionen. Auch in den übrigen EU-Mitgliedstaaten sowie bei der Brüsseler Kommission dürfte sie mit einiger Sorge betrachtet werden, zumal Ungarn 2011 die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt.

Europadiskussion der 1980er Jahre

Die Hinwendung nach Europa war in den genannten Ländern bereits in den 1980er Jahren vorbereitet worden. Doch das erste, im Westen kaum beachtete europäische Signal sendeten bereits Ende 1965 die polnischen Bischöfe mit ihrem Versöhnungsbrief an ihre deutschen Amtsbrüder. Sie hatten damals in einem ausführlichen historischen Teil die Zugehörigkeit ihres Landes zum westeuropäischen Kulturkreis dargelegt. Nicht nur wegen ihrer Aussage „Wir vergeben und bitten um Vergebung“, sondern auch aufgrund ihrer deutlichen, im Widerspruch zur kommunistischen Doktrin stehenden westeuropäischen Orientierung hatte der polnische Episkopat 1966, im Jahr des Millenniums, einen harten Kirchenkampf zu bestehen. Welchen Stellenwert die polnische Opposition der 1980er Jahre dem polnischen Bischofsbrief beimaß belegt die Aussage des Literaturwissenschaftlers und Dissidenten *Jan Józef Lipski* (1926-1991), der ihn als „die mutigste und am weitesten blickende Tat der polnischen Nachkriegsgeschichte“ wertete.

Die Europadiskussion der polnischen Opposition begann Ende der 1970er Jahre und lief unter der Devise *powrót do Europy* - Rückkehr nach Europa. Sie war zunächst ein Protest gegen die so genannte *Ordnung von Jalta*, durch die Polen als erstes Opfer des von Nazideutschland entfesselten *Zweiten Weltkriegs* in den Einflussbereich der Sowjetunion geriet und eine über vierzigjährige, der nationalen Identität und Tradition widersprechende kommunistische Herrschaft zu ertragen hatte. Im Rahmen dieser Diskussion klärte sich innerhalb der Opposition die Konzeption einer mit dem Ende der Diktatur verbundenen Überwindung der Spaltung Europas, in der – bei Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze – die Wiedervereinigung Deutschlands zu einem Zeitpunkt angedacht wurde, als dies für die oppositionellen Gruppen in der DDR noch kein Thema war. Wie europäisch die aus den halb freien Wahlen hervorgegangene Regierung eingestellt war, zeigt die Ansprache von Premier *Tadeusz Mazowiecki* am 30. Januar 1990 vor dem Europarat, in der er u. a. sagte: „Immer war Europa der Bezugspunkt für die Antwort auf die Frage nach unserer Identität. Ein Europa, als dessen Verteidiger sich die Polen empfanden, das sie liebten. Durch drei Jahrhunderte war in Polen die Ideologie einer 'Vormauer des Christentums' lebendig – also einer Vormauer Europas. Europa ist somit im polnischen Bewusstsein als Wert präsent, für den es sich zu leben

lohnt, aber für den man mitunter auch sterben muss. Diesem Europa gegenüber gab es Vorwürfe, Groll, und diese Einstellung bestimmt unser kollektives Bewusstsein bis auf den heutigen Tag. Doch wir sehen weiterhin in Europa einen Wert, das Vaterland der Freiheit und des Rechts – und wir identifizieren uns weiterhin stark mit Europa. Weiterhin haben wir unsere Vorwürfe gegen Europa – wegen des Einverständnisses mit Jalta, mit der Teilung Europas, mit unserem Verbleib hinter dem Eisernen Vorhang.“

Auch für die tschechischen und ungarischen Oppositionellen basierte die Europadiskussion der 1980er Jahre auf der gemeinsamen Schicksalserfahrung der unter der Repression der UdSSR leidenden Völker. So gesehen war sie gleichfalls ein Protest gegen die vom Westen mit zu verantwortende Teilung Europas aufgrund der Beschlüsse von Jalta. Doch anders als die polnische Devise *zurück nach Europa* konzentrierte sich ihre Diskussion auf Mitteleuropa. Der Tscheche *Milan Kundera* sieht die *Tragödie Mitteleuropas* in einem 1983 im Exil erschienenen gleichnamigen Essay darin, dass dieser Teil Europas *geographisch im Zentrum, kulturell im Westen und politisch im Osten liegt*. Die Überwindung dieser Tragödie verlange die Loslösung vom Osten, wobei sich *Kundera* nicht allein mit der Ablehnung des sowjetischen Systems begnügt, sondern Russlands *andere Zivilisation* grundsätzlich als mit der europäischen Kultur für unvereinbar erklärt.

Im Unterschied zu *Kundera* bezieht der Ungar *György Konrád* in seinem 1985 im Westen publizierten Aufsatz *Ein Traum von Europa* Russland in die europäische Kultur mit ein. Er entwirft das Zukunftsbild eines pluralistischen, militärisch abgerüsteten Eurasien. Zugleich plädiert er für einen die Einheit Deutschlands wieder herstellenden Friedensvertrag und hält auf dem Wege zu einer gesamteuropäischen Staatenordnung eine Demokratisierung des russischen Sozialismus für möglich.

In seiner im gleichen Jahr publizierten Schrift *Antipolitik. Mitteleuropäische Meditationen* entwickelt er sodann die Strategie eines Wandels des *status quo*: Es gehe darum, dem totalitären System in seinem Anspruch auf Politisierung aller Lebensbereiche zu widerstehen, sich der Unterordnung unter eine totalitäre Bürokratie zu entziehen, auf menschliche Autonomie, Selbstverwirklichung und Selbstverwaltung zu bestehen – alles Voraussetzungen für eine Zivilgesellschaft, die von Innen das System aushöhlt und den Sozialismus demokratisiert.

Bulgarien und Rumänien – Wende ohne Demokratie

Als Voraussetzung für ein gewaltfreies Ende der Diktaturen hatten wir außer einer tief greifenden Krise, einen sich in der herrschende Partei durchsetzenden Reformflügel sowie eine sich auf eine Massenbasis stützende Opposition ermittelt, die im Dialog mit den Parteireformern letztendlich den Systemwechsel erzwingt. Für das Ende der Diktaturen in Bulgarien und Rumänien galten allerdings andere Bedingungen. In beiden Ländern fehlte eine sich auf eine Massenbasis stützende Opposition. Unter dem Druck der Veränderungen in Polen, Ungarn, der DDR und der Tschechoslowakei wurde in beiden Ländern nach innerparteilichen Auseinandersetzungen von den Kommunisten selbst ein Systemwechsel herbeigeführt, der das Prädikat *demokratisch* nicht verdient und eine auf gemeinsame Werte basierende Hinwendung nach Europa vermissen lässt.

Nach dem erzwungenen Rücktritt des langjährigen altkommunistischen Diktators *Shivkov*, bezeichnenderweise einen Tag nach dem Fall der Berliner Mauer, waren es Teile der Partei und des Geheimdienstes, welche die Chance zu einer „Wende“ nutzten, bei der sie die Macht behielten und beim Übergang zum Kapitalismus das verstaatlichte Produktivvermögen in die eigene Tasche „privatisierten“. Damit wurden mit dem Systemwechsel auch in Bulgarien jene zumal für Osteuropa typischen oligarchischen, für Korruption besonders anfälligen Strukturen einer engen Verflechtung von Wirtschaft und Politik grundgelegt. Wie stark diese selbst nach der 2007 erfolgten Aufnahme des Landes in die EU nachwirken, zeigt die Tatsache, dass EU-Gelder im Sumpf der Korruption versickern und die europäische Kommission sich veranlasst sah, deswegen ihre beträchtlichen Fördermittel für 2009 einzufrieren. Ein weiteres Indiz für die geringe Europareife Bulgariens ist das Faktum, dass kaum ein Interesse an einer Aufarbeitung der Vergangenheit besteht und sogar der derzeitige Präsident *Georgi Parvanov* im Amt bleiben kann, obwohl er bis 1990 als Informeller Mitarbeiter für die Staatssicherheit tätig war.

Noch anders verlief das Ende der Diktatur in Rumänien, wo *Nikolae Ceaușescu*, als „Titan unter Titanen“ gepriesen und gestützt auf die *Securitate*, sein stalinistisches System bis in den Winter 1989 aufrecht erhalten konnte. Doch als letzter der sowjetischen Satellitenstaaten fand auch diese unmenschliche Gewaltherrschaft ihr Ende. Ausgangspunkt war Temesvar im Banat, wo *László Tőkés*, Pfarrer der Ungarisch-Reformierten Kirche und bekannt durch seine systemkritischen Sonntagspredigten, von seinem Bischof unter dem Druck der *Securitate* in ein abgelegenes Dorf versetzt werden sollte, sich aber weigerte, seine Gemeinde zu verlassen. Er mobilisierte sie vielmehr für den 15. Dezember als Zeugen seiner geplanten erzwungenen Entfernung. Die Folge waren mehrtägige blutige Auseinandersetzungen der Bevölkerung von Temesvar mit den Sicherheitskräften. Obwohl hierbei über 50 Tote und zahlreiche Verletzte zu beklagen waren, hielten die Demonstrationen an und führten nach sechs Tagen zur Verbrüderung mit den gegen sie eingesetzten militärischen Verbänden.

Am 22. Dezember, zwei Tage nach dem Sieg der Demonstranten in Temesvar, demonstrierten die Massen in Bukarest, kam es zu Straßenschlachten mit zahlreichen Toten. Das Zentralkomitee der Partei wurde besetzt, *Ceaușescu* samt seiner Frau *Elena*, der „Mutter der Nation“, zur Flucht gezwungen, die in einer Polizeistation endete, aus der sie wenig später abgeholt und nach kurzem Militärprozess zum Tode verurteilt und am 25. Dezember erschossen wurden.

Der Umsturz in Rumänien zeigt somit alle Anzeichen einer Revolution: Barrikaden, blutige Auseinandersetzungen mit über 1.000 Toten, das tödliche Ende des Diktators. Und doch fehlte trotz der Massen auf den Straßen eine zur Regierungsübernahme bereite und fähige Opposition. Zudem verlief die Front nicht zwischen den Kommunisten auf der einen und einer Opposition auf der anderen Seite, sondern zwischen den Kommunisten, Militärs und Funktionären der *Securitate*, die für und denen, die gegen den Diktator waren. Der Systemwechsel führte daher nicht zur Demokratie. Die Nobelpreisträgerin *Herta Müller*, die wohl schärfste Kritikerin der Zustände in ihrem Heimatland, hält die Diktatur letztlich nicht für überwunden. Sie erinnert daran, dass nach der Wende mit der Wahl von *Ion Iliescu*, einst Generalsekretär der Partei und einer

ihrer Betonköpfe, die Kommunisten die Macht behielten. So stand der Systemwechsel in Rumänien von vornherein unter einem undemokratischen Vorzeichen.

Wie in Bulgarien, so verstanden es auch die gewandelten Kommunisten und Angehörige der *Securitate* die neuen, kapitalistischen Strukturen für sich zu nutzen, das Produktivvermögen für sich zu „privatisieren“ und einflussreiche Positionen zu besetzen. *Herha Müller* berichtet denn auch, dass sie noch 2008 auf ihrer Rumänienreise auf Schritt und Tritt überwacht worden sei.

Zudem spricht eine starke rechtsextremistische Bewegung unter *Corneliu Vadim Tudor*, dem einstigen Hofdichter von *Ceaușescu*, nicht gerade für eine Hinwendung Rumäniens nach Europa, auch wenn das Land seit 2007 der EU angehört. Während – ähnlich wie in Bulgarien – kein Interesse an einer ehrlichen Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit besteht, erfährt Marschall *Ion Antonescu*, *Hitlers* Statthalter in Rumänien, seine Rehabilitierung. Der 1946 wegen der Ermordung von 120.000 Juden und 20.000 Zigeunern verurteilte und hingerichtete *Antonescu* gilt heute als Held und Märtyrer und erfährt im Parlament durch Gedenkminuten und Feierstunden seine Ehrung.

Wenngleich sich nach 1990 in Rumänien bürgerliche Parteien gebildet haben, die mit den Postkommunisten um die Macht kämpfen, so zeigen sich doch erhebliche demokratische Defizite wie Verflechtung von Politik und Wirtschaft, Netzwerke der einstigen *Securitate*, Korruption und Rechtsunsicherheit, die von der Brüsseler Kommission denn auch beanstandet werden. Man kann nur hoffen, dass die Mitgliedschaft in der EU dazu beiträgt, dass das Land mit den Jahren eine durchgreifende gesellschaftliche Demokratisierung erfährt und damit seine Europareife erlangt.

Die Osterweiterung der EU und die Frage nach ihrer Identität

Das Ende der Diktaturen in Mittel- und Ostmitteleuropa eröffnete die Möglichkeit, den gesamteuropäischen Einigungsprozess voranzutreiben. Damit stellte sich aber auch die Frage, inwieweit dadurch die Identität der Europäischen Union betroffen und eventuell neu zu definieren sei. *Johannes Paul II.* ging mit seiner Vision eines mit zwei Lungenflügeln atmenden Europa noch darüber hinaus, indem er, verbunden mit einer Neuevangelisation, die Bedeutung des slawischen und ostkirchlichen Elements für ein in seiner Vielfalt geeintes Europa hervorhob. Doch sein Votum hat vorerst nur zu einer innerkirchlichen Diskussion beigetragen und auf evangelischer Seite Irritation ausgelöst, weil man das päpstliche Programm als den Versuch einer *Rekatholisierung* Europas missverstand.

So blieb Anfang des neuen Jahrtausends die öffentliche Diskussion auf die Konsequenz der 2004 zu erwartenden Osterweiterung der EU beschränkt. Gefragt wurde nach dem inneren Zusammenhalt der erweiterten Union, die durch die Aufnahme der posttotalitären neuen EU-Mitglieder gefährdet sein könnte. Von den Intellektuellen, die sich im Vorfeld der Osterweiterung an der Diskussion beteiligten, ist vor allem Jürgen

Habermas zu nennen.¹ Er fragt in seinem 2003 in der FAZ erschienenen Beitrag nach „historische(n) Erfahrungen, Traditionen und Errungenschaften, die für die europäischen Bürger das Bewusstsein eines gemeinsam erlittenen und gemeinsam zu gestaltenden Schicksals stiften.“ Damit spielt er sowohl auf die Erfahrung des *Zweiten Weltkriegs* als auch auf die Leiden unter den kommunistischen Systemen an. Ihre nicht nur äußerliche Überwindung, sondern die Aufarbeitung der belasteten Vergangenheit würden die moralischen Grundlagen für eine Identität Europas liefern, die Einheit der EU in ihrer Vielfalt festigen sowie – so *Habermas* – ein Gegengewicht zum Hegemoniestreben der USA schaffen.

Lassen wir einmal den antiamerikanischen Akzent beiseite, der im Übrigen von den neuen EU-Mitgliedern nicht geteilt wurde, wie ihre Bereitschaft zeigte, die USA aufgrund ihrer eigenen totalitären Erfahrungen im Krieg gegen den Irak zu unterstützen. Was sie allerdings zu leisten haben, ist die Aufarbeitung ihrer nationalistischen und totalitären Vergangenheit ganz im Sinne einer „Reinigung des Gedächtnisses“, wie sie auch *Johannes Paul II.*, verbunden mit einem Schuldbekenntnis, für die Kirche eingefordert hat.

Um dieser Forderung nachzukommen, sind allerdings erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. So neigen Individuen wie Gemeinschaften dazu, Fakten, die das eigene Selbstwertgefühl beeinträchtigen, zu verdrängen. Charakteristisch für eine nationale Geschichtspolitik ist daher die Tendenz, die Unterdrückung von Minderheiten zu tabuisieren, ohne der fremden Opfer zu gedenken, die nationale Vergangenheit zu heroisieren sowie die erlittenen Leiden im Sinne einer nationalen Martyrologie zu mythisieren, ohne dabei nach dem eigenen Täteranteil zu fragen. Kurzum: Das nationale Geschichtsbewusstsein verbindet sich mit einer Geschichtsvergessenheit. Die „Reinigung des Gedächtnisses“ verlangt dagegen, sich den unangenehmen Wahrheiten zu erinnern.

Inwieweit sind die in die EU aufgenommenen posttotalitären Staaten zu einer solchen Erinnerung bereit? Verlangt nicht eher die nationale Versöhnung nach dem Ende der Diktaturen, die Vergangenheit vergangen sein zu lassen? Implizierte der Preis für ein friedliches Ende der Diktaturen nicht den Verzicht auf eine Generalabrechnung mit den bisherigen Machthabern und stattdessen ihre Generalabsolution? So hat beispielsweise *Tadeusz Mazowiecki* in seiner ersten Regierungserklärung einen Schlussstrich unter die Vergangenheit gezogen und den Blick auf die Zukunft gerichtet. Damals waren allerdings in seiner Regierung die Schlüsselpositionen des Inneren und der Verteidigung von Kommunisten besetzt und Polen noch Mitglied des Warschauer Paktes. Es war daher weder machbar noch klug, mit der „Reinigung des Gedächtnisses“ unmittelbar nach dem Ende der kommunistischen Volksrepublik zu beginnen.

Abgesehen vom Sonderfall der DDR, wo mit der so genannten *Gauckbehörde* bereits ein Jahr nach der Wiedervereinigung ein Instrumentarium zur Aufarbeitung der *Ulbricht-Honecker-Diktatur* geschaffen wurde, herrschte und herrscht z. T. noch heute in den postsozialistischen Staaten eine Schlussstrichmentalität vor. Vielleicht ist es

¹ Jürgen Habermas, Jacques Derrida: Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas, in: FAZ, 31.5.2003.

notwendig, die „Leichen im Keller“ für eine Zeit zu „konservieren“, bis der Zeitpunkt gekommen ist, sie ans Licht zu fördern. Auch in der Bundesrepublik begann eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem NS-Regime erst in den 1960er Jahren. Eine ähnliche Zeitverzögerung gilt für Spanien, wo erst kürzlich die Massengräber aus dem Bürgerkrieg identifiziert wurden. Warum sollen da die neuen EU-Mitglieder eine Ausnahme bilden? Allerdings sollte 20 Jahre nach dem Systemwechsel der Zeitpunkt gekommen sein, auch in Bulgarien und Rumänien, wo eine Aufarbeitung der Vergangenheit immer noch aussteht, endlich damit zu beginnen, die „Leichen aus dem Keller“ zu holen. Dabei versteht es sich, dass es nicht um Abrechnung, schon gar nicht um Rache geht, sondern um einen, das nationale Bewusstsein reinigenden therapeutischen Prozess, der zugleich die Mechanismen totalitärer Herrschaft aufdeckt und damit Voraussetzungen schafft, ihnen nicht erneut zu erliegen.

Doch die „Reinigung des Gedächtnisses“ bezieht sich nicht allein auf die über 40 Jahre kommunistischer Unterdrückung, sondern auch auf die z. T. weit in die Geschichte zurück reichenden zwischenstaatlichen Belastungen, deren Aufarbeitung eine Europäisierung des nationalen Bewusstseins verlangt. Die deutsch-polnische Versöhnung könnte hier, auch was den Beitrag der Kirchen betrifft, für andere Nationen beispielhaft sein.

Die sich damit stellende Herausforderung ist für die Identität Europas reich an Konsequenzen, und dies deswegen, weil Mittel- und Ostmitteleuropa ein traditionell ethnisch stark gemischter, mit Minderheitenproblemen belasteter Raum ist, in dem ethnische, tief in die Geschichte zurück reichende Gedächtniskonflikte immer wieder aufflammen können. Die historischen Erfahrungen und Erinnerungen sind weit gehend gespalten und verleiten zu einer selektiven, das Eigene betonenden und das Andere ausklammernden Wahrnehmung. Nehmen wir als Beispiel *Pressburg*, das slowakische *Bratislava*, das ungarische *Poszony*. Wer weiß heute noch, dass Pressburg einmal die Krönungsstadt der ungarischen Könige war? Ungarn, die Wiener Donaumonarchie, die Gründung der Tschechoslowakei, die Jahrzehnte kommunistischer Herrschaft, die Unabhängigkeit der Slowakei – alle diese Stationen haben zu unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Erinnerungen und Geschichtspolitiken geführt, haben ihre Spuren hinterlassen und Spuren gelöscht, indem Denkmäler errichtet, zerstört und durch neue ersetzt wurden.

Die Hinwendung nach Europa besagt nicht, das geteilte Gedächtnis durch eine gemeinsame, gesamteuropäische Erinnerung abzulösen. Damit würde Unmögliches verlangt. Eine europäische Identität basiert geradezu auf einer Vielzahl unterschiedlicher Erinnerungen. Diese Unterschiedlichkeit zu respektieren und die eigene, selektive Wahrnehmung zu korrigieren, darauf kommt es an. Dies zu leisten, ist eine den posttotalitären Staaten nach dem Ende der Diktaturen aufgetragene Aufgabe, um ihre Hinwendung nach Europa unter Beweis zu stellen. Uneuropäisch ist es dagegen, Minderheiten im eigenen Land in ihren Rechten zu beschneiden, wie dies beispielsweise in der Slowakei durch die Novellierung des Sprachengesetzes geschehen ist, das am 1. September des letzten Jahres in Kraft trat. Danach muss in der Öffentlichkeit Slowakisch gesprochen werden, und wer gegen dieses Gesetz verstößt, kann mit bis zu 5.000 € bestraft werden. Betroffen ist die ungarische Minderheit, die immerhin zehn

Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Ungarische Slowaken fühlen sich durch dieses Gesetz als Bürger zweiter Klasse diskriminiert und brachten dies in Massenkundgebungen zum Ausdruck. Die ungarische Regierung erhob, im Verein mit den Kirchen, Protest. Auf ungarischer Seite mobilisierten die Nationalisten der Partei *Jobbik* („Bewegung für ein besseres Ungarn“) ihre Anhänger. Vor dem slowakischen Institut in Budapest deponierten sie eine Bombenattrappe, blockierten einen slowakisch-ungarischen Grenzübergang und versuchten, den Wagen des slowakischen Botschafters von der Straße zu drängen. Darauf reagierte der für seine antiungarischen Ausfälle bekannte slowakische Nationalist *Jan Slota* mit einer förmlichen Kriegsdrohung.

Der neuerliche Konflikt hat seine geschichtlichen Wurzeln: Während die Slowaken immer noch in der Überzeugung leben, man habe sie in der österreichisch-ungarischen Monarchie ihrer Nationalität berauben wollen, leiden die Ungarn unter dem Trauma des Friedensvertrags von *Trianon* (1920), der Ungarn als Verlierer des Ersten Weltkriegs enorme Gebietsverluste bescherte.

Inzwischen hat der durch das novellierte Sprachengesetz ausgelöste Konflikt das europäische Forum erreicht und unter den Europaabgeordneten Kritik ausgelöst, ohne dass allerdings seitens der Brüsseler Kommission direkt interveniert worden wäre.²

Die slowakisch-ungarischen Auseinandersetzungen fielen in die Zeit des in beiden Ländern geführten Wahlkampfes. Doch während in Ungarn die national-konservativen und nationalistischen Kräfte die Wahl gewannen, hat die slowakische Koalitionsregierung unter *Robert Fico* von diesem nationalen Schlagabtausch offenbar nicht profitieren können. Seine sozialdemokratische *Smer* ging zwar aus den Wahlen am 12. Juni 2010 als Sieger hervor, verlor aber ihre beiden Koalitionspartner, die „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ des ehemaligen Ministerpräsidenten *Vladimir Mečiar*, die an der 5%-Hürde scheiterte, sowie die „Slowakische Nationalpartei“ des Nationalisten *Jan Slota*, deren Stimmenanteil mehr als halbiert wurde. Interessant ist auch, dass die „Nationale Partei der slowakischen Ungarn“, die die Demonstrationen gegen das slowakische Sprachengesetz organisiert hatte, empfindliche Einbußen erlitt, während die erst 2009 gegründete, auf einen Ausgleich mit den Slowaken bedachte „Partei der ungarischen Koalition“ auf Anhieb mit 8,12% den Einzug ins Parlament schaffte und in der jetzigen, aus vier Parteien bestehenden Mitte-Rechts-Regierung vertreten ist. Angesichts des von einer slowakisch-ungarischen Eskalation bestimmten Wahlkampfes zeigt der slowakische Wahlausgang ganz im Gegensatz zu Ungarn eine Schwächung jener Kräfte, die mit schrillen nationalen oder gar nationalistischen Tönen glaubten, die Wähler für sich gewinnen zu können. Mit dieser Abkehr von einer ethnischen Konflikte anheizenden gesellschaftlichen Atmosphäre hat die Slowakei ihre Hinwendung nach Europa bekräftigt.

Ähnliche nationalistische, antieuropäische Konflikte in den Beziehungen der posttotalitären, mitteleuropäischen EU-Mitglieder können immer wieder aufbrechen. Um derlei konflikträchtige Eskalationen zu vermeiden, ist eine Politik gefordert, die dem Nationalismus keine Nahrung bietet und auf Maßnahmen verzichtet, die im eigenen

² Patrycja Bukalska: *Przychodzi Węgier do lekarza* (Ein Ungar geht zum Arzt). In: *Tygodnik Powszechny*, 13. 09 2009, S. 30.

Land sowie grenzüberschreitend ethnische Spannungen auslösen können. Weil solche Spannungen z. T. weit in die Geschichte zurück reichende Wurzeln haben, gilt es, im Geist der Versöhnung die unterschiedlich erfahrene und erinnerte Vergangenheit aufzuarbeiten. Die Hinwendung nach Europa, welche die posttotalitären mittel- und osteuropäischen Staaten zu ihrem wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Vorteil vollzogen haben, reicht nicht aus. Werden ethnische Konflikte nicht beigelegt, besteht die Gefahr, dass innen- wie außenpolitisch Gedächtniskonflikte immer wieder aufflammen, die durch nationalistische Parteien instrumentalisiert werden und – zumal in wirtschaftlichen und politischen Krisen – die Grundlagen der Demokratie im eigenen Land erschüttern und die Europäische Union belasten können.

Die europäische Herausforderung der gegenwärtigen Finanzkrise

Zur Zeit scheint es allerdings, als ob die ethnischen Konflikte und nationalistischen Strömungen hinter der mit einem wirtschaftlichen Einbruch einher gehenden Finanzkrise, von der die Europäische Union seit 2008 betroffen ist, zurücktreten. Diese ist keineswegs auf Griechenland beschränkt. Auch in anderen EU-Ländern, u. a. in Ungarn, Bulgarien und Rumänien, ist die Situation kritisch. Allerdings kann Griechenland als Beispiel zu einem Szenarium für diese mittel- bzw. ostmitteleuropäischen EU-Länder dienen: eine weit überhöhte Staatsverschuldung, einen dadurch bedingten Verlust an Kreditwürdigkeit mit der Folge eines drohenden Staatsbankrotts, zu dessen Abwendung zwar die europäische Solidargemeinschaft auf den Plan tritt, die von der griechischen Regierung allerdings als Voraussetzung finanzieller Hilfe ein rigoroses Sparpaket verlangt. Das wurde denn auch vom griechischen Parlament verabschiedet und sieht eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, Rentenkürzungen sowie Stellenstreichung und Gehaltseinbußen für Beschäftigte im staatlichen Sektor vor. Zu diesem Szenarium gehören aber auch die Proteste der Bevölkerung auf diese äußerst schmerzlichen sozialen Einschnitte: Demonstrationen, Generalstreik, gewaltsame Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften sowie einzelne terroristische Anschläge. Angesichts solcher Reaktionen ist es noch keineswegs ausgemacht, ob die Rettungsmaßnahmen letztlich greifen.

Auch Ungarn, Bulgarien und Rumänien, die zwar der Europäischen Union, nicht aber der Eurozone angehören, sind von der Finanz- und Wirtschaftskrise stark betroffen. So stand Ungarn 2009 am Rande eines Staatsbankrotts und war auf die Hilfe der europäischen Solidargemeinschaft angewiesen. In Bulgarien kämpft die Regierung gegen die Finanzkrise mit einem rigorosen Sparprogramm an. Mit der Situation in Griechenland besonders vergleichbar ist die Lage in Rumänien: Als Voraussetzung einer weiteren Kreditvergabe hat der Internationale Währungsfonds dem Land einen massiven Sparkurs verordnet. Der entsprechenden Gesetzesvorlage, die u. a. Stellenstreichungen und Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst sowie fünfzehnprozentige Rentenkürzungen vorsieht, stimmte zwar die Parlamentsmehrheit zu, doch die oppositionellen postkommunistischen Sozialisten organisieren unter der Losung „Stoppt den sozialen Genozid“ mit Demonstrationen und Streiks den nationalen Widerstand, so dass eine Prognose der weiteren Entwicklung schwer fällt.

Es wäre allerdings zu kurz gegriffen, diese destabilisierenden Symptome innerhalb der Europäischen Union einzig und allein auf die internationale Finanzkrise zurück zu führen. Sie ist nicht ihre Ursache, sondern lediglich ihr Auslöser. Längst vor der Finanzkrise wurden, auch von den deutschen Bundesregierungen, die 1992 im Maastrichter Vertrag vereinbarten Stabilitätskriterien systematisch verletzt. Ihre über Jahre erfolgte Aufweichung ist der eigentliche Grund der gegenwärtigen Krise. Auch wenn sie durch den milliardenschweren Rettungsschirm in Verbindung mit einschneidenden Sparmaßnahmen der EU-Länder letztlich beherrschbar sein dürfte, so erscheint doch diese Krise als eine Form der Abwendung.

Auf diesem Hintergrund stellen sich im Rahmen unserer Überlegung nach dem Ende der Diktaturen und der Hinwendung nach Europa einige besorgniserregende Fragen: Erweist sich zwei Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme der Demokratisierungsprozess in den von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffenen mittel- und ostmitteleuropäischen EU-Staaten gefestigt genug, um angesichts der mit ihrer Überwindung verbundenen sozialen Lasten gegenüber undemokratischen und autoritären bzw. diktatorischen Entwicklungen immun zu sein? Werden in diesen Ländern möglicherweise antieuropäische Populisten an die Macht kommen und in Verkennung der wahren Krisenursachen der EU und ihrer Brüsseler Behörde die Schuld an der nationalen Misere zuschreiben und eine Renationalisierung ihrer Länder anstreben? Wird das im Lissaboner Vertrag mehrfach betonte Solidaritätsprinzip nicht vielleicht durch die von den relativ prosperierenden EU-Staaten aufzubringenden Transferleistungen in einer Weise überstrapaziert, dass die Unterstützung für derlei Maßnahmen in der Bevölkerung schwindet und der Zusammenhalt der EU-Staaten dadurch auf Dauer gefährdet wird? Hängt die Hinwendung nach Europa bei den Empfängerstaaten entsprechend einem vordergründigen Nützlichkeitsdenken letztlich von eben diesen Transferleistungen ab, so dass bei einem empfindlichen Rückgang der Zahlungen eine Abkehr von Europa die Folge ist? So gesehen ist die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise ein Test, durch den es sich erweisen wird, ob innerhalb der Europäischen Gemeinschaft das europäische Bewusstsein stark genug ist, um bei allen Belastungen die Hinwendung nach Europa nicht in Frage zu stellen.

Elżbieta Maćczyńska

Die Ökonomie und der zivilisatorische Umbruch

Einleitung

Die Jahre 2008 bis 2009 werden sicherlich als ein Zeitraum außergewöhnlich heftiger Auseinandersetzungen über die Rolle einzelner ökonomischer Strömungen und Schulen bei der Gestaltung der Wirtschaftsordnung in die Geschichte eingehen. Obschon die Kontroversen und die Diskussionen zu diesem Thema schon lange währen, so haben sie sich gegenwärtig doch spektakulär verschärft, vor allem unter dem Einfluss der seit 2007 in den USA einsetzenden und bis heute anhaltenden tiefreichenden Wirtschaftskrise. Die Ökonomen werfen sich gegenseitig Fehler vor, die zu einem bedrohlichen Ungleichgewicht im Weltwirtschaftssystem sowie zu wirtschaftlichem Chaos führten. Die Krise hat die Reputation der Ökonomie als Wissenschaft deutlich beschädigt¹. Bereits die Titel der zu diesem Thema publizierten Texte sprechen für sich. Und so fragt der im Jahre 2008 für den Bereich der Wirtschaftswissenschaften mit dem Nobelpreis ausgezeichnete *Paul Krugman*, „warum die Ökonomen nichts begriffen haben?“, und hebt dabei auf das bedrohliche Syndrom des *casino finance, shadow banking system* sowie die damit verbundene „Rückkehr zur Krisenwirtschaft“ [Krugman, 2008, 2009a] ab. In seinem Buch unter dem Titel *The Return of Depression Economics and the Crisis of 2008* analysiert er die Finanzkrisen, die in den letzten Jahren in der Weltwirtschaft auftraten und macht hierfür vor allem die neoliberale Doktrin sowie die Vertreter der sog. *Chicagoer Schule* [Krugman, 2009b] verantwortlich. Den Kritikern des Neoliberalismus schließen sich auch andere Nobelpreisträger an, u. a. *Joseph Stiglitz* und *George Akerlof*. Die Kritik am Neoliberalismus und an der *Chicagoer Schule* stößt allerdings auf scharfe Reaktionen und Entgegnungen nicht nur seitens der scientific society. Verteidigt wird diese Strömung hingegen von Robert Lucas [Lucas, 2009]. Auf die Thesen *Krugmans* reagierte *John H. Cochrane*, ein Repräsentant der Chicagoer Schule und Professor der Finanzwissenschaften, besonders scharf (*How did Paul Krugman get it so wrong?*). Er wirft *Krugman* u. a. einen übertriebenen, unkritischen Glauben an den staatlichen Interventionismus vor (*“Still looking for a free lunch”*)². Dieser Debatte schloss sich in Polen *Stanisław Gomułka* [2009] an, indem er diese Meinung teilte.

Die Auseinandersetzungen zum Thema Ökonomie machen deutlich, dass „keine Theorie besser ist als die andere“, worauf u.a. der bekannte Ökonom, Professor der Ökonomie und Mitglied des House of Lords, *Robert Skidelsky*, aufmerksam macht [2009]³. Gleichzeitig stellt dieser Autor aber auch fest, dass die *Chicagoer Wirtschaftsschule*

¹ *What went wrong with economics. And how the discipline should change to avoid the mistakes of the past* [2009], „The Economist“, July 16th 2009.

² John Cochrane's Response to Paul Krugman: Full Text Friday ~ September 11th, 2009 in Economics <http://modeledbehavior.com/2009/09/11/john-cochrane-responds-to-paul-krugman-full-text/>; W. Leith, Still looking for a free lunch, „The Guardian“, 27 December.

³ R Skidelsky, Keynes versus the Classics: Round 2: „Chicago School economics has never been more vulnerable than it is today – and deservedly so. But the attack on it will never succeed unless policy Keynesians like Krugman are willing to work out the implications of irreducible uncertainty for economic theory“, G:\Robert Skidelsky - Keynes versus the Classics Round 2.mht., Project Syndicate Tuesday, Robert Skidelsky's official website, october 13, 2009

„noch nie so schwach und ratlos war wie heute“. Ferner meint er, dass „sie dies durchaus verdient hat“.

Die Diskussionen verweisen auf die zeitgenössischen Dilemmata in der Ökonomie sowie auf ihre weißen Flecken. Die Dilemmata betreffen vor allem die Anwendbarkeit und die Aktualität einzelner Strömungen in der Ökonomie sowie ihre Verhältnismäßigkeit angesichts der sich gegenwärtig ungewöhnlich dynamisch verändernden Wirklichkeit. Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob es die gegenwärtig intensiv geführten Debatten gäbe, wenn es nicht zur globalen Krise gekommen wäre. Dies ist gleichzeitig die Frage danach, ob die Krise den Glauben an die Mainstream-Ökonomie in Frage stellt, oder ob die Ursachen für die Abnahme dieses Glaubens ein tieferes, von der Krise unabhängiges Fundament haben, das mit dem sich gegenwärtig vollziehenden zivilisatorischen Umbruch und einem Zustand des „gestörten Gleichgewichts“ verbunden ist.

Die Krise, der zivilisatorische Umbruch und die postindustrielle Ökonomie der Unbeständigkeit

Das Ausmaß und die Tiefe der gegenwärtigen globalen Wirtschaftskrise ruft Kontroversen zum Thema hervor, ob diese Krise als typisches, quasi genetisches Symptom des Konjunkturzyklus verstanden werden kann, also als mit der Marktwirtschaft untrennbar verbundenes Phänomen des „Ansteigens und Fallens“ ihres sinoidalen Verlaufs. Diese Einschätzung bräuchte nicht weiter diskutiert zu werden, gäbe es nicht die Tatsache, dass die Krise unter den Bedingungen eines technologischen und zivilisatorischen Umbruchs stattfindet, eines Paradigmenwechsels des bisher gültigen Entwicklungsmusters. Dies kommt darin zum Ausdruck, dass die industrielle durch eine bisher noch nicht näher definierte postindustrielle Zivilisation abgelöst wird. Es erfolgt der Übergang zu einem neuen Modell, einer auf dem Wissen basierenden Wirtschaft mit einem hohen Grad an Vernetzung (mit „Netzmacht“ und „vernetzter Demokratie“), einer virtualisierten „Wikinomie“ [Tapscott, Williams, 2008].

Im Ergebnis einer wachsenden Veränderungsdynamik nimmt die Wirtschaft in der heutigen Welt die Merkmale einer „Wirtschaft der Unbeständigkeit“ (vgl. Toffler [2003], Toffler A., Toffler H. [1996]) an. Dies betrifft nicht nur die Technologie und die Produkte, sondern auch die Arbeitsplätze, die Kommunikationsmethoden, die Produktion und den Handel, die Bildung und sogar die Modelle des familiären und beruflichen Lebens [Toffler A., Toffler H., 1996]. Fast alles bekommt einen provisorischen Charakter. Die wachsende Dynamik des technologischen Fortschritts verdeutlicht, dass sich dieser Trend zur Unbeständigkeit verstärken wird. Unter diesen Bedingungen stellen sich leicht Störungen und krisenhafte Erscheinungen in der Wirtschaft ein, was durch die Tatsache bestätigt wird, dass es in den letzten dreißig Jahren weltweit zu ca. 100 Bankkrisen gekommen ist [Wolf, 2008].

Das Tempo der Veränderungen ist gegenwärtig so hoch, dass man leicht der These zustimmen kann, dass die Vergangenheit nicht zur Geschichte, sondern gleich zur Archäologie wird, „ (...) zu der wir bereits keine emotionale Beziehung mehr haben“ [Szulc, 2002]. Unter diesen Bedingungen erscheint nicht nur die Zukunft, sondern auch die Gegenwart immer undurchschaubarer, chaotischer und schwerer zu begreifen,

besonders in einer Situation, in der sich die Informationsquellen aufgrund der Entwicklung von Technik und Kommunikation ständig vervielfachen. Eine Konsequenz hieraus sind die Dysfunktionen im ethischen Bereich und die Erosion des Wertesystems, was zur Folge hat, dass klare Bezugspunkte bei der Ausformung von Wertesystemen, nicht nur bei der Wirtschaftstätigkeit, sondern auch im menschlichen Leben, außer acht gelassen werden oder ganz abhanden kommen.

Bei der Analyse der gegenwärtigen Dysfunktionen der globalen Wirtschaftswelt und der sie begleitenden Erosion der Wertesysteme werden m. E. in einem zu geringen Maße die aus dem zivilisatorischen Umbruch resultierenden Herausforderungen berücksichtigt. Die dramatischen Bedrohungen, die sich daraus ergeben, dass in den Analysen die Frage des Zusammenstoßes der Zivilisationen marginalisiert wird, wird suggestiv von Samuel P. Huntington aufgegriffen, der hervorhebt, dass „viel ernster als die ökonomischen und demographischen Fragen diejenigen Probleme sind, die sich aus dem moralischen Verfall, dem kulturellen Suizid und der mangelnden politischen Einheit des Westens ergeben“ [Huntington, 2004, S. 536]. Dies bedrohe den nachhaltigen Fortschritt, zumal bei den Analysen der Veränderungen die Tatsache zu wenig berücksichtigt werde, dass die gegenwärtige Krise unseres Wertesystems, der Ethik und des Vertrauens nur die wesentlich größere Krise der gesamten industriellen Zivilisation widerspiegele. Hierauf weist u. a. auch Toffler hin [2003].

Wie Alexander Bard anmerkt, „leben wir, obschon sich dessen kaum jemand bewusst ist, gleichzeitig in zwei Epochen. Die erste ist der absterbende Kapitalismus. Die zweite, mit der Revolution der Information verbunden, ist die Epoche des Internets. In der vergangenen Epoche standen Fabrikanten und Bankiers an der Spitze der sozialen Pyramide – und ganz unten das Proletariat. In der heranziehenden Epoche befindet sich die zahlenmäßig kleine, aber märchenhaft reiche Netokratie an der Machtspitze. Die Basis der sozialen Pyramide nehmen hingegen das Konsumtariat ein“ [Bard, 2006], also Personen, die von sozialer Exklusion und digitalem Analphabetismus betroffen sind.

Wie *Alvin Toffler* unterstreicht, tobt in der Wirtschaft und in der Politik ein scharfer Machtkampf um den Erhalt derjenigen Bereiche, die von der absterbenden industriellen Zivilisation bestimmt werden. Ihr materielles Bild bleibt bei der Konfrontation mit dem Bild der modernen, aber häufig nicht in Gänze begreifbaren virtuellen Wirtschaft weiterhin attraktiv. Die Anhänger der industriellen Zivilisation verweisen auf ihre Transparenz, Unersetzbarkeit und Vitalität (was Toffler als „geilen Materialismus“ bezeichnet) [Toffler A. und H., 1996]. Einer Veränderung unterliegen auch die Eigentumsverhältnisse, denn von entscheidender Bedeutung ist nicht – wie im klassischen Kapitalismus – das Eigentum an den materiellen Produktionsmitteln, sondern das intellektuelle Kapital. Zur Schlüsselkategorie wird der *Zugang (access)* zum Wissen und zur Information, dessen Gegenteil der Ausschluss ist, u.a. die digitale Exklusion.

Das Syndrom der Unbeständigkeit betrifft auch das Wissen. Im Ergebnis einer beispiellosen Innovationsdynamik werden die Lebenszyklen des Wissens immer kürzer. Das Wissen wird auch immer undemokratischer, denn die Subjekte und ihre Chancen werden extrem differenziert [Maćzyńska, 2003]. Daher erweist sich die von *Thomas Friedman* vertretene These, dass die Welt aufgrund der „Internet-Globalisierung“, die es

Spezialisten aus weniger entwickelten Ländern ermöglichen mit Fachleuten aus den höchstentwickelten Ländern zu konkurrieren, flach sie und besonders während der gegenwärtigen Krise als illusorisch erscheinen [Friedman, 2006, S. 358]. Die Konzeption der flachen Welt stellt im Übrigen eine Anknüpfung an den ebenfalls suggestiven, in den 1960er Jahren von *Marshall McLuhan* geprägten Begriff des *globalen Dorfes* dar. Allerdings werden in einer Situation der „sterbenden Entfernungen“ paradoxerweise die Asymmetrien immer größer, obwohl die neuen Technologien faktisch zu einer Verringerung der Unterschiede zwischen den einzelnen Weltregionen beitragen.

Auf die wachsende Vielfalt der in der heutigen Welt angebotenen Entwicklungsmöglichkeiten fällt der Schatten eines sozialen Traumas, einer wachsenden Unsicherheit und eines abnehmenden Gefühls der Geborgenheit, das von einer Vertrauenskrise begleitet wird [Sztompka, 2000; 2007].

Zur Vertrauenskrise hat in hohem Maße der sich seit Jahrzehnten verstärkende Trend zu einer Abkehr des Finanzsektors und der Finanzströme von der realen Wirtschaft beigetragen, was an sich schon den Beginn der Krise markiert [Tapscott, Williams, 2008]. Wie *John Bogle*, ein Kenner der Finanzwelt, der von „Fortune Magazine“ zu den einflussreichsten Persönlichkeiten der nordamerikanischen Geschäftswelt gezählt wird, konstatiert, „hat sich Amerika in den letzten beiden Jahrhunderten von einer Agrar- in eine Industrie- und danach in eine Dienstleistungsgesellschaft verwandelt. Allerdings ist es gegenwärtig eine Gesellschaft, die hauptsächlich auf Finanzoperationen beruht. Diese auf Finanzen basierende Wirtschaft schmälert per definitionem die Wertschöpfung der produzierenden Unternehmen“ (Bogle: Enough, S. 46-47). Obwohl der Autor dieser These - als Praktiker und Kenner des Finanzsektors - den durch diesen Sektor erwirtschafteten Mehrwert nicht in Frage stellt (u. a. durch die Schaffung von Arbeitsplätzen), so macht er doch gleichzeitig darauf aufmerksam, dass je mehr das Finanzsystem an sich zieht, desto weniger der Investor profitiert, der seinerseits der elementare „Nährer“ der gegenwärtig existierenden, ungewöhnlich kostenträchtigen und auf Finanzinvestitionen beruhenden „Ernährungskette“ ist. Dies deutet auf die Notwendigkeit hin, das Funktionieren des Finanzsektors zu rationalisieren. In seiner aktuellen Gestalt mindert er nämlich die Wertschöpfung, die durch die Gesellschaft erbracht werden könnte [Bogle, 2009, S. 24-48]. Es kann sein, dass dies eine der Ursachen dafür ist, dass trotz des enorm steigenden Produktivitätspotenzials der neuen Wirtschaft seit vielen Jahren das Syndrom eines verringerten und verlangsamten Wachstums der hoch entwickelten Wirtschaften festzustellen ist. John Bogle kommt in diesem Kontext zum Ergebnis, dass „wir in einer Welt leben, in der zu viele von uns fast nichts mehr produzieren. Wir handeln nur mit Papierfetzen, indem wir untereinander Aktien und Obligationen hin- und hertauschen und unseren Finanzcroupiers riesige Vermögen auszahlen. Im Rahmen dieses Trends steigen die Kosten automatisch und zeitgleich mit der Schaffung sehr komplizierter sekundärer Instrumente (Derivate), durch die man immense Risikoarten in das Finanzsystem eingebaut hat.“ [Bogle, 2009, S. 38]. Indem sich Bogle auf die aktuelle Krise und das Verhalten supranationaler Korporationen und Banken bezieht und eine Sentenz Winston Churchills paraphrasiert, stellt er fest, dass „noch nie so viel für so wenig bezahlt wurde“ [Bogle, 2009, S. 38]. Dies ist ein Verweis darauf, dass die Wirtschaftswelt von Vermittlern beherrscht wird.

J.C. Bogle unterstreicht auch, dass wir in ebenso großartigen, interessanten und inspirierenden wie auch traurig machenden Zeiten leben. „Ihre Großartigkeit besteht darin, dass der sich aus dem demokratischen Kapitalismus ergebende Nutzen für die Allgemeinheit global noch niemals so zugänglich war. Der Kummer unserer Zeit besteht darin, dass die Exzesse des selben demokratischen Kapitalismus selten so deutlich hervortraten wie in der Gegenwart. Am deutlichsten kam er während der seit einiger Zeit anhaltenden Krise im Bank- und Investmentsektor, in dem die Mechanismen der Finanzhebel übertrieben genutzt wurden und man ungehemmt spekulierte, zum Vorschein“ [Bogle, 2009, S. 1-2]. Dies wird durch die fortschreitende Globalisierung begünstigt. Nach *Jadwiga Staniszkis* hat die globale Logik (und die unsichtbare Hand der Globalisierung mit ihrer asymmetrischen Rationalität) die unsichtbare Hand des Marktes (in seiner liberalen Fassung) liquidiert [Staniszkis, 2003, S. 197-198]. Obschon *Staniszkis* diese Bewertung im Hinblick auf die Staaten des kommunistischen Blocks formuliert, so hat sie doch eine weiter reichende Gültigkeit.

Die Radikalität der Veränderungen und die Ambivalenz ihrer Bewertungen führt unweigerlich zu einer Umwertung in der Theorie der Ökonomie. Als Reaktion auf die Veränderungen kommen allmählich neue Forschungsrichtungen zum Vorschein, die noch nicht ganz etabliert sind und zur übergeordneten Disziplin der Ökonomie der Komplexität (*Complexity Economics*) gehören. Eine dieser Strömungen ist die auf der Verhaltensökonomie basierende Psychoökonomie, die Ökonomie des unvollständigen Wissens (*Imperfect Knowledge Economics*). Man kann dies als den Beginn eines sich langsam vollziehenden Paradigmenwechsels in der Ökonomie auffassen. Nach *Andrzej Wojtyna* kommt das „Ferment“ der Ökonomie und die Art der Reaktion auf die gegenüber ihr formulierten Vorwürfe dadurch zum Ausdruck, dass „einerseits aufgrund der Verhaltensökonomie sich eine weitgehende Rekonstruktion der Annahmen der Konzeption des *homo oeconomicus* vollzieht, andererseits aufgrund der Forschungen in der sog. „Ökonomie der Komplexität“ die traditionelle Art des Verständnisses vom Gleichgewicht und der Dynamik der Wirtschaftssysteme in Frage gestellt wird. (...) Vieles scheint darauf zu hinzuweisen, dass die sich vollziehenden Veränderungen auf lange Sicht nicht nur den Gegenstand der Ökonomie, sondern auch ihre Methodik revolutionieren können. Mit der Bezeichnung der Veränderungen als *revolutionär* muss man allerdings besonders vorsichtig sein, und zwar nicht nur wegen des Einflusses ideologischer Faktoren oder der gewöhnlichen Ignoranz der Kritiker, sondern auch aufgrund der beträchtlichen Anpassungsfähigkeit der Mainstream-Ökonomie. Dann sind die revolutionären Veränderungen allerdings durchaus kein Krisensymptom, sondern belegen die „Vitalität“ der Ökonomie“ [Wojtyna, 2008].

Ökonomie der Komplexität. Ökonomie des unvollständigen Wissens

Die globale Krise hat die Auseinandersetzungen zum Thema der Ökonomie verschärft, aber die Notwendigkeit, einige alte ökonomische Theorien zu modifizieren, neu zu bewerten oder gar zu revidieren, wurde bereits wesentlich früher gesehen. Obwohl das in der neoliberalen Doktrin exponierte Prinzip der marktwirtschaftlichen Wettbewerbsordnung nicht in Frage gestellt wird, so weist man doch gleichzeitig darauf hin, dass eine übermäßige Marktkonfrontation der Wirtschaftssubjekte zu

unbeabsichtigten Erscheinungen und Bedrohungen führen kann, zumal „die Grenze zwischen Rivalität und Destruktion kaum wahrnehmbar ist“⁴. Ferner gewinnt die These von *Leon Hurwicz* an Aktualität, der an *A. Smith* anknüpfend ausführt, dass die „unsichtbare Hand“ eine „intelligente Steuerung“ benötigt [*Intelligent design*, 2007]. Auch *Paul Samuelson* hebt hervor, dass er ein Mann der Mitte ist. Indem er den Mechanismus der „unsichtbaren Hand“ anerkennt, stellt er gleichzeitig fest, dass dies im Falle der Globalisierung eine Hand an der Handbremse sein sollte [Rottwilm, Samuelson, 2008]. Dabei macht er auch darauf aufmerksam, dass einige Theorien an Aktualität eingebüßt haben, u. a. die Theorie der komparativen Kosten. *Milton Friedman* räumt seinerseits ein, dass er sich getäuscht hat und dass „die Behandlung des Geldangebots als übergeordnetes Ziel und als die ökonomischen Entscheidungen bestimmendes Prinzip sich nicht ganz bewährt hat. Ich bin nicht sicher, ob ich heute – so entschieden wie früher – auf dieser Ansicht beharren würde“ [*Spowiedź monetarysty*, 2003, S. 26]. Der sich deutlich abzeichnende Umbruch in den Ansichten der Theoretiker spiegelt sich in den Publikationen anderer führender Ökonomen wie *G. Becker*, *J. Stiglitz*, *J.K. Galbraith*, *Phelps*, *Kahnemann* wider [vgl. Galbraith, 2005; Stiglitz, 2004].

Das Syndrom der Unbeständigkeit der Wirtschaft bewirkt also, dass auch die ökonomischen Theorien unbeständig werden. In der Debatte zu diesem Thema fehlt es nicht an Kontroversen, die dem Tempo der Veränderungen der globalen Wirtschaft entsprechend zunehmen. Die Auseinandersetzungen betreffen die Frage, ob die grundlegenden Strömungen der ökonomischen Theorien im Hinblick auf die langjährige Gestaltung der Wirtschaft der Realität und der praktischen Umsetzbarkeit entsprechen. Dies ist deshalb so wichtig, weil die für die eine Wirtschaft und deren wirtschaftliche Realität optimalen Regeln für eine andere Wirtschaft unwirksam sein können, was bei der Gestaltung des Wirtschaftssystems und der Wirtschaftspolitik berücksichtigt werden muss. *Edmund S. Phelps*, Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften, verweist darauf, dass eine solche Herangehensweise eines der wichtigsten Merkmale der von *Roman Frydman* und *Michael D. Goldberg* konzipierten *Imperfect Knowledge Economics* darstellt⁵. Die beiden Autoren zeigen auf, dass wir es in einer Epoche der auf dem Wissen basierenden Wirtschaft im Grunde genommen mit einer Ökonomie eines unvollständigen, nicht gesicherten Wissens zu tun haben [Frydman, Goldberg 2007]. Unter diesen Bedingungen ist die Wahrheit unvollständig und die Sicherheit unecht. Die Ökonomie ist eine Wissenschaft, die auf der Erforschung bestimmter Gesetzmäßigkeiten beruht. Aufgrund der Dynamisierung der Veränderungen verstärken sich die Schwierigkeiten hinsichtlich der Identifizierung dieser Gesetzmäßigkeiten. Sogar die beste ökonomische Theorie kann ohne Berücksichtigung des sozialen Faktors und ohne

⁴ Der Autor dieser Feststellung, A. Morita vom Konzern Sony, unterstreicht ferner, dass die Überzeugung der Amerikaner von der Gegensätzlichkeit dieser beiden Phänomene die Wirklichkeit ebenfalls gestalte. Diejenigen, denen man hilft, «verweichlichen» und werden zu chronischen Patienten und Steuerschmarotzern [Hampden-Turner, Trompenaars, 1998, S. 122].

⁵ “Another hallmark of the imperfect knowledge view is its qualification of fixed policy rules. The necessary point is that the optimum rule is not the same from one structure of the economy to another. As with the rest of macroeconomics, the issues have to be rethought in a way that makes the ever-imperfect knowledge of market participants and policymakers an integral part of the analysis” – Zitat aus der Einführung von Edmund S. Phelps zu dem Buch von Frydman und Goldberg [2007, S. XIII].

die Analyse menschlicher Verhaltensweisen keine befriedigenden Ergebnisse bringen. Deshalb wird eine Änderung des Ansatzes in den Wirtschaftswissenschaften und die Verschiebung der Akzente von der quantitativen Analyse und mathematischen Modellen hin zu einer qualitativen Analyse vollzogen. Mathematische Modelle basieren nämlich auf festgelegten Prinzipien und Gesetzmäßigkeiten. Daher sind diese Modelle angesichts radikaler Veränderungen nur beschränkt brauchbar. Wie *Robert Shiller* hervorhebt, berücksichtigen Modelle, die die standardisierte Ökonomie zu Forschungszwecken und zur Marktanalyse und –prognose verwenden, nicht die Existenz von Spekulationsblasen. „Daher büßen die Analytiker die Orientierung ein, wenn die Blase gefährliche Ausmaße annimmt, und verlieren sich vollends, wenn sie platzt und eine Krise hervorruft. Wirtschaftswissenschaftler, die die sog. neoklassische Ökonomie betreiben, können den Mechanismus der Blasen nicht verstehen, da sie davon ausgehen, dass der Markt der Ort ist, an dem rationale Spieler auf Wissen basierende Entscheidungen treffen und die Güterpreise rational festlegen. [Gespräch *Jacek Żakowskis mit Robert J. Shiller*, 2009]. Dies korrespondiert mit der Auffassung von *Wacław Wilczyński*, dass „die Mission der polnischen Ökonomie nicht in der Zusammenstellung von Fakten und der Abbildung von eindrucksvollen Tabellen und Formeln besteht, sondern im harten Durchformulieren der Bedingungen des ökonomischen Erfolgs“⁶. Obwohl er diese Feststellung nur auf Polen bezieht, hat sie doch m.E. universellen Charakter.

In den neuesten Debatten zur Aufgabe der Ökonomie wird nicht nur auf die zunehmende Rolle der qualitativen Analyse hingewiesen, sondern auch auf die Gefahren, die sich daraus ergeben, dass die Geschichte des ökonomischen Denkens zu wenig berücksichtigt wird. *George Akerlof* und *Robert Shiller*, die die Ursachen der aktuellen Krise und deren wirtschaftliche Entartungen analysieren, exponieren die negativen Folgen, die sich daraus ergeben, dass man aus der historischen Erfahrung keine Schlüsse zieht, u. a. aus der großen Krise der Zwischenkriegszeit. In dem Buch „*Animal Spirits*“, das als Desiderat der neuen Strömungen in der Ökonomie – der sog. Verhaltens- oder Psychoökonomie - gehandelt wird, verbinden die Autoren die Theorie von *Keynes* mit den Resultaten anderer Wissenschaftsdisziplinen: Soziologie, Sozialpsychologie, Pädagogik sowie Neurologie und Anthropologie [Akerlof, Shiller, 2009].

An dieser Stelle sei daran erinnert, dass die Rolle der historischen Erfahrung schon zuvor von *Henry Hazlitt* exponiert wurde: „Viele Ideen, die heute für hervorragend, fortschrittlich und modern gehalten werden, sind im Grunde genommen eine Rückkehr zu alten Fehlern und ein weiterer Beweis für die Richtigkeit der Redensart, dass, wer die Vergangenheit nicht kennt, dazu verurteilt ist, sie zu wiederholen“ [Hazlitt, 1993, S. 9].

⁶ W. Wilczyński hebt hervor, dass „aus Sicht der Wirtschaftswissenschaften hinsichtlich der Kriterien der Bewertung der wissenschaftlichen Leistung die Philadelphia-Liste ein totales Missverständnis darstellt. Die polnischen Ökonomen, sogar die hervorragendsten, können sich nicht tausender Zitate und Fußnoten in der Philadelphia-Liste rühmen. Fast jeder Lehrstuhl für Mathematik, Statistik oder einer anderen Naturwissenschaft hat ein Vielfaches mehr davon als die polnischen Ökonomen. (...) So betrachtet haben auf dem Weltmarkt der Zitate und Fußnoten selbst bedeutende polnische Untersuchungen, die aus Sicht der Bedürfnisse der polnischen Wirtschaft fundamental sind, aber selten in eine Fremdsprache übersetzt werden, keinen Stellenwert. Im Westen wird diese Problematik als absolut irrelevant abgetan“ [Wilczyński, 2008].

Im Rahmen der neuen Forschungsrichtungen wird ferner auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Forschungsperspektive zu erweitern, währenddessen in der neoklassischen, neoliberalen Doktrin futurologische Fragestellungen prinzipiell marginalisiert werden. In Übereinstimmung mit dieser Doktrin soll die Zukunft durch den Mechanismus des freien Marktes geregelt werden. Um das Versagen dieses Ansatzes und die Folgen seiner Kurzsichtigkeit weiß die Fachliteratur seit langem, was u.a. in der Konzeption „der Tragödie der gemeinsamen Weide“ [Hardin, 1968] zum Ausdruck kommt. Hierauf hat ebenfalls *Henry Hazlitt* aufmerksam gemacht, indem er an die Thesen des berühmten Wirtschaftswissenschaftlers, *Frederic Bastiat*, anknüpfte und feststellte, dass einer der häufigsten Denkfehler, der hinsichtlich der Ökonomie gemacht werde, der Fehler der Kurzsichtigkeit, der sog. „Fehler der zerbrochenen Festerscheibe“, sei⁷. Die von *F. Bastiat* und *H. Hazlitt* gebrauchte „Metapher der zerbrochenen Fensterscheibe“ beweist trotz kontroverser Diskussion, dass Kurzsichtigkeit in der Ökonomie letztendlich negative Folgen hat. Die Bedeutung der Ökonomie als eines Instruments der Wirtschaftsgestaltung und ihrer Zukunft wird durch *Henry Hazlitt*, als einem Vertreter der österreichischen Schule, zutreffend charakterisiert: „Die Kunst der Ökonomie besteht darin, nicht nur auf die direkten, sondern auch auf die fernliegenden Konsequenzen einer bestimmten Aktivität oder eines Programms zu achten; nicht nur die Konsequenzen, die ein bestimmtes Programm für eine einzelne Gruppe, sondern für alle hat, sollten untersucht werden“ [Hazlitt, 1993, S. 17].

Außerdem gibt es, wie *Roman Fryman* hervorhebt, „in den Sozialwissenschaften – und die Ökonomie ist eine Sozialwissenschaft – niemals Sicherheit. Wer nach universeller Sicherheit strebt, ist naturgemäß zur Niederlage verurteilt. (...) Sogar die hervorragendsten Experten werden uns nicht vor Unsicherheit bewahren. (...) Es lässt sich keine sinnvolle Ökonomie konstruieren, die von der Unvorhersehbarkeit menschlicher Reaktionen auf Signale, Informationen, Empfehlungen und Stimuli abstrahieren würde“ [*Ekonomia niepewności*, 2008, S. 3]. Nach *Frydman* bleibt unter der Bedingung, dass sich die Gegenwart durch wachsende Unsicherheit und Veränderung auszeichnet, nichts anderes übrig, als anzuerkennen, dass Fehler normal sind, da dann paradoxerweise die Chancen für eine Minimierung der Fehler steigen.

Zur Reflexion des Versagens der Theorie und des daraus resultierenden Fehlerrisikos verleiten auch die im Jahre 2009 im Bereich der Wirtschaftswissenschaften verliehenen Nobelpreise. Einen davon erhielt (neben *Oliver Williamson*) *Elinor Ostrom* aus den USA für ihre Arbeit zur Verbesserung des Wirtschaftsmanagements. Die Preisträgerin stellte die populäre Auffassung und Theorie in Frage, wonach gemeinschaftliches Eigentum immer ineffektiv sei, nicht rational bewirtschaftet werde. Damit hinterfragte *Elinor Ostrom* auch die These, dass Privatisierung der einzig effektive Weg sei. Dies mindert gleichzeitig die Plausibilität der „Theorie der gemeinsamen Weide“, wonach Gemeinschaftseigentum immer destruktiv und für die in Besitz genommenen

⁷ . Wenn ein Hooligan einem Bäcker die Fensterscheibe einschlägt, dann kann – obschon der Glaser daran verdient – der dadurch erzielte Gewinn des Glasers der Verlust des Schneiders sein. Der Bäcker wird nämlich den geplanten Kauf eines Anzugs nicht verwirklichen können und das Geld für die Fensterscheibe ausgeben müssen. Hazlitt, 1993 S. 24.

Ressourcen zerstörerisch sei. Nach Auffassung der Nobelpreisträgerin wird das Gemeinschaftseigentum in der Regel wesentlich besser bewirtschaftet als dies aus der klassischen Theorie resultiert. Die von Ostrom durchgeführten Forschungen haben ergeben, dass die Akteure, die diese Eigentumsform repräsentieren, durchaus in der Lage sind, sämtliche Interessenkonflikte effektiv zu lösen [Ostrom, 2005].

Hier taucht das komplexe Problem auf, welche Rolle in diesem Veränderungsprozess der ökonomischen Theorie und einzelnen „ökonomischen Schulen“ zukommt. Diese Fragestellung ist deshalb so wichtig, weil man die Ökonomen und die Theorie der Ökonomie für die in der Wirtschaft auftretenden Dysfunktionen verantwortlich macht, auch dafür, dass es ihnen nicht gelungen ist, die aktuelle Krise (sowie andere Krisen) vorauszusehen und zu verhindern⁸. Man wirft den Ökonomen auch vor, sich an den alten „Schulen“ zu orientieren und die Veränderungen in der Wirtschaft zu ignorieren.

Das Problem des Konservatismus der Ökonomen und der Ökonomie hat vor Jahren John K. Galbraith aufgegriffen, indem er Keynes vorwarf, dass dieser „bei der Erörterung der Ökonomie die starke Verbundenheit der traditionellen Wirtschaftslehre mit den klassischen Werten und Begriffen sowie den Umstand, wie sie - angesichts der eintretenden Veränderungen - bestätigt und begründet werden, unterschätzt hat“ [Galbraith, 1992, S. 298]. Die Stärke dieser Werte ergibt sich daraus, dass sie bestehenden beruflichen und ökonomischen Interessen dienen. „Im Bereich der klassischen oder neoklassischen Tradition wird die Ökonomie vor allem durch das starke Engagement zugunsten bestehender Ansichten am Leben erhalten. Dies sind faktisch besonders starke Bindungen. Nur wenige Ökonomen sind bereit, das abzulehnen, was in ihrer Studienzeit vertreten wurde und was sie später in ihren eigenen Vorlesungen, Schriften und wissenschaftlichen Debatten verteidigt und erläutert haben. Die Abkehr davon, was sie selbst gelernt und später anderen beigebracht haben, bedeutet, einen Fehler einzugestehen. Dagegen wehren wir uns alle. Es sei hinzugefügt, dass wir uns vor der geistigen Anstrengung wehren, die notwendig ist, um uns Veränderungen anzupassen. Eine solche Anstrengung ist allerdings nicht nur für Ökonomen eine unangenehme, zuweilen sogar schmerzhaft Erfahrung“ [Galbraith, 1992, S. 298].

Die anhaltende Stärke der klassischen Theorie schreibt Galbraith ferner der Macht der Wirtschaftsinteressen und der Nützlichkeit dieser Theorie bei der Behandlung des Machtproblems in der Wirtschaftspolitik zu. Wenn nämlich laut den Prinzipien der klassischen Ökonomie die Wirtschaft vom Markt beherrscht wird, so verschwindet damit das Problem und der Vorwurf des Machtmissbrauchs, und die Kritik an der Macht wird als Kampf gegen den Markt wahrgenommen und interpretiert. Ein wesentlicher Faktor für die Stärke der klassischen Theorie ist auch das Streben, die Ökonomie zu mathematisieren und sie als exakte Wissenschaft zu behandeln. Die Prinzipien der klassischen Ökonomie ermöglichen und begründen mathematische Modelle. Nach Galbraith wird die Ökonomie „durch die sog. technische Flucht vor der realen Welt in

⁸ “Economists need to reach out from their specialised silos: macroeconomists must understand finance, and finance professors need to think harder about the context within which markets work. And everybody needs to work harder on understanding asset bubbles and what happens when they burst. For in the end economists are social scientists, trying to understand the real world. And the financial crisis has changed that world” [What went wrong with economics..., 2009].

den Fesseln der Vergangenheit und in den Fundamenten des klassischen Modells“ festgehalten: durch in sich logische, modellhafte Grundsätze (z. B. des reinen Wettbewerbs), fernab von jeder Realität, die allerdings die Bildung mathematischer Modelle ermöglichen [Galbraith, 1992, S. 299-300].

Es ergibt sich also die Frage, ob unter den gegenwärtigen Bedingungen einer zunehmenden Unsicherheit in der Wirtschaft und angesichts der Ambivalenz der quantitativen Messverfahren wirtschaftlicher Phänomene, bei gleichzeitiger Zunahme der Bedeutung von nicht messbaren, qualitativen Faktoren, die klassische Ökonomie die dominierende Strömung bleiben kann. Oder ob sie durch andere Strömungen, u. a. durch die Strömung der „Ökonomie des unvollständigen Wissens“, verdrängt wird. Diese Frage bleibt bislang unentschieden, aber der dargestellte zivilisatorische Paradigmenwechsel sowie die Intensität und Komplexität der gegenwärtigen Veränderungen in der Wirtschaftswelt stützen die Ansicht, dass sich die Ökonomie unausweichlich in Richtung großer Heterogenität entwickelt, und es somit zu einem unausweichlichen Paradigmenwechsel in dieser Disziplin kommen wird. Die Veränderungen haben schon begonnen und betreffen v. a. die Methodologie, u.a. die Methoden der Messung des Wirtschaftswachstums; denn immer deutlicher treten die Defizite klassischer Messungen hervor.

Dies ergibt sich u.a. aus der Tatsache, dass angesichts eines hohen Veränderungstempos und eines anhaltend hohen Finanzbedarfs die elementare Messgröße des wirtschaftlichen Wachstums als Indikator des BIP versagt. Deshalb hält die Suche nach neuen Entwicklungsindices für den Wohlstand und die Lebensqualität an. Eine dieser neuen Größen ist *Gross National Happiness Index (GNH)*, also der Index für das Bruttoinlandglück. Bei diesem Index berücksichtigt man nicht nur das Wachstum, sondern auch Fragen der sozialen Gerechtigkeit, des Schutzes von Kulturwerten, der Qualität des Regierens und der Wirtschaftsführung sowie öffentlicher Angelegenheiten und des Umweltschutzes. Grzegorz W. Kołodko postuliert die Entwicklung dieser Forschungsrichtung und schlägt einen „Integrierten Wohlfahrtsindex“ vor [Kołodko, 2008, S. 272].

Die aktuelle Krise hat die Suche nach neuen Messgrößen des Wirtschaftswachstums, des Wohlstands und des Geldes intensiviert und die Debatte belebt. Einer der neuesten Versuche in diesem Bereich ist die vom französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy einberufene Sonderkommission für Wirtschaftsmessung und sozialen Fortschritt. Diese Kommission unter Leitung von *Joseph E. Stiglitz* weist darauf hin, dass der Index des BIP bei der Bewertung des Wohlstands versagt und die bislang vorgenommenen Messungen des wirtschaftlichen Fortschritts und der Lebensqualität nicht zufriedenstellend sind. Die Kommission empfiehlt deshalb, sich intensiver mit anderen messbaren und objektiven Messgrößen des Wohlstands sowie mit subjektiven Indikatoren des Glücks zu beschäftigen. Man empfiehlt eine komplexe Methode bei der Messung des Wohlergehens und verweist darauf, dass das Wohlergehen eine komplexe, multidimensionale Kategorie sei und nicht nur den materialen Lebensstandard, sondern auch solche Größen wie Gesundheit, Ausbildung, das politische System und anderes mehr zu berücksichtigen habe [Stiglitz, Sen, Fitoussi, 2009].

Fragen der Gestaltung und Messung des Wohlstands sind untrennbar mit der Gestaltung der Wirtschaftsordnung und mit der ihr dienenden Ordnungspolitik verbunden. Dies ist deshalb so wichtig, weil sich die Welt in einem Zustand des „gestörten Gleichgewichts“ befindet. *Lester C. Thurow* sieht darin eine Bedrohung für den Kapitalismus. Diese Bedrohung werde durch die gleichzeitigen „tektonischen“ Bewegungen von fünf ökonomischen „Platten“ - subkutanen Kräften des Wandels - ausgelöst:

Den Untergang des Kommunismus, der die Basis für den unkritischen Glauben an den Neoliberalismus schafft;

Eine Wirtschaft, die auf intellektuellem Kapital (Wissen) beruht;

Die Demografie, das enorme Bevölkerungswachstum in den ärmsten Ländern sowie die zunehmende Mobilität und die Alterung der Gesellschaften;

Die fortschreitende Globalisierung und die damit verbundene zunehmende Komplexität und Intransparenz der Wirtschaftsbeziehungen;

Eine Welt ohne dominierende Weltmacht, was darin zum Ausdruck kommt, dass die USA allmählich ihre hegemoniale Weltmachtstellung verlieren.

„Ordo“ und Ordnungspolitik

Bei zunehmender Komplexität und Veränderbarkeit der Welt bedarf es einer Anpassung an die Besonderheit wirtschaftlicher Bedingtheiten, denn die für die eine Wirtschaft optimalen Regeln können sich für eine andere als suboptimal erweisen.

Die Wirtschaftsgeschichte beweist, dass die aus dem technologischen Umbruch folgenden Veränderungen des zivilisatorischen Musters immer von Krisen begleitet wurden und eine Zerstörung des Alten zugunsten des Neuen erfolgte. Die Änderung des zivilisatorischen Musters und weitere stürmische Veränderungen riefen ebenfalls eine Veränderung des Modells der Wirtschaftsordnung hervor. So brachte die agrarische Zivilisation den Feudalismus hervor und die aus der industriellen Revolution resultierende Industriegesellschaft den Kapitalismus in all seinen späteren Varianten. Ferner war die Änderung der Wirtschaftsordnung mit der Änderung der sozialen Stratifizierung verbunden, was charakteristischerweise mit einer Änderung der Übermittlung, der Instrumente und der Methoden der Kommunikation verbunden war. Die Feudalherren wurden durch die Kapitalisten, die leibeigenen Bauern durch das Proletariat ersetzt. Der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus wurde vom Übergang der Epoche des manuell geschriebenen Wortes zur Epoche des gedruckten Wortes begleitet. Gleichzeitig ist die aus der Informationsrevolution resultierende postindustrielle Zivilisation die Ära eines neuen Kommunikationsmittels, der digitalen Sprache. Diese Entwicklung wird vom Entstehen einer neuen und führenden Gesellschaftsschicht, der sog. „digitalen Netokratie“, begleitet, während sich auf dem gegenüberliegenden Pol das Konsumariat als niedrigste soziale Schicht etabliert [Bard, 2006; Bard, Soderqvist, 2006].

Hieraus ergibt sich die Frage, welches Modell der sozioökonomischen Ordnung durch die neue postindustrielle Gesellschaft geschaffen wird? Diese Frage ist umso wichtiger als gegenwärtig das Chaos bei der Gestaltung der Weltwirtschaft deutlich zunimmt, und dies trotz der Mahnungen und Warnungen von Intellektuellen, die verschiedene Wissenschaftszweige vertreten: Ökonomen, Soziologen und andere. Die Komplexität

der gegenwärtigen Welt stellt das Prinzip des Beharrens auf nur ein Modell oder auf nur eine ökonomische Konzeption in Frage und verweist auf das Prinzip der Heterogenität. Aufgrund der zunehmenden Komplexität und des Tempos der Veränderungen kann die Heterogenität in der Ökonomie zu einem Beschleuniger der Entwicklung werden. Bereits 1854 stellte *John Stuart Mill* fest, dass das „was die europäische Völkerfamilie fortschrittlich machte und sie nicht zu einem auf der Stelle tretenden Teil der Menschheit werden ließ“, nicht „irgendeine Überlegenheit war, die, falls es sie überhaupt gibt, Ergebnis und nicht Ursache ist, sondern die beeindruckende Vielfalt des Charakters und der Kultur. Individuen, Klassen und Völker waren gewöhnlich sehr unterschiedlich und gingen verschiedene Wege, von denen jeder einzelne zu einem wertvollen Ziel führte. Und obschon diejenigen, die verschiedene Wege gingen, sich gegenseitig nicht tolerierten, und jeder einzelne die übrigen gerne dazu gezwungen hätte, *seinen* Weg zu gehen, waren die Versuche, sich gegenseitig zu hemmen, nur selten erfolgreich, und jeder übernahm allmählich widerstandslos das Gute, das ihm von anderen angeboten wurde.“⁹ Dies verweist darauf, dass der Ursprung allseitigen Fortschritts in der Vielfalt der Wege und Konzeptionen liegen kann.

Bei der praktischen Anwendung ökonomischer Theorien ist ihre Anpassung an die Realitäten unerlässlich. Deshalb können unterschiedliche theoretische Konzeptionen angesichts unterschiedlicher Bedingungen nützlich sein. Nicht zufällig haben wir es momentan mit der Abkehr vom Neoliberalismus und mit der Rückkehr zum Keynesianismus zu tun. Der Keynesianismus ist schließlich eine Konzeption für schwere, krisenhafte Zeiten.

In der Ökonomie der Komplexität ist der Trend zur Vielfalt ökonomischer Konzeptionen und ihrer Umsetzungen offenkundig. Auf die Triftigkeit dieses Ansatzes verweist u.a. *Grzegorz Kołodko* [2008], aber auch *Immanuel Wallerstein*, amerikanischer Soziologe, Historiker, Ökonom und Autor einer Theorie der Weltsysteme, in seinem vor fast zehn Jahren veröffentlichten Buch *Das Ende der Welt, wie wir sie kennen*, in dem er hervorhebt, dass das moderne Weltsystem „(...) in seine finale Krise eintritt, und es unwahrscheinlich ist, dass es noch 50 Jahre besteht“, da es sich in einer „tödlichen Krise“ befinde [Wallerstein, 2004, S. 27 und 151]. Ähnliche Schlussfolgerungen und Ermahnungen formuliert Alvin Toffler in seinen futuristischen Werken *Der Zukunftsschock* (1970) und *Machtwechsel* (1990)¹⁰.

Durch die Ordnungspolitik kann in Übereinstimmung mit den Forschungen *Jared Diamonds* zumindest teilweise eine Antwort auf die von diesem Forscher und Geographen gestellte Frage „Warum einige Gesellschaften zerfielen, während andere sich behaupteten?“ gefunden werden [Diamond, 2007]. Zwar sucht der Autor die Antwort auf die so formulierte Frage mit Hilfe der Analyse des Verhältnisses der Gesellschaften sowie ganzer Zivilisationen zur natürlichen Umwelt und kommt zum Ergebnis, dass die unvernünftige Nutzung von Ressourcen – neben militärischen oder ökonomischen Problemen – eine der Hauptursachen für den Niedergang zahlreicher hoch entwickelter Gesellschaften gewesen sei. Alledrings ist der Umgang mit der

⁹ <http://prawo.uni.wroc.pl/~kwasnicki/CytatyEkon.htm>

¹⁰ Toffler [1998, 2003]. Vgl. auch: Sztompka [2000].

natürlichen Umwelt auch nur eine Konsequenz der Wirtschaftspolitik. Das Modell der Wirtschaftsordnung ist einer der fundamentalsten Faktoren für das Regieren auf allen möglichen Ebenen: von der supranationalen über die nationale bis hin zur lokalen Ebene [Mańczyńska, 2008a, S. 151–168]. Die Wirtschaftsgeschichte liefert leider zahlreiche aus verschiedenen Regionen und Epochen stammende Beweise dafür, wie kostspielig Fehler bei der Ausformung der Wirtschaftsordnung sein können und sind¹¹.

Aufgrund der Überschneidung der globalen Krise mit dem zivilisatorischen Umbruch sowie erkennbarer Symptome eines chaotischen Weltwirtschaftssystems gewinnt die Frage nach der optimalen Form der Wirtschaftsordnung nicht nur in den Ländern, die einer Systemtransformation unterliegen, sondern auch in Ländern mit einer langen marktwirtschaftlichen Tradition, an Bedeutung. Die Wirtschaftsordnung bestimmt dabei den Rahmen für den öffentlichen Sektor¹².

Aktuell gewinnt die These an Gewicht, dass die ursprünglichen Ursachen für die gegenwärtige Krise und die Unregelmäßigkeiten in der Wirtschaft sich v.a. aus Systemfehlern ergeben, u.a. aus dem Umstand, dass man die Ordnungspolitik der Wirtschaft der neoliberalen Doktrin untergeordnet hat. Es ist charakteristisch, dass solche Ansichten auch von einstigen Befürwortern des Neoliberalismus formuliert werden. Zu diesem Kreis kann man *Jeffrey Sachs* zählen, der hervorhebt, dass „wir uns zwischen zwei voluntaristischen Utopien befinden. Die erste kanonisiert den Markt, die zweite die Gesellschaft. Die Mehrheit der Menschen hat sich einreden lassen, dass ihnen der Staat nicht helfen kann, und dass er, selbst wenn er ihnen Hilfe verspricht, alles verdirbt. Es wird viel Zeit vergehen, bis die Menschen sich wieder überzeugen lassen, dass man ohne einen starken Staat weder eine gute Gesellschaft noch eine funktionierende Wirtschaft haben kann“ [*Nauka przetrwania* 2009].

Auch *J.K. Galbraith* verweist in seinem Buch *Die Wirtschaft eines unschuldigen Betrugs. Die Wahrheit unserer Zeiten* auf die in der neoliberalen Doktrin enthaltenen Regelwidrigkeiten. Er unterstreicht das Auseinanderdriften von Realität und „konventionellem Wissen“ sowie den für die Wirtschaft, das Unternehmertum und ein effektives Management gefährlichen und beispiellosen Einfluss des privaten auf den öffentlichen Sektor. Er warnt auch vor der Macht supranationaler Korporationen sowie vor den Folgen, die sich daraus ergeben, dass die Macht von den Aktionären und Aufsichtsratsmitgliedern auf die Manager übergeht [Galbraith, 2005].

Maciej Battowski verweist seinerseits auf die Gefahr, dass sich der Kapitalismus zum Sozialismus entwickeln könnte, was an die aus dem Jahre 1942 stammende These *Schumpeters* von der Transformation des Kapitalismus zum Sozialismus erinnert [Schumpeter, 1995, S. 76]. Im Unterschied zu *J. Schumpeter*, der feststellte, dass der Kapitalismus keine Überlebenschance habe und dass sein fortschreitender Übergang zum Sozialismus nicht von seinen Niederlagen, sondern von seinen Erfolgen bestimmt werde, verweist *M. Battowski* auf die Niederlagen des Kapitalismus. Er stellt fest, dass „in den letzten beiden Jahrzehnten eine eigentümliche, auf den ersten Blick kaum

¹¹ „Lucky the city with a decent government. Not all happy cities resemble one another, but each unhappy city is at least partly unhappy for a single reason: misgovernment. The quality of government, local and national, is the most important factor, apart from the economy, in the success (of a city)“ [*Failures at the top*, 2007].

¹² Dieses Problem behandelt in vielen Publikationen auch *J. Kleer*; u.a. in: Kleer [2006].

sichtbare Entwicklung des kapitalistischen Marktsystems in Richtung eines Systems erfolgte, das sich durch elementare Merkmale der sozialistischen Wirtschaft auszeichnet” [Bałtowski, 2009, S. 2]. Dies komme u.a. in der „doktrinären Grundlage des Wirtschaftssystems” zum Ausdruck. Der Autor warnt ferner vor dem übertriebenen Glauben an globale Regulierungsmöglichkeiten der Wirtschaft. Er betont, dass aus den Erfahrungen mit der sozialistischen Wirtschaft bestimmte Schlussfolgerungen hinsichtlich der Funktionsarten dieser globalen Regelungsmechanismen resultieren. Sie sollten ihre Aktivitäten nicht auf Ersatzfunktionen des Marktes konzentrieren, was immer zu vielfältigen negativen Konsequenzen führe, sondern auf die Einhegung des Marktversagens. Ist der globale Regulator von seiner Weisheit und Omnipotenz überzeugt und nimmt er seine konstruktivistischen Umtriebe und seinen übertriebenen anthropologischen Optimismus nicht zurück, so werde er sicherlich so enden wie die zentrale Planungsbehörde im Sozialismus. Die einzige Möglichkeit bestehe darin, dass die Regulierungsmechanismen marktkonform agieren, wie dies die Theorie der deutschen Sozialen Marktwirtschaft (SMW) vorsehe [Bałtowski, 2009, S. 7].

Diese These ist wichtig, denn sie knüpft an das verfassungsgemäße Modell der polnischen Wirtschaft, an die SMW, an. Sie ist aber auch deshalb wichtig, weil die Ordnungsdilemmata die ganze Welt betreffen, sowohl die EU als Ganzes als auch Polen. Polen ist gleichzeitig die Illustration dafür, wie schwer es ist, eine befriedigende Lösung für die Gestaltung der Wirtschaftsordnung zu finden. Obwohl die Transformation der Wirtschaftsordnung in Polen vor zwanzig Jahren begann (1989), wurden die Fragen der Wirtschaftsordnung bisher nicht befriedigend gelöst [Wilczyński, 2005]. Die Tatsache, dass die SMW als verpflichtendes Modell der Wirtschaftsordnung anerkannt wird [Konstytucja, 1997], ändert nichts an dieser Bewertung. Auch im Verfassungsvertrag für Europa wird festgestellt, dass die Grundlage einer stabilen Entwicklung der EU die SMW sei, was ebenfalls im Lissaboner Vertrag festgehalten wird, der den Vertrag über die Europäische Union und über die Europäische Gemeinschaft modifiziert [Traktat, 2004].

Angesichts der wegen der globalen Krise auftretenden Dysfunktionen in der Wirtschaftsordnung wird die Idee der SMW immer attraktiver. Sie basiert auf der ordoliberalen Theorie, und diese knüpft wiederum an die aus der Zeit des antiken Imperium Romanum stammende Idee der „ordo” an. Deren Wesen ist es, eine Ordnung zu schaffen, die der Natur des Menschen entspricht und das wirtschaftliche Gleichgewicht garantiert¹³. Der lateinische Begriff der *ordo* wird in der antiken römischen Philosophie als ein für eine zivilisierte Gesellschaft charakteristischer Zustand beschrieben, in dem freie Individuen ungestört im Rahmen allgemein anerkannter Rechtsgrundsätze Transaktionen vollziehen können [Streit, Wolfgang, 1995, S. 113]. *Ordo* wird als Gegensatz zu Anarchie und Chaos interpretiert und hat grundsätzlich einen normativen Charakter, der auf den angestrebten Zustand ausgerichtet ist. Die aktuelle globale Finanzkrise spricht in gewissem Maße für die Konzeption der SMW. Charakteristisch ist nämlich, dass die Krise die mächtigsten kapitalistischen Länder der Erde betrifft, v.a. die USA und Großbritannien. Weniger

¹³ Auf diesen Ansatz verweist u.a. P. Pysz [2007, 2008].

gelitten haben Länder mit dem sog. skandinavischen Wirtschaftssystem, wo die Ideen der SMW praktisch realisiert werden.

Obschon die Meinungen zum Modell der SMW recht kontrovers sind, zeigt die Analyse seiner Merkmale jedoch, dass es die Chance stabiler Grundlagen für die Kohäsion und das Gleichgewicht der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung bietet. Die Idee der SMW ist durch Holismus gekennzeichnet, durch die komplexe, ganzheitliche Berücksichtigung der Einzelelemente des ungewöhnlich komplexen Systems, das die sozioökonomische Ordnung darstellt¹⁴. Deutlich ist auch der Einfluss dieser Ideen auf die von Jeffrey Sachs formulierte Konzeption einer „klinischen Ökonomie“. Die klinische Ökonomie ist ein holistischer Ansatz zur Lösung sozioökonomischer Probleme, bei dem ökonomische mit sozialen Aspekten verbunden werden, ein Ansatz, der der holistischen Medizin entstammt¹⁵. Auch Paul Krugman, der die Einseitigkeit der neoliberalen Doktrin kritisiert, unterstreicht die Notwendigkeit eines holistischen Ansatzes bei der Gestaltung der Wirtschaftsordnung und spricht sich indirekt für die SMW aus¹⁶.

Bedingung einer effektiven praktischen Umsetzung der ordoliberalen Konzeption der SMW ist ihre Anpassung an die modernen, sich unerhört dynamisch vollziehenden technologischen, sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen, samt der Globalisierung [Sachs, 2006].

Resumé

Die für die moderne Welt charakteristische Veränderlichkeit und das „gestörte Gleichgewicht“ zwingen zur Suche nach neuen, zukunftssträchtigen theoretischen Konzeptionen und Lösungsansätzen, die auf eine Symbiose des ökonomischen, sozialen und ökologischen Fortschritts ausgerichtet sind. Eine unveräußerliche Rolle kommt dabei der Ökonomie und den Ökonomen zu. Die Dynamik der Veränderungen in der Weltwirtschaft erfordert einen Paradigmenwechsel in der Ökonomie und eine Stärkung ihrer Funktion als sozialer Wissenschaft. Das bedeutet, dass ökonomische Regeln nicht von sozialen Aspekten abstrahieren können. Daher die Notwendigkeit eines holistischen, interdisziplinären und zugleich heterogenen Ansatzes in der Ökonomie.

Obschon die aktuelle Krise zu einer intensiveren ökonomischen Debatte hinsichtlich des Paradigmenwechsels in der Ökonomie beigetragen hat, so stellt doch der sich gegenwärtig vollziehende zivilisatorische Umbruch die elementare Grundlage für die Veränderungen dar. Die Mehrdimensionalität und Tiefe der Veränderungen schafft den Raum für die Entfaltung einer „Ökonomie der Komplexität“, inklusive einer Ökonomie des unvollständigen Wissens. Das bedeutet, dass ein einseitiger, doktrinärer und dogmatischer Ansatz ausgeschlossen wird. Dies verdeutlicht zugleich, dass das Festhalten an einem einzigen universellen ökonomischen Modell „mit einzig richtigen“ Lösungsansätzen, zum Scheitern verurteilt ist. Die Komplexität der Veränderungen

¹⁴ Intensiv erörtert werden diese Fragen in: Mączyńska, Pysz (Hg.) [2003] sowie E. Mączyńska, [2008a] u. [2008 b]

¹⁵ Vgl. J. Sachs [2006] sowie Ludwig Erhard [1957].

¹⁶ Vgl. Häntzschel [2008]. Vgl. auch W. Wilczyński [2008].

erzwingt eine gegenläufige, größere Erfolgchancen bietende, auf Heterogenität basierende Ausrichtung der Forschungen.

Bibliographie

Akerlof G.A., Shiller R.J. [2009], *Animal Spirits: How Human Psychology Drives the Economy, and Why It Matters for Global Capitalism*, Princeton University Press, New Jersey.

Bałtowski M. [2009], *Gospodarka socjalistyczna w Polsce. Geneza, rozwój, upadek*, Wydawnictwo Naukowe PWN.

Bard A. [2006], *Netokracja i konsumtariat, czyli nowy podział społeczny w epoce Internetu*, <http://www.teberia.pl/news.php?id=5250>

Bard A., Söderqvist J. [2006], *NETOKRACJA: Nowa elita władzy i życie po kapitalizmie*, Wydawnictwa Akademickie i Profesjonalne, Warszawa.

Beck U. [2002], *Spółeczeństwo ryzyka. W drodze do innej nowoczesności*, Wydawnictwo Naukowe Scholar, Warszawa.

Bieńkowski W., Radło M.J. [2006], *Amerykański model rozwoju gospodarczego. Istota, efektywność i możliwość zastosowania*, Szkoła Główna Handlowa – Oficyna Wydawnicza, Warszawa.

Bofinger P. [2008], *Czeka nas epokowa zmiana*, „Tygodnik Forum”, nr 41.

Bogle J. C. [2009], *Enough. True Measures of Money, Business, and Life*, Wiley. *Czym jest a czym nie jest „społeczna gospodarka rynkowa“*. *Meandry interpretacyjne* [2007], Gespräch E. Mączyńska und P. Pyszs mit Dr. Horst Friedrich Wünsche – dem Geschäftsführer der Ludwig Erhard Stiftung, „Nowe Życie Gospodarcze”, Nr 5.

Diamond J. [2007], *Upadek. Dlaczego niektóre społeczeństwa upadły, a innym się udało*, Prószyński i S-ka, Warszawa (Originalversion: *Collapse: How Societies Choose to Fail or Succeed*, Viking Books, New York 2005).

Ekonomia niepewności [2008], Gespräch Jacek Żakowski mit Roman Frydman darüber, warum sich die Ökonomen ständig irren, in: Polityka. „Niezbędnik Inteligenta”. Ausgabe 14, Nr. 10 (2644) vom 08. 03. 2008.

Eucken W. [1989], *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, 9. Auflage, Berlin–Heidelberg–New York.

Erhard. L. [2000], *Wohlstand für Alle*, München.

Failures at the top [2007], „The Economist”, 3. Mai.

Frydman R., Goldberg M. D. [2007], *Imperfect Knowledge Economics: Exchange Rates and Risk*, New Jersey.

Galbraith J.K. [1992], *Ekonomia w perspektywie. Krytyka historyczna*, Warszawa.

Galbraith J.K. [2005], *Gospodarka niewinnego oszustwa. Prawda naszych czasów*, Warszawa.

Gomułka S. [2009], *Krugman, diagnozując przyczyny kryzysu, pomija znaczące zjawiska*, „Obserwator Finansowy”, 24 11. 2009, <http://www.obserwatorfinansowy.pl/2009/10/15/wywiad-z-prof-gomolka/?k=debata>

Hampden-Turner C., Trompenaars A. [2006], *Siedem kultur kapitalizmu*,. 4. Auflage, Warszawa.

Häntzschel J. [2008], *Nie jesteśmy centrum wszechświata, Stany Zjednoczone budzą się z rojeń o własnej wielkości i wszędzie czyhających wrogach i przeżywają szok*, „Tygodnik Forum”, 21. 07. 2008, Nr 30.

Hungtington S.P. [2004], *Zderzenie cywilizacji*, Warszawa.

Hardin G. [1968], *The Tragedy of the Commons*, „Science”, Nr. 162.

Hazlitt H. [1993], *Ekonomia w jednej lekcji*, Kraków.

Intelligent design, A theory of an intelligently guided invisible hand wins the Nobel prize [2007], „The Economist”, 18. 10. 2007.

- John Cochrane's Response to Paul Krugman [2009], Full Text Friday ~ September 11th, in Economics <http://modeledbehavior.com/2009/09/11/john-cochrane-responds-to-paul-krugman-full-text/>
- Kleer J. [2006], *Globalizacja a państwo narodowe i usługi publiczne*, Warszawa.
- Kołodko G.W. [2008], *Wędrujący świat*, Warszawa.
- Koniec kapitalizmu? Bzdura? [2009], Gespräch mit R. Gwiazdowski, „Gazeta Bankowa”, Nr 5 (1057).
- Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej vom 2. April 1997 r., Dz. U., Nr 78, Pkt.. 483.
- Kowalik T. [2002], *Spoleczna gospodarka rynkowa – dekoracja czy program działania?*, Referat auf der Konferenz RN ZK PTE, 07. 03. 2002.
- Krugman P. [2008], *The Return of Depression Economics and the Crisis of 2008*, W.W. Norton & Co Inc.
- Krugman P. [2009a], *How Did Economists Get It So Wrong?*, *New York Times*, 2. September.
- Krugman P. [2009b], *It's the stupidity economy*. 13. November 2009, <http://krugman.blogs.nytimes.com/>
- Leith W. [...], *Still looking for a free lunch*, „The Guardian”, 27. 12. 2008.
- Lucas R. [2009], *Robert Lucas on economics*, „The Economist”, 6. August 2009.
- Mączyńska E. [2006] *Spoleczna gospodarka rynkowa a anglo-amerykański model gospodarczy. Kontrowersje i nieporozumienia*, in: W. Bieńkowski, M. J. Radło (Hg.), *Amerykański model rozwoju gospodarczego. Istota, efektywność i możliwość zastosowania*, Szkoła Główna Handlowa – Oficyna Wydawnicza, Warszawa.
- Mączyńska E., Pysz P. (Hg.) [2003] *Spoleczna gospodarka rynkowa. Idee i Spoleczna gospodarka rynkowa. Idee i możliwości praktycznego wykorzystania w Polsce*, PTE, Warszawa.
- Mączyńska E. [2008a], *Ład gospodarczy. Bariery i dylematy*, in: E. Mączyńska, Z. Sadowski, *O kształtowaniu ładu gospodarczego*, PTE, Warszawa.
- Mączyńska E. [2008b], *Ład gospodarczy. Pochwała „ordo”*, in: W. Jarmołowicz, M. Ratajczak (Hg.), *Liberalizm we współczesnej gospodarce*, Wydawnictwo Akademii Ekonomicznej, Poznań.
- Mączyńska E. [2003], *Słabnące tempo wzrostu w gospodarce światowej – symposium Rady Strategii Społeczno-Gospodarczej*, „Ekonomista”, Nr 5.
- Nauka przetrwania. Prof. Jeffrey Sachs, ekonomista, o niesprawiedliwych społeczeństwach* [2009], Interview mit J. Żakowski, „Polityka”, 10. 01. 2009.
- Netokracja i konsumtariat, czyli nowy podział społeczny w epoce Internetu* [2006], <http://www.teberia.pl/news.php?id=5250>
- Nie jesteśmy centrum wszechświata, Stany Zjednoczone budzą się z rojeń o własnej wielkości i wszędzie czyhających wrogach i przeżywają szok* [2008], „Tygodnik Forum”, 21. 07 2008, Nr 30.
- Ostrom E. [2005], *Understanding institutional diversity*. Princeton, Oxford.
- Pysz P. [2007], *Ordoliberalna koncepcja polityki gospodarczej Waltera Euckena*, „Ekonomista”, Nr 3.
- Pysz P. [2008], *Spoleczna gospodarka rynkowa. Ordoliberalna koncepcja polityki gospodarczej*, Wydawnictwo Naukowe PWN, Warszawa.
- Rottwilm Ch., Samuelson P.A. [2008], *Der Generalist mit dem Wasserhund*, „Der Spiegel”, 29 07. 2008.
- Gespräch Jack Żakowski mit Robert J. Shiller [2009], „Niezbędnik Inteligenta”, „Polityka”, 05. 07. 2009.
- Sachs J. [2009], *Ekonomista, o niesprawiedliwych społeczeństwach*, Interview mit J. Żakowski, „Polityka”, 10. 01. 2009.
- Sachs J. [2006], *Koniec z nędzą. Zadanie dla naszego pokolenia*, Warszawa.
- Sadowski Z. [2003], *O ustroju społeczno-gospodarczym*, in: J. Mujżel, B. Fiedor, S. Owsiak, E. Mączyńska, *Polski ustrój społeczno-gospodarczy. Jaki kapitalizm?*, Raport Nr 22, Rada Strategii Społeczno-Gospodarczej, Warszawa.

- Sadowski Z. [2007], *Otwarcie dla nowoczesnej teorii ekonomii*, in: *Przełomowy rok 1956 a współczesność*, PTE, Warszawa.
- Schumpeter J.A. [2003], *Kapitalizm socjalizm demokracja*, Warszawa.
- Skidelsky R. [2009], R. Keynes versus the Classics: Round 2; Robert Skidelsky's official website, 13. Oktober, *Spowiedź monetarysty* (Interview mit M. Friedman) [2003], „Forum” 30. 06. 2003.
- Staniszki [2003], *Władza globalizacji*, Warszawa.
- Steingart G. [2008], *Plajta ostatniej utopii*, „Tygodnik Forum”, Nr 41.
- Stiglitz J. E. [2006], *Szalone lata dziewięćdziesiąte*, Wydawnictwo Naukowe PWN, Warszawa.
- Stiglitz J. E., Sen A., Fitoussi J. P. [2009], *Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress*, www.stiglitz-sen-fitoussi.fr
- Streit M. E. (Hg.) [1995], *Freiburger Beiträge zur Ordnungsökonomik*, Tübingen.
- Streit M. E., Wolfgang K. [1995], *Das institutionelle Fundament von Freiheit und Wohlstand – Lektionen der „Freiburger Schule*, in: M.E. Streit (Hg.), *Freiburger Beiträge zur Ordnungsökonomik*, Tübingen.
- Sztompka P. [2000], *Trauma wielkiej zmiany. Społeczne koszty transformacji*, Warszawa.
- Sztompka P. [2007], *Zaufanie. Fundament społeczeństwa*, Kraków.
- Szulc M. [2002], „Dwa światy” Ryszard Kapuściński, Raport o społeczeństwie, 11. 04. 2002, http://www.reporter.edu.pl/raport_o_spoleczenstwie/raport_nadawca/dwa_swiaty_ryszard_kapuscinski
- Tapscott D., Williams A. [2008], *Wikinomia. O globalnej współpracy, która zmienia wszystko*, Warszawa.
- Thurow L. C. [1999], *Przyszłość kapitalizmu: Jak dzisiejsze siły ekonomiczne kształtują świat jutra*, Wrocław.
- Toffler A, Toffler H. [1996], *Budowa nowej cywilizacji. Polityka trzeciej fali*, Poznań.
- Toffler A. [1998]; *Szok przyszłości*, Poznań.
- Toffler A. [2003], *Zmiana władzy. Wiedza, bogactwo i przemoc prognozy XXI stulecia*, Poznań.
- Traktat ustanawiający Konstytucję dla Europy* [2004], Dz. Urz. UE, C 310, Bd. 47, 16. Dezember 2004.
- Traktat z Lizbony zmieniający traktat o Unii Europejskiej i traktat ustanawiający Wspólną Europejską*, unterzeichnet in Lissabon am 13. Dezember 2007. *Zmiany wprowadzone do traktatu o unii europejskiej i traktatu ustanawiającego wspólnotę europejską* [2007], Dz. Urz. UE, C 306, Bd. 50, 17. Dezember 2007 r., Art. 2, Pkt. 3.
- Wallerstein I. [2008], *Utopistyka. Alternatywy historyczne dla XXI wieku*, Poznań.
- Wallerstein I. [2004], *Koniec świata jaki znamy*, Scholar, Warszawa.
- Weron A., *Ilya Prigogine* (25. 01. 1917–28. 05. 2003), http://pryzmat.pwr.wroc.pl/Pryzmat_167/Pryzmat167.pdf
- What went wrong with economics. And how the discipline should change to avoid the mistakes of the past* [2009], „The Economist”, 16. Juli 2009.
- Wierzbicki A.P., *Nowa Futurologia*, http://www.pte.pl/pliki/2/11/Nowa_Futurologia.pdf
- Wilczyński W. [2008], *Misja polskiej ekonomii*, „Nowe Życie Gospodarcze”, Nr 11.
- Wilczyński W. [2005], *Polski przełom ustrojowy 1989–2005. Ekonomia epoki transformacji*, Poznań.
- Wołynia A. [2008], *Współczesna ekonomia – kontynuacja czy poszukiwanie nowego paradygmatu?*, „Ekonomista”, Nr 1.
- Wolff M. [2008], *Wenn der Markt versagt*, „Financial Times Deutschland“, 10. 01. 2008.

Anna Barwińska-Małajowicz

Universität Rzeszów, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

Berufsstart von Hochschulabsolventen am Beispiel der Partnerstädte Rzeszów und Bielefeld

1. Einleitung

Eine besondere Stellung beim Thema „Arbeitsmarkt“ nehmen Studenten und Hochschulabsolventen ein, die künftig den größten Einfluss auf das Wirtschaftsleben ausüben werden. Die sich fortlaufend wandelnde Wirtschaft in der erweiterten EU erfordert von den Hochschulabsolventen Wissen und Sachkenntnisse, die den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden. Darüber hinaus müssen sie sich an die Verhältnisse des sich verändernden Arbeitsmarktes anpassen: die Theorie, die sie sich während ihres Studiums aneignen, muss auch mit praktischem Können untermauert werden.

In der vorliegenden Abhandlung wird die Problematik der Berufsperspektiven von Hochschulabsolventen auf ihren einheimischen Arbeitsmärkten in den „alten“ und „neuen“ EU-Ländern an der Wende vom 20. auf das 21. Jahrhunderts behandelt. Berufserwartungen, Möglichkeiten zur ersten Arbeitsaufnahme, Chancen für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben werden am Beispiel der Absolventen von Hochschulen in Rzeszów und Bielefeld, also zweier Partnerstädte in Polen und Deutschland, dargestellt. Analysiert werden ausgewählte Ergebnisse einer Umfrage mit dem Hauptziel eines vertieften Wissens über die Verhaltensweisen derjenigen Hochschulabsolventen, die in beiden untersuchten Regionen erstmals in den Arbeitsmarkt eintreten. Insbesondere geht es um die Präsentation der Chancen und Gefahren, denen junge Menschen ausgesetzt werden, sowie um die Feststellung, wie die tatsächlichen Bedingungen für ihren Start ins Berufsleben sind. Ferner um die Beurteilung, inwieweit ihre berufliche Vorbereitung an die Bedürfnisse der Arbeitsmärkte in beiden Ländern angepasst ist.

Die Untersuchungen wurden im Studienjahr 2008/2009 durchgeführt. Die an der Umfrage teilnehmenden Personen wurden per Zufall ausgewählt. Als Informationsquelle diente ein Fragebogen mit den Befragungstypen: geschlossen, halboffen, offen und konjunktiv. Der Fragebogen wurde in neun Kapitel unterteilt und umfasste 42 Fragen.

Da viele für die Untersuchung des Berufspotenzials der Hochschulabsolventen typische Zweifel zur Methodologie und Interpretation berücksichtigt werden mussten, beschränkt sich die Untersuchung nicht nur auf die einfache Frage nach Chancen und Gefahren beim Berufsstart der Absolventen, sondern bedient sich einer Befragungsart, die die Verifizierung der Angaben der Befragten zum Teil ermöglicht und diese Antworten auf das Niveau der tatsächlichen Pläne und Berufsmöglichkeiten der polnischen und deutschen Absolventen bezieht.

2. Städtepartnerschaft: Rzeszów –Bielefeld

Von einer Städtepartnerschaft spricht man dann, wenn freundschaftliche Kontakte zwischen Städten, Kreisen und Gemeinden vertraglich geregelt sind. Zweck dieser

partnerschaftlichen Beziehungen ist es, die Verbundenheit über die Staatsgrenzen hinweg zu festigen, Freundschaften zu vertiefen und damit einen Beitrag zum Frieden nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt zu leisten. Dabei sollen die Begegnungen von Menschen im Mittelpunkt stehen. Sie bilden einen Ausgangspunkt zum besserem Verständnis, zu neuen Freundschaften und zum Abbau von Vorurteilen.

Die Partnerschaft zwischen Bielefeld und Rzeszów besteht seit achtzehn Jahren. Den Anstoß gab die Deutsch-Polnische Gesellschaft Bielefeld. Bielefeld ist mit Rzeszów seit 1991 partnerschaftlich verbunden. Der Partnerschaftsvertrag wurde am 17. Oktober 1991 unterschrieben, Symbol der Verbundenheit ist die Rzeszówstraße in Bielefeld.

Rzeszów ist die Hauptstadt der südöstlichen Region Polens und wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und kultureller Mittelpunkt mit rund 160.000 Einwohnern. Die Stadt liegt malerisch beiderseits des Flusses Wisłok.

Die Städtepartnerschaft ist sehr lebendig. Es gibt mehrere Schulpartnerschaften (z.B. die 2. allgemeinbildende Oberschule in Rzeszów mit dem Helmholzgymnasium in Bielefeld oder Zespół Szkół Gospodarczych in Rzeszów mit dem Carl-Severing-Berufskolleg in Bielefeld) und gemeinsame Projekte der Universitäten. Die Beziehungen zwischen den Hochschulen an beiden Standorten sind gut. Die Universität Bielefeld unterhält mit der Universität Rzeszów eine Hochschulpartnerschaft, und die Technische Universität Rzeszów arbeitet mit der Fachhochschule Bielefeld zusammen. In diesem Rahmen gibt es regelmäßige Kontakte in den Bereichen Rechtswissenschaft und Deutsch als Fremdsprache.

Das Ziel des letzten Informationsbesuchs einer Delegation aus Bielefelds Partnerstadt Rzeszów in der Universität Bielefeld und der FH Bielefeld (Ende April 2009) war die Vertiefung der Hochschulkontakte. Die Kooperation soll nun auf die naturwissenschaftlichen und technischen Fächer ausgeweitet werden. Daher besuchten die polnischen Vertreter auch das Centrum für Biotechnik (CeBiTec) und das Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF). Dort ging es um die Doktorandenausbildung und die Exzellenz-Graduiertenschule in Geschichte und Soziologie.

Der Freundeskreis und die Deutsch-Polnische Gesellschaft bringen sich sehr aktiv in die Städtepartnerschaft ein. Neben offiziellen Besuchen veranstaltet die Stadt Bielefeld alle zwei Jahre eine Jugendreise in die polnische Partnerstadt mit Aufenthalt in Gastfamilien.

3. Die Situation der Hochschulabsolventen auf dem polnischen Arbeitsmarkt am Beispiel der Hauptstadt von Podkarpacie

3.1. Allgemeine Charakteristik der Arbeitslosigkeit der Hochschulabsolventen in Polen

Die Situation der Hochschulabsolventen auf dem polnischen Arbeitsmarkt ist deutlich günstiger als die Chancen von Personen mit niedrigerem Bildungsniveau¹.

¹ U. Sztanderska: *Efekty kształcenia a wymagania rynku pracy*, Konferenz: *Efekty kształcenia – szanse i wyzwania dla szkolnictwa wyższego w Polsce*. Warszawa, 29. Oktober 2008

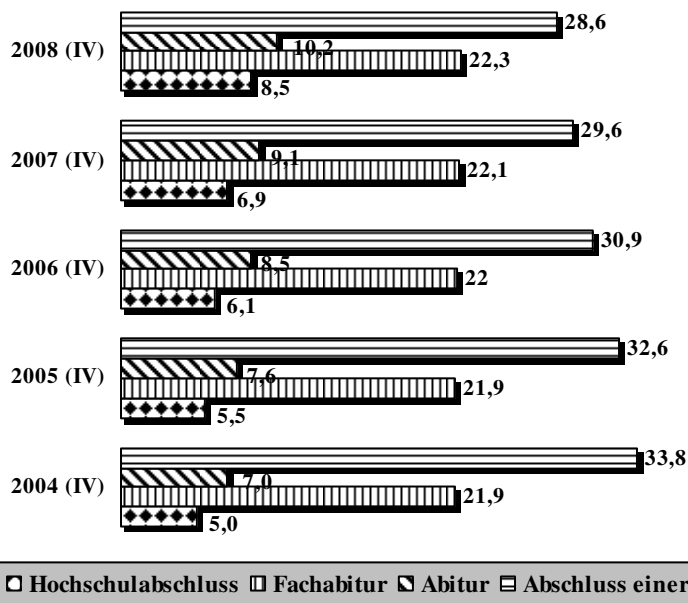
Tabelle 1: Arbeitslose nach Bildungsniveau (Stand am Ende des Quartals)

Lf.N r.	Zeitraum	Gesamt	Bildungsniveau				
			Hochschulabschluss	Fachabitur	Abitur	Abschluss einer Berufsschule	Abschluss der Sekundarstufe I und unvollendete Grundausbildung
in %							
1.	2004...IV	100,0	5,0	21,9	7,0	33,8	32,3
2.	2005...IV	100,0	5,5	21,9	7,6	32,6	32,4
3.	2006...IV	100,0	6,1	22,0	8,5	30,9	32,5
4.	2007...IV	100,0	6,9	22,1	9,1	29,6	32,3
5.	2008...IV	100,0	8,5	22,3	10,2	28,6	30,4

Quelle: Eigene Bearbeitung: Bezrobocie rejestrowane I–IV kwartał 2008, GUS, Warszawa 2009

Die Arbeitslosenrate bei Hochschulabsolventen ist seit einigen Jahren viel kleiner als die Arbeitslosenrate bei Personen mit niedrigerem Bildungsniveau (8,5 Prozent der Gesamtzahl der Arbeitslosen, die Ende Dezember 2008 angemeldet waren). Die meisten in Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen sind Personen mit relativ niedrigem Bildungsniveau, mit Berufsschulabschluss oder Abschluss der Sekundarstufe I, Grundausbildung oder ohne Grundausbildungsabschluss (entsprechend 28,6 und 30,4 Prozent der Gesamtanzahl der Arbeitslosen, die im IV Quartal 2008 gemeldet waren), (vgl. Tabelle 1, Diagramm 1).

Diagramm 1: Arbeitslose nach Bildungsniveau (in %, Stand am Ende des Quartals)



Quelle:

Eigene Bearbeitung anhand der Tabelle 1.

Es muss jedoch angemerkt werden, dass die Arbeitslosenrate im Jahre 2008 in der Gruppe der Hochschulabsolventen um 1,6 Prozent (siehe Tabelle 1, Diagramm 1) gestiegen ist, das heißt also, dass eine relative Schwächung der Position der Hochschulabsolventen zu erkennen ist, was zur Folge hat, dass die Perspektiven, eine der Ausbildung entsprechende Arbeit zu finden, schlechter sind und dass sich die Chancen für eine hohe Vergütung verringern. Die Ursachen dieses Tatbestandes sind u.a. in der geringeren Nachfrage nach Arbeit für Personen mit höherem Bildungsniveau bei ständig wachsendem Angebot zu suchen gewesen. Dies führt dazu, dass die Arbeitsmarktsituation der Hochschulabsolventen allmählich der Situation von Personen mit mittlerer Bildung ähnelt. Darüber hinaus ist der Hochschulabschluss strukturell recht oft nicht an die Nachfrage nach Arbeit angepasst. Angesichts dieser Tatsachen beobachtet man, dass Arbeitskräfte mit Hochschulabschluss in der heimischen Wirtschaft nicht in Anspruch genommen werden, da die tatsächlichen, den Erwartungen der Arbeitgeber entsprechenden Bedürfnisse der Wirtschaft andere sind als das Können und Wissen, das die Hochschulabsolventen mitbringen.² Deshalb sind die Absolventen polnischer Hochschulen oft gezwungen, im Ausland nach Arbeit zu suchen.

3.2. Analyse der ausgewählten Ergebnisse der Befragung von den Absolventen an den Hochschulen in Rzeszów

Im weiteren Teil dieser Abhandlung werden ausgewählte Ergebnisse der Umfrage, die unter den Absolventen der Rzeszower Hochschulen durchgeführt wurden, vorgestellt.

3.2.1. Der Grad der Berufsvorbereitung hinsichtlich der Bedürfnisse des heimischen Arbeitsmarkts

Beim Übergang vom 20. auf das 21. Jahrhundert hat sich das Hochschulwesen in Polen rasch entwickelt. Anfang der 1990er Jahre überschritt die Anzahl der Studierenden in Polen knapp 400.000, im Jahre 2007 erreichte sie dagegen fast das Fünffache.³ Zu einer großen Herausforderung für die Forschung wurden die Analysen der gegenwärtigen Ausbildung hinsichtlich ihrer Anpassung an die Anforderungen des Marktes.⁴

Da eines der Hauptziele des Bologna-Prozesses die richtige Vorbereitung der Hochschulabsolventen auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes ist, lautete eine der ersten Fragen in der durch die Autorin durchgeführten Umfrage: *Haben Sie bei der Wahl Ihrer Studienfächer die zu erwartenden Anforderungen des Arbeitsmarkts im Blick gehabt?*

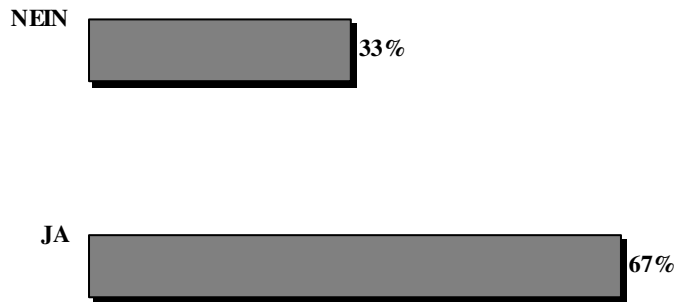
² U. Sztanderska, B. Minkiewicz, M. Bąba: *Absolwent na rynku pracy*, Teil 1. *Forum Akademickie*, 6, 32-34, Teil 2. *Forum Akademickie*, 7/8, 42-44

³ www.rynekpracy.pl

⁴ Vgl. *Szkolnictwo wyższe a wyzwania rynku pracy*, (vgl. www.rynekpracy.pl)

Diagramm 2: Die Auswahl der Studienrichtung/Spezialisierung und die Anforderungen des Arbeitsmarktes

(Haben Sie bei der Wahl Ihrer Studienfächer die zu erwartenden Anforderungen des Arbeitsmarktes im Blick gehabt?)

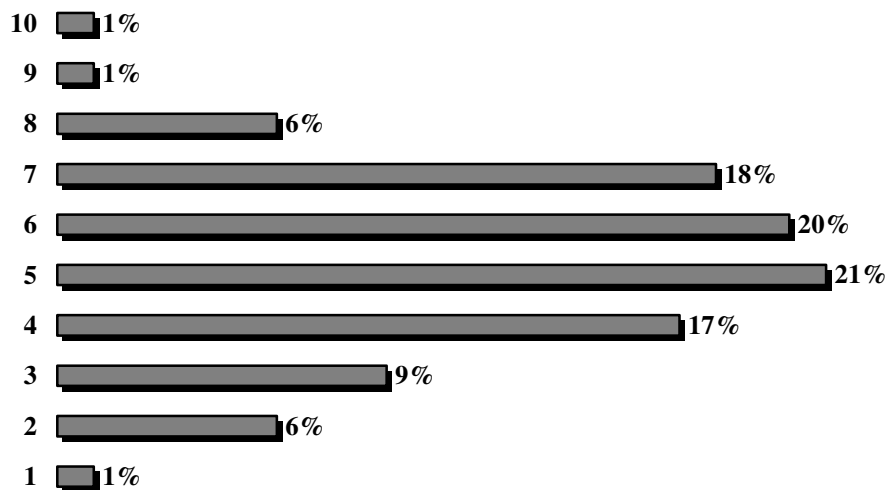


Quelle: Eigene Bearbeitung aufgrund der Umfrage (Rzeszów 2008)

Bis zu 67 Prozent der befragten Absolventen an den Rzeszower Hochschulen erklärten, dass die Auswahl der Studienrichtung durch die Anforderungen des Arbeitsmarktes bedingt war, und nur ein Drittel der Befragten meinten, dass sie bei der Wahl der Studienrichtung die Anforderungen des Arbeitsmarktes nicht berücksichtigt hätten (siehe Diagramm 2).

Dabei scheint bedenklich, dass die Mehrheit der Befragten feststellte, dass sie die Auswahl ihrer Studiengänge auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes ausgerichtet hat und dass – obwohl die Anzahl der Hochschulabsolventen wesentlich gestiegen ist – viele Arbeitgeber in Polen immer noch einen wachsenden Bedarf an hochqualifizierten Arbeitnehmer signalisieren. Auf dem polnischen Arbeitsmarkt beobachtet man das Problem, dass es an manchen Berufen und Spezialisierungen mangelt, was sich aus der Tatsache ergibt, dass Ausbildungsangebote und Arbeitsmarktanforderungen nicht übereinstimmen.

Diagramm 3: Grad der beruflichen Vorbereitung nach dem Hochschulabschluss
Was glauben Sie, wie gut oder schlecht sind Sie auf die Anforderungen des polnischen Arbeitsmarkts vorbereitet? Einschätzung zwischen 1 und 10 (1=besonders schlecht, 10=besonders gut)



Quelle: Eigene Bearbeitung aufgrund der Umfrage (Rzeszów 2008)

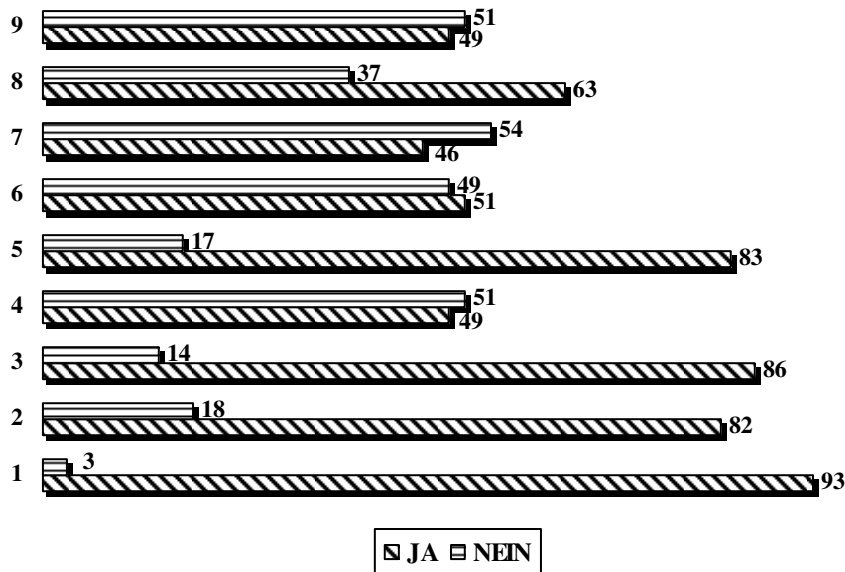
Die Verteilung der Antworten auf die Frage hinsichtlich des Grads der beruflichen Vorbereitung nach dem Hochschulabschluss wurde anhand des Diagramms 2 dargestellt. Die meisten Befragten nannten bei einer Skalierung von 1 bis 10 den Punkterraum von 5 bis 7. Aus der Analyse der Angaben im Diagramm 2 ergibt sich, dass fast zwei Drittel der Befragten den Grad ihrer beruflichen Vorbereitung in Bezug auf die Arbeitsmarktanforderungen auf 5-7 Punkte einschätzten. Die meisten Befragten, d.h. 21 Prozent, werteten ihre Vorbereitung in Bezug auf die Anforderungen des polnischen Arbeitsmarktes mit 5 Punkten, 20 Prozent gaben 6 Punkte an, 18 Prozent 7 Punkte, 17 Prozent 4 Punkte, 9 Prozent 3 Punkte, je 6 Prozent 8 und 2 Punkte, und nur 1 Prozent der Befragten war der Ansicht, dass sie den Anforderungen des polnischen Arbeitsmarktes sehr gut gerecht werden. Die meisten Befragten lokalisierten die Bewertung ihrer beruflichen Vorbereitung in der Mitte der Skala.

3.2.2. Beruflicher Start und die damit verbundenen Probleme

Der Beginn des Berufslebens wird bei Hochschulabsolventen von mehreren unterschiedlichen Problemen begleitet. Die Analyse des Diagramms 4 lässt erkennen, dass das größte Problem, auf das die arbeitssuchenden Hochschulabsolventen stoßen, die beschränkte Auswahl an Arbeitsstellen in ihrem Wohnort ist. Das meinen bis zu 97 Prozent der Befragten. Andere Probleme, auf die die Hochschulabsolventen aufmerksam machen, sind zu niedrige Vergütung (86 Prozent der Befragten halten dieses Problem für wichtig) und Mangel an Arbeitsstellen im erlernten Beruf (dieser Ansicht waren 82 Prozent der Befragten) (siehe Abb. 4).

Diagramm 4: Probleme der Hochschulabsolventen beim Beginn ihres Berufslebens (Verteilung der Antworten in Prozent)

(Auf welche Probleme treffen Ihrer Meinung nach Personen, die in Deutschland Arbeit suchen?)



Erläuterungen zu der Abbildung:

- 1 - Beschränktes Arbeitsstellenangebot am Wohnort und in der Nähe des Wohnortes
- 2 - Keine Arbeitsangebote im erlernten Beruf
- 3 - Zu niedriger Lohn
- 4 - Zu niedrige Berufsqualifikationen im Vergleich zu den Anforderungen der potenziellen Arbeitgeber
- 5 - Es werden überwiegend Bewerber/innen mit Berufserfahrung gesucht
- 6 - Angebotene Stellen entsprachen nicht den Vorstellungen über Arbeitszeit und/oder Arbeitsbedingungen
- 7 - Arbeitgebende wollen eine Person nicht einstellen, erteilen Absage ohne Begründung
- 8 - Es werden spezielle Kenntnisse verlangt, z. B. EDV, Fremdsprachen
- 9 - Mangel an Bekanntschaften, Beziehungen, Fürsprache

Quelle: Eigene Bearbeitung aufgrund der Umfrage (Rzeszów 2008)

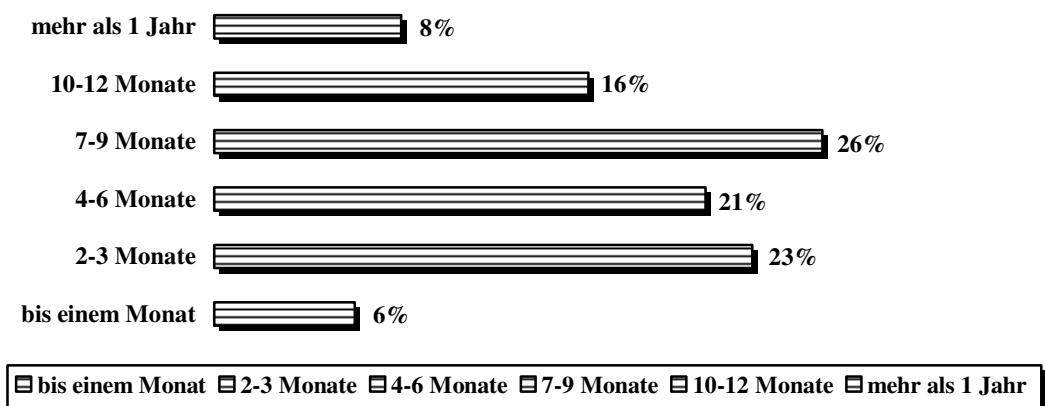
Zu geringe Berufserfahrung war für 83 Prozent der Befragten ein Hindernis bei der Arbeitsaufnahme, und der Mangel an zusätzlichen Qualifikationen stellte für 63 Prozent ein Problem dar.

Wie man sehen kann, bestanden die größten Schwierigkeiten, die die Erwerbstätigkeit bei jungen, ausgebildeten Menschen verhindern, im Mangel an Arbeitsangeboten am Wohnort, in zu niedriger Vergütung und zu geringer Berufserfahrung.

3.2.3. Methoden und Dauer der Arbeitssuche

Die Ergebnisse der durchgeführten Untersuchungen zeigen, dass die Zeitspanne, in der die Hochschulabsolventen eine Arbeitsstelle finden können, maximal sieben bis neun Monate beträgt (26 Prozent der Befragten nannten diesen Zeitraum, und dies war die häufigste Antwort).

Diagramm 5: Dauer der Arbeitssuche (unmittelbar nach Studienabschluss)



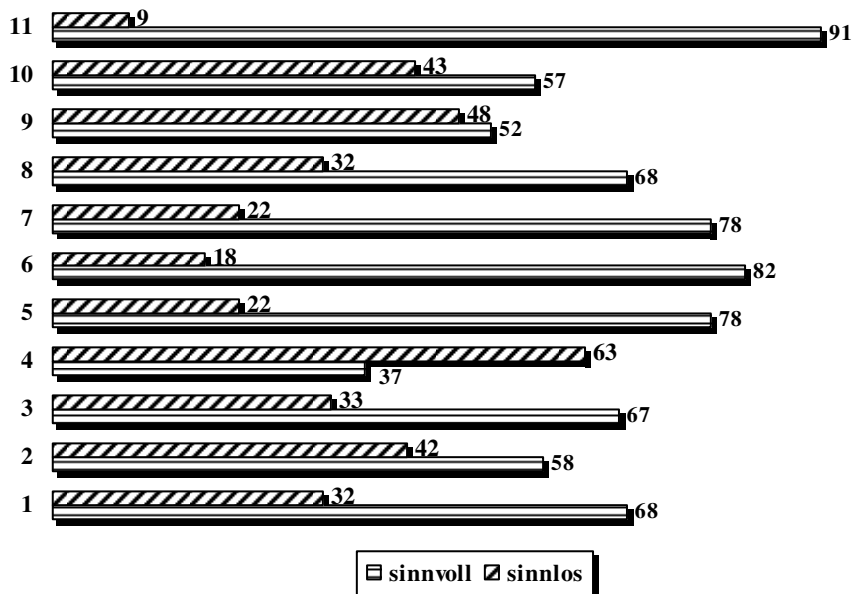
Quelle: Eigene Bearbeitung aufgrund der Umfrage (Rzeszów 2008)

Nach Meinung von 23 Prozent der Befragten nimmt die Arbeitssuche gleich nach Studienabschluss nur zwei bis drei Monate in Anspruch, 21 Prozent der Befragten nennen vier bis sechs Monate und 16 Prozent meinen, dass die Arbeitssuche nach dem Hochschulabschluss zehn bis zwölf Monate dauern kann. Nur 6 Prozent der Befragten waren der Ansicht, dass die Arbeitssuche einen Monat dauern könnte, nach Einschätzung von 8 Prozent dagegen mehr als ein Jahr.

Es muss betont werden, dass eine deutliche Unterschiedlichkeit der Antworten zu beobachten ist, da eine ähnliche Anzahl der Befragten (24, 22 und 26 Prozent) Zeiträume verschiedener Länge nannte: entsprechend zwei bis drei Monate, vier bis sechs Monate und sieben bis neun Monate, wobei dies die am meisten genannten Zeiträume waren (siehe Diagramm 5).

Das nächste untersuchte Problem waren die Methoden der Arbeitssuche. Die Hochschulabsolventen suchen auf unterschiedliche Art und Weise nach Arbeit. Im Diagramm 6 werden Untersuchungsergebnisse dargestellt, die die Methoden bei der Arbeitssuche und deren eventuelle Erprobung zeigen.

Diagramm 6: Methoden der Arbeitssuche (Verteilung der Antworten in Prozent)



Erläuterungen zur Abbildung:

- 1- Durch Vermittlung der Hochschule, z. B. Career Service
- 2- Durch Vermittlung des Arbeitsamtes
- 3- Durch Beziehungen, Bekanntschaften, Verwandte, Fürsprache
- 4- Einstieg in die Praxis, das Unternehmen der Eltern
- 5- Unternehmensgründung/Selbstständigkeit
- 6- Durch einen Job während des Studiums
- 7- Über das Internet, z.B. Jobbörsen, Stellenanzeigen
- 8- Über Stellenanzeigen in Zeitungen (Stellengesuche und Stellenangebote)
- 9- Ich könnte Bewerbungsunterlagen an verschiedene Arbeitgeber per E-mail schicken
- 10- Ich könnte Bewerbungsunterlagen an verschiedene Arbeitgeber per Post schicken
- 11- Ich könnte ins Ausland fahren, um dort schneller eine passende Arbeitsstelle zu finden

Quelle: Eigene Bearbeitung aufgrund der Umfrage (Rzeszów 2008)

Nach Ansicht der befragten Gruppe war ein Auslandsaufenthalt der sinnvollste Weg für die Erlangung einer Arbeitsstelle; dieser Meinung sind 91 Prozent der Absolventen. Die Aufnahme einer Arbeit noch während des Studiums erscheint für 82 Prozent der Befragten als sinnvoll. Sehr beliebt ist die Begründung einer Selbstständigkeit; 78 Prozent der Hochschulabsolventen sind der Auffassung, dass dies eine vernünftige Methode ist. Genauso viele Befragte sehen im Internet ein erfolgsversprechendes Mittel bei der Arbeitssuche.

68 Prozent der Befragten beurteilen die Vermittlung der Hochschulen, z.B. sog. Karrierebüros, positiv. Genauso viele haben eine positive Meinung, was das Aufgeben von und das Suchen nach Jobanzeigen in Zeitungen angeht.

Um 1 Prozent weniger, das heißt 67 Prozent der Befragten meinen, dass man Arbeit mithilfe von Beziehungen und Bekannten finden kann. Ein erfolgreicher Weg bei der Arbeitssuche ist auch die Inanspruchnahme der Vermittlung einer Arbeitsagentur, meinen 58 Prozent der Befragten (siehe Diagramm 6).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Methoden der Arbeitssuche, die als am wichtigsten und sinnvollsten gelten, folgende sind: Auslandsaufenthalt, Aufnahme der Arbeit noch während des Studiums und Anmeldung einer eigenen Wirtschaftstätigkeit. Weniger erfolgreiche Methoden der Arbeitssuche sind die Vermittlung von Arbeitsagenturen und Karrierebüros.

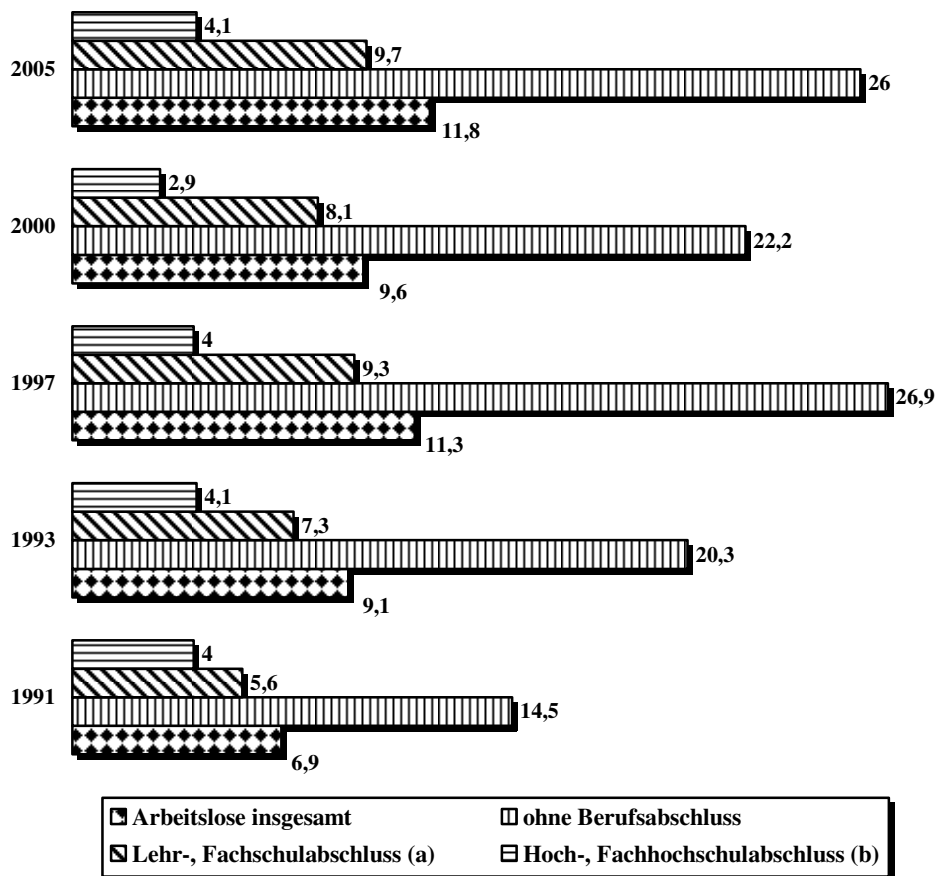
4. Die Chancen der Hochschulabsolventen auf dem deutschen Arbeitsmarkt am Beispiel von Bielefeld

4.1. Arbeitslosenrate bei Hochschulabsolventen in Deutschland

Die durchschnittliche Arbeitslosenrate in Deutschland betrug im Jahre 2008 ca. 7,8 Prozent (Ostdeutschland 13,1, Westdeutschland 6,4 Prozent)¹. Aus der Analyse der Statistikdaten, in denen das Bildungsniveau als Bezugskriterium angenommen wird, geht hervor, dass in den letzten Jahren die Arbeitslosenrate bei Personen mit Hochschulbildung und höherer Berufsausbildung am niedrigsten war (siehe Diagramm 7).

¹ Quelle: Eurostat-Daten

Diagramm 7: Arbeitslose nach Bildungsniveau in den Jahren 1991 bis 2005 (in Prozent)



(a) ohne Verwaltungsfachhochschulen

(b) einschl. Verwaltungsfachhochschulen

Quelle: Eigene Bearbeitung anhand der Daten von: www.sozialpolitik-aktuell.de

Das Risiko, keine Arbeit zu finden, ist unter den Absolventen deutscher Hochschulen relativ gering. Die Arbeitslosenrate bei den Hochschulabsolventen bewegte sich seit Jahren unterhalb des mittleren Niveaus und betrug beispielsweise im Jahre 2005 für die ganze Bundesrepublik Deutschland 4,1 Prozent. Die durchschnittliche Arbeitslosenrate für Personen im Produktionsalter beträgt ca. 11,8 Prozent¹, wobei man beachten muss, dass man es innerhalb der ersten Monate nach dem Hochschulabschluss mit einer spezifischer Erscheinung zu tun hat – mit Arbeitslosigkeit, die durch die Arbeitssuche bedingt ist. Allerdings verfügt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg zurzeit über keine statistischen Angaben über die Anzahl von Arbeitslosen

¹ Ch. Kerst, M. Schramm, Der Absolventenjahrgang 2000/2001 fünf Jahre nach dem Hochschulabschluss. Berufsverlauf und aktuelle Situation, Hochschul-Informationssystem GmbH, Hannover, 2008, S.47; Akademikerarbeitsmarkt (www.studienwahl.de), (data dostępu 22.03.2009)

in Bezug auf das Bildungsniveau, die aktueller sind als die Angaben aus dem Jahre 2005. Bis Ende 2009 sollen diese aktualisiert werden.

Die Ergebnisse der durchgeführten Untersuchungen² deuten dagegen an, dass mehr als die Hälfte der befragten Hochschulabsolventen (fast 60 Prozent) von Arbeitslosigkeit überhaupt nicht betroffen war, 22 Prozent nannten einen Zeitraum von einem bis drei Monaten, in dem sie arbeitslos blieben, und nur fünf Prozent der befragten Hochschulabsolventen gaben an, dass sie während der ganzen Untersuchungszeit, deren Dauer 60 Monate betrug, mehr als zwölf Monate arbeitslos waren. Die Hochschulabsolventen, die man überhaupt als arbeitslos einstufen konnte, blieben durchschnittlich 5,7 Monate ohne Arbeit, wobei man verschiedene Phasen der Arbeitslosigkeit unterscheiden kann. Die Arbeitslosigkeit, von der drei Viertel aller Befragten innerhalb der ersten fünf Jahre nach bestandener letzter Hochschulprüfung betroffen wurden, war nur episodisch.

Anhand der die letzten zwölf Jahre umfassenden Vergleichsanalysen der Arbeitslosenrate, die hinsichtlich unterschiedlicher Niveaus der Berufsqualifizierung durchgeführt wurden, lässt sich die sehr günstige Situation der Hochschulabsolventen deutlich erkennen. Neben dem geringeren Risiko, keine Arbeit zu haben, bekommen die Hochschulabsolventen in Deutschland meistens günstigere Vergütungsbedingungen als Personen mit niedrigerem Bildungsniveau. Auch haben sie im späteren Berufsleben größere Chancen auf eine Arbeitsstelle, die ihrer Berufsqualifizierung entspricht.

4.2. Analyse der ausgewählten Ergebnisse der Umfrage unter Hochschulabsolventen in Bielefeld, der Partnerstadt von Rzeszów

Im folgenden Teil der Abhandlung werden ausgewählte Ergebnisse der Umfrage präsentiert, die unter Studenten an Hochschulen in der Partnerstadt von Rzeszów, in Bielefeld, durchgeführt wurden.

4.2.1. Der Grad der beruflichen Vorbereitung hinsichtlich der Anforderungen des heimischen Arbeitsmarktes

Vom 28.04. bis zum 29.04.2009 trafen sich die für die Hochschulen verantwortlichen Minister aus 46 europäischen Ländern in Leuven und Louvain-la-Neuve in Belgien, um die bisherigen Erfolge des Bologna-Prozesses zusammenzufassen³, ein neues Programm festzulegen und Prioritäten des europäischen Hochschulwesens für die kommenden zehn Jahre, d.h. bis zum Jahre 2020, zu vereinbaren.⁴ Die im Rahmen des Bologna-Prozesses umgesetzte Reform, der in vielen europäischen Ländern vergleichbare zweistufige Studiengänge hat zum Ziel, dass die Qualität der Berufsausbildung verbessert wird und

² Ch. Kerst, M. Schramm, op. cit., S. 47

³ Dargestellt werden die Resultate des Bologna-Prozesses seit der vierten Folgekonferenz vom 17. bis 18. Mai 2007 in London; http://www.bmbf.de/pub/Londoner_Kommunique_Bologna_d.pdf

⁴ *The Bologna Process – reforming universities in the next decade*, <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/615&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

dass den Studenten neue Möglichkeiten gegeben werden, ihr Berufsleben zu beginnen oder ein weiteres Studium mit ihrem Privatleben zu vereinbaren. Im Wintersemester 2008/2009 wurden 75 Prozent aller Studiengänge, 9.200 aus der Gesamtanzahl von 12.300, an deutschen Hochschulen auf ein zweistufiges Studiensystem umstellt, wobei die Reform an Fachhochschulen ca. 94 Prozent aller Studiengänge umfasste. Die meisten Studierenden, die ihr Wissen im Rahmen eines zweistufigen Studienganges vertiefen, studieren solche Fächer wie Rechts-, Wirtschafts-, Sozialwissenschaften sowie mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer.⁵

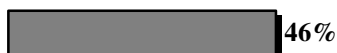
Eine der neuesten Forschungen von Eurobarometer, die unter Studierenden an europäischen Hochschulen durchgeführt wurde, ergab, dass sich die Universitäten für eine Zusammenarbeit mit der Arbeitswelt öffnen und lebenslanges Lernen ermöglichen. Bis zu 97 Prozent der Studierenden stellten fest, dass es wichtig sei, dass die Hochschulen den Studierenden ein Wissen und Können vermitteln, die den Erfolg auf dem Arbeitsmarkt gewährleisten.⁶

Die Frage, ob sich die jetzigen Absolventen bei der Wahl ihres Studienganges nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ausgerichtet haben, wurde von 54 Prozent der Befragten in Bielefeld positiv beantwortet, 46 Prozent negierten dies (Diagramm 8). Von den Personen, die mit *ja* antworteten, waren 58 Prozent Frauen und 42 Prozent Männer.

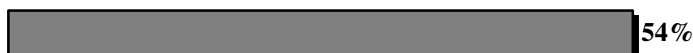
Diagramm 8: Die Auswahl der Studienrichtung/Spezialisierung und die Anforderungen des Arbeitsmarktes

(Haben Sie bei der Wahl Ihrer Studienfächer die erwartbaren Anforderungen des Arbeitsmarkts im Blick gehabt?)

NEIN



JA



Quelle: Eigene Bearbeitung anhand der Umfrage (Bielefeld 2008)

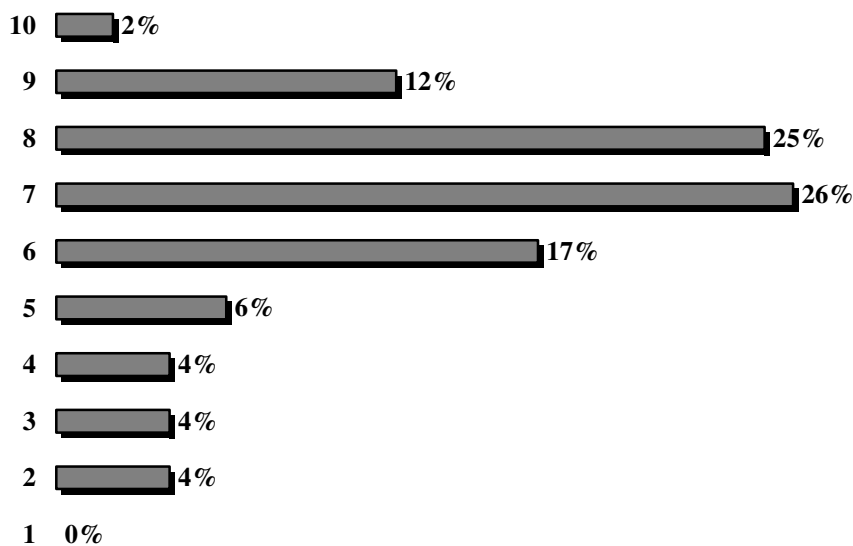
⁵ Der Bologna-Prozess, http://www.bmbf.de/de/3336.php#stand_umsetzung; The Bologna Process - Towards the European Higher Education Area, http://ec.europa.eu/education/higher-education/doc1290_en.htm; Brussels, 22 April 2009; The Bologna Process – reforming universities in the next decade, <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/615&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

⁶ <http://www.studentenpresse.com/apsp/index.php?page=news&show=02454>

Bei den Antworten auf die Frage nach dem Grad der beruflichen Vorbereitung wurden, der obigen Skala entsprechend, 1=schlechteste Note bis 10=beste Note, meistens 7 und 8 angegeben (siehe Diagramm 9). Die Mehrheit der Befragten stellte also fest, dass die Bielefelder Hochschulen ihre Absolventen relativ gut auf die Ausübung ihrer Berufe vorbereiten.

Diagramm 9: Grad der beruflichen Vorbereitung nach dem Hochschulabschluss

Was glauben Sie, wie gut oder schlecht Sie auf die Anforderungen des polnischen Arbeitsmarkts vorbereitet sind? Einschätzung zwischen 1 und 10 (1=besonders schlecht und 10=besonders gut)



Quelle: Eigene Bearbeitung anhand der Umfrage (Bielefeld 2008)

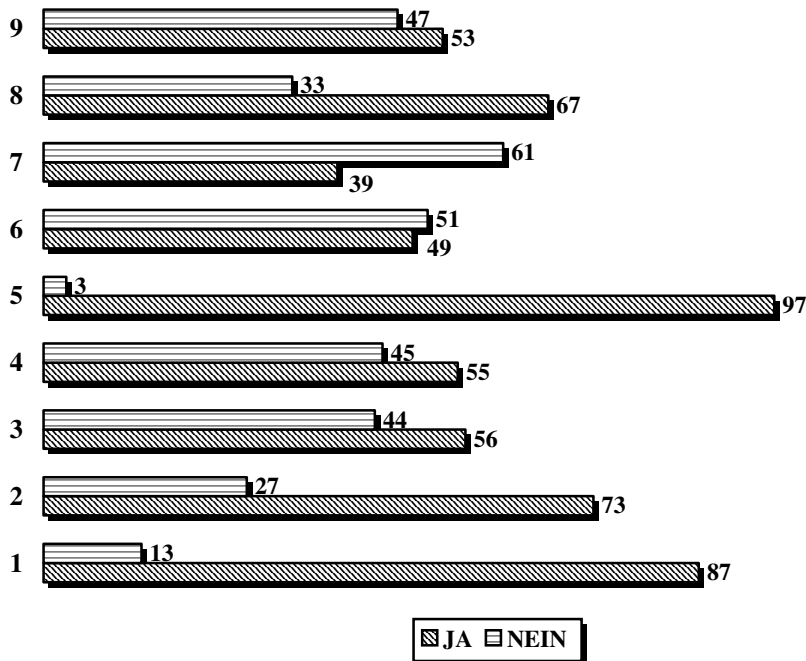
In der Analyse der erhaltenen Ergebnisse wurde die Beurteilung des Grads der beruflichen Vorbereitung auf die Fremdsprachenkenntnisse bezogen. Man stellte fest, dass nach Ansicht der Befragten Fremdsprachenkenntnisse bei der Beurteilung der Anpassung an die Anforderungen des Arbeitsmarktes keine besondere Rolle spielen. Die Chancen erhöhen sich, wenn mehrere Fremdsprachen beherrscht werden, allerdings unerheblich. Die größte Punktespanne beobachtet man bei Personen, die zwei Fremdsprachen beherrschen. Dagegen zeigen die Ergebnisse der Forschungen unter polnischen Studierenden eine starke Abhängigkeit zwischen der Beurteilung der beruflichen Vorbereitung und den Fremdsprachenkenntnissen.

4.2.2. Berufsstart und die damit verbundenen Probleme

Das Diagramm zehn stellt Probleme dar, auf die die auf dem heimischen Arbeitsmarkt nach Arbeit suchenden Absolventen an Hochschulen in Bielefeld stoßen.

Diagramm 10: Probleme der Hochschulabsolventen beim Beginn ihres Berufslebens (Verteilung der Antworten in %)

(Auf welche Probleme treffen Ihrer Meinung nach Personen, die in Deutschland Arbeit suchen?)



Erläuterungen zu der Abbildung:

- 1 - Beschränktes Arbeitsstellenangebot am Wohnort und in der Nähe des Wohnortes
- 2 - Keine Arbeitsangebote im erlernten Beruf
- 3 - Zu niedriger Lohn
- 4 - Zu niedrige Berufsqualifikationen im Vergleich zu Erfordernissen der potenziellen Arbeitgeber
- 5 - Es werden überwiegend Bewerber/innen mit Berufserfahrung gesucht
- 6 - Angebotene Stellen entsprachen nicht den Vorstellungen über Arbeitszeit und/oder Arbeitsbedingungen
- 7 - Arbeitgeber wollen eine Person nicht einstellen, erteilen eine Absage ohne Begründung
- 8 - Es werden spezielle Kenntnisse verlangt, (z. B. EDV, Fremdsprachen)
- 9 - Mangel an Bekanntschaften, Beziehungen, Fürsprache

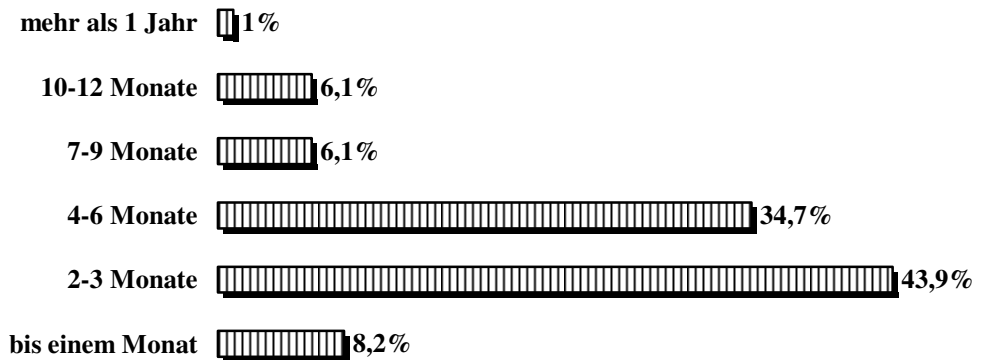
Quelle: Eigene Bearbeitung anhand der Umfrage (Bielefeld 2008)

Das größte Problem der Befragten ist die zu geringe Berufserfahrung; 97 Prozent der Befragten nannten dieses Problem. An zweiter Stelle tauchte das Problem des Mangels entsprechender Arbeitsangebote am Wohnort und in der nächsten Umgebung auf (87 Prozent). Ein gewisses Hindernis auf dem Arbeitsmarkt bildet auch das Fehlen von Arbeitsstellen, die dem erlernten Beruf entsprechen, sowie der Mangel an zusätzlichem Können/Wissen, z.B. im Bereich Computerarbeit und Fremdsprachenkenntnisse (Diagramm 10).

4.2.3. Methoden und Dauer der Arbeitssuche

Die Informationen aus dem Diagramm 11 verdeutlichen, dass der überwiegende Teil der Befragten (ca. 44 Prozent) nach dem Abschluss an einer Hochschule innerhalb von zwei bis drei Monaten eine Arbeit finden kann.

Diagramm 11: Dauer der Arbeitssuche (gleich nach Studienabschluss)



Quelle: Eigene Bearbeitung anhand der Umfrage (Bielefeld 2008)

Für ca. 35% der Befragten dauerte die Arbeitssuche nach dem Hochschulabschluss vier bis sechs Monate, und nur 1 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die Arbeitssuche mehr als ein Jahr in Anspruch nehmen kann (siehe Diagramm 11). Das Diagramm 11 bildet demnach sehr optimistische Daten ab, da sich aus ihnen ergibt, dass Hochschulabsolventen in Bielefeld, im Gegensatz zu ihren Kommilitonen aus Rzeszów, sehr schnell ihre erste Arbeit finden und aufnehmen können. Nur ca. 13 Prozent der Befragten brauchten mehr als ein halbes Jahr dafür und knapp 90 Prozent fanden eine Arbeitsstelle vor dem Ablauf dieser Zeit.

Tabelle 2: Methoden der Arbeitssuche (Verteilung der Antworten in Prozent)

Lf. Nr.	Methode der Arbeitssuche	%
1.	Durch Vermittlung der Hochschule (z. B. Career Service)	
-	Sinnvoll	77,0
-	Sinnlos	23,0
-	schon gemacht	9,0
-	nicht gemacht	91,0
2.	Durch Vermittlung des Arbeitsamtes	
-	Sinnvoll	50,0
-	Sinnlos	50,0
-	schon gemacht	34,0
-	nicht gemacht	66,0
3.	Durch Beziehungen, Bekanntschaften, Verwandte, Fürsprache	

-	Sinnvoll	90,0
-	Sinnlos	10,0
-	schon gemacht	42,0
-	nicht gemacht	58,0
4.	Einstieg in die Praxis, das Unternehmen der Eltern	
-	sinnvoll	67,0
-	sinnlos	33,0
-	schon gemacht	9,0
-	nicht gemacht	91,0
5.	Unternehmensgründung/Selbstständigkeit	
-	sinnvoll	77,0
-	sinnlos	23,0
-	schon gemacht	12,0
-	nicht gemacht	88,0
6.	Durch einen Job während des Studiums	
-	sinnvoll	97,0
-	sinnlos	3,0
-	schon gemacht	48,0
-	nicht gemacht	52,0
7.	Über das Internet (z.B. Jobbörsen, Stellenanzeigen)	
-	sinnvoll	93,0
-	sinnlos	7,0
-	schon gemacht	53,0
-	nicht gemacht	47,0
8.	Über Stellenanzeigen in Zeitungen, Stellengesuche und Stellenangebote	
-	Sinnvoll	87,0
-	Sinnlos	13,0
-	schon gemacht	45,0
-	nicht gemacht	55,0
9.	Ich könnte Bewerbungsunterlagen an verschiedene Arbeitgeber per E-mail schicken	
-	Sinnvoll	64,0
-	Sinnlos	36,0
-	schon gemacht	32,0
-	nicht gemacht	68,0
10.	Ich könnte Bewerbungsunterlagen an verschiedene Arbeitgeber per Post schicken	
-	Sinnvoll	79,0
-	Sinnlos	21,0
-	schon gemacht	54,0
-	nicht gemacht	46,0
11.	Ich könnte ins Ausland fahren, um dort schneller eine passende	

	Arbeitsstelle zu finden	
-	Sinnvoll	56,0
-	Sinnlos	44,0
-	schon gemacht	10,0
-	nicht gemacht	90,0

Quelle: eigene Bearbeitung anhand der Umfrage (Bielefeld 2008)

Das nächste Problem, das untersucht wurde, betraf die nach dem Studienabschluss verwendeten Methoden der Arbeitssuche.

Wie sich aus den Angaben in Tabelle 2 ergibt, wurde die Arbeitsaufnahme noch während des Studiums von den Befragten am stärksten betont, wobei mehr als 50 Prozent der Befragten angaben, dass sie diese Methode schon ausprobiert hätten. Von Arbeitgebern im Internet veröffentlichte Anzeigen würden je 93 Prozent der Frauen und Männer bei der Arbeitssuche in Anspruch nehmen. Mehr als die Hälfte hat diese Methode schon erprobt. Als sinnvoll hat die entschiedene Mehrheit der Befragten die Arbeitssuche mit Hilfe von Beziehungen/Bekanntem bezeichnet, wobei hier betont werden muss, dass es vor allem um Bekanntschaften und Kontakte geht, die die Absolventen während der Probezeit, im Praktikum oder als Volontäre selbst gemacht hatten und nicht um die Vermittlung und Fürsprache einflussreicher Verwandter und Bekannter bei potentiellen Arbeitgebern. Arbeitssuche mittels Presseanzeigen empfanden mehr als 80 Prozent der Befragten, sowohl Frauen als auch Männer, als sinnvoll. Das Versenden von Bewerbungsschreiben per Post beurteilten auch die meisten Befragten (fast 80 Prozent) gleichfalls als sinnvoll. Arbeitssuche durch Vermittlung der Hochschule scheint für ca. 77 Prozent der Frauen und Männer sinnvoll zu sein, wobei die meisten diese Methode jedoch nicht in Anspruch genommen haben. Selbstständige Wirtschaftstätigkeit erzielte einen ähnlichen Prozentsatz von Befürwortenden, wobei die Befragten diesen Weg noch nicht beschrritten haben. Als sinnvoll beurteilten die Befragten ebenfalls die Arbeitsaufnahme im Unternehmen der Eltern (67 Prozent); dies wurde jedoch nur von wenigen Personen versucht. Das Versenden von Bewerbungsschreiben per Internet erachteten 67 Prozent der Frauen und 60 Prozent der Männer als sinnvoll. Es ist aber – was im Zeitalter intensiver Internetnutzung recht merkwürdig anmutet – eine Methode, die von den meisten Befragten nicht in Anspruch genommen wurde. Einen Auslandsaufenthalt beurteilten mehr als 50% der Befragten als vorteilhaft, wobei nur wenige diese Möglichkeit wahrgenommen haben. Die Vermittlung einer Arbeitsagentur war dagegen für 44 Prozent der Frauen und 58 Prozent der Männer von Vorteil. Beide Gruppen haben auch versucht, auf diese Art Arbeit zu finden.

5. Zusammenfassung

Die Ergebnisse der Untersuchung in den Partnerstädten Rzeszów und Bielefeld zeigen, dass die befragten Hochschulabsolventen unter vielen Aspekten sehr ähnliche Meinungen haben. Es gibt jedoch Bereiche, in denen die Bedingungen für den Berufsstart der Befragten aus Rzeszów und Bielefeld unterschiedlich sind. Diese wichtigsten Unterschiede werden in der Tabelle 3 dargestellt.

Tabelle 3: Aufstellung der Ergebnisse ausgewählter Antworten der Absolventen an Hochschulen in Rzeszów und Bielefeld

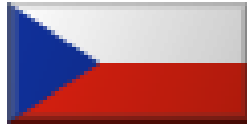
Lf. Nr.	Frage	Verteilung der Antworten			
		Rzeszów		Bielefeld	
1.	<i>War die Wahl des Studienganges durch die Anforderungen des Arbeitsmarktes bedingt?</i>	<i>ja</i>	<i>nein</i>	<i>ja</i>	<i>nein</i>
		67%	33%	54%	46%
2.	<i>Was glauben Sie, wie gut oder schlecht Sie auf die Anforderungen des polnischen Arbeitsmarkts vorbereitet sind?</i>	<i>überwiegende Antworten</i>		<i>überwiegende Antworten</i>	
		5-7		7-8	
3.	<i>Zeitdauer der Arbeitssuche</i>	<i>überwiegende Antworten</i>		<i>überwiegende Antworten</i>	
		7-9 Monate		2-3 Monate	
4.	<i>Methoden der Arbeitssuche</i>	<i>überwiegende Antworten</i>		<i>überwiegende Antworten</i>	
		<ul style="list-style-type: none"> - Auslandsaufenthalt wegen Arbeit - Arbeitsaufnahme schon während des Studiums - selbstständige Wirtschaftstätigkeit - per Internet (Jobbörse, eigene Anzeigen) - dank Beziehungen und Bekannten 		<ul style="list-style-type: none"> - Arbeitsaufnahme schon während des Studiums - durch Arbeitsanzeigen, die Arbeitgeber im Internet veröffentlichen - dank Beziehungen und Bekannten - durch Anzeigen in der Presse 	
5.	<i>Probleme der Befragten bei der Arbeitssuche in Deutschland</i>	- beschränktes Arbeitsstellenangebot am Wohnort und in der nächsten Umgebung		- zu wenig Berufserfahrung	
		- zu geringe Vergütung		- beschränktes Arbeitsstellenangebot am Wohnort und in der nächsten Umgebung	
		- zu wenig Berufserfahrung		- Mangel an Angeboten im erlernten Beruf	
		- Mangel an Angeboten im erlernten Beruf		- Mangel an zusätzlichem Können/Wissen, z.B. im Bereich Computerarbeit, Fremdsprachenkenntnisse	

Quelle: eigene Bearbeitung anhand Umfrage (Rzeszów-Bielefeld 2008)

Aufgrund der Komplexität der durchgeführten Untersuchungen und wegen des Umfangs der Umfrageergebnisse wurden in der vorliegenden Abhandlung nur einige der gewonnenen Resultate vorgestellt. Der nächste Teil der Vergleichsanalyse wird derzeit ausführlich bearbeitet.

Gerhard Schüsselbauer

Tschechien und Ungarn nach den Parlamentswahlen 2010



TSCHECHISCHE REPUBLIK (Česká republika)

Fläche	78.864 km ² (vergleichbar mit Bayern)
Einwohner	10,5 Mio. (vergleichbar mit Baden-Württemberg)
Hauptstadt	Praha/Prag (1,2 Mio. Einwohner, vergleichbar mit München)
Sprache	Tschechisch
Staatsform	Parlamentarische Republik Zwei-Kammern-System mit Abgeordnetenhaus (200 Sitze) und Senat (81 Sitze) Staatspräsident Václav Klaus (seit 2003 im Amt, wiedergewählt im Februar 2008); ernennt den Ministerpräsidenten, oberste Richter und verfügt über ein suspensives Veto bei Gesetzesvorhaben Neuer Ministerpräsident ist seit Juni 2010 Petr Nečas (Vorsitzender der konservativen Partei ODS); er führt eine Regierungskoalition bestehend aus drei Mitte-Rechts-Parteien
Religion	27 % katholisch; 2,3 protestantisch; andere christliche Kirchen ca. 3,5 % die Mehrheit, knapp 60 Prozent, ist konfessionslos
BIP/Einwohner	21.600 € (nach Kaufkraftstandard, Stand 2008) zum Vergleich: BIP/Kopf in Deutschland ca. 29.300 € Niveau des BIP/Kopf: 80 % des Durchschnitts der EU (27)
BIP-Wachstumsrate	+4,4 % (2008); -4,8 % (2009), +1,5 % (Prognose für 2010)
Wirtschaftssektoren	davon Anteil der Beschäftigten in:
Landwirtschaft	4,6 % Dienstleistung: 54,6 % Industrie: 40,8 %
Inflationsrate	0,6 % (Ende 2009), Prognose für 2010: 1,5 %
Arbeitslosenquote	8,5 % (Prognose 2010)

Aus historischen und politischen Erwägungen („**Rückkehr nach Europa**“ und speziell „**Rückkehr in die Mitte Europas**“) genoss der 2004 erfolgte Beitritt der Tschechischen Republik zur EU einen hohen Stellenwert in der tschechischen Außenpolitik. Auch

wenn die Tschechische Republik (gegründet 1993 nach der Auflösung der Tschechoslowakei) im völkerrechtlichen Sinne ein sehr junges europäisches Land darstellt, fühlt sie sich dem europäischen Vermächtnis ihrer früheren Staatsgebilde verpflichtet und weist immer wieder auf die Jahrhunderte alte Tradition der multikulturell ausgerichteten tschechischen Gesellschaft in der Mitte Europas hin. Für die Tschechische Republik hat auch die Verbesserung der mitunter nicht immer konfliktfreien Beziehungen zu den Nachbarstaaten, vor allem zu Deutschland und Polen, eine besondere Bedeutung. In den Beziehungen zu Deutschland stellen die Diskussionen um die Wirksamkeit der **Beneš-Dekrete**, die die Enteignung und Vertreibung der sudetendeutschen Bevölkerung am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg regelten, eine Belastungsprobe dar. Deutsche Interessengruppen (Vertriebenenverbände) möchten diese Dekrete gänzlich abgeschafft wissen, das tschechische Parlament und der tschechische Staatspräsident halten jedoch an den Dekreten, die im Grunde genommen seit fast 60 Jahren keine rechtliche Wirkung mehr entfalten, fest. Im Gegensatz zu den meisten seiner Politikerkollegen spricht der neue tschechische Außenminister Karol Schwarzenberg nicht verharmlosend von „Abschiebung“ der Sudetendeutschen, sondern offen von Vertreibung.

Das politische System seit 1989

Die Tschechische Republik (Tschechien; vormals Tschechoslowakei, nicht „Tschechei“, dieser Begriff ist historisch aus der Zeit des Dritten Reiches belastet) ist schon immer einen eigenen Weg gegangen (z. B. „Prager Frühling“ 1968 – Aufstand gegen die kommunistische Herrschaft). Im November 1989 fand die „Samtene Revolution“ statt, die den Schriftsteller und Regime-Kritiker **Václav Havel zum Präsidenten** machte. Seit Ende 1989 hat sich eine politische Demokratie, basierend auf pluralistischen Prinzipien entwickelt. Tschechien hat einen friedlichen Übergang vom sozialistischen Einparteiensystem hin zu einem Mehrparteiensystem geschafft. Die Grundlagen des Staates – **Demokratie, Rechtsstaat und Pluralismus** – sind fest verankert. Auch die Verfassungsorgane arbeiten einigermaßen effizient. Dennoch müssen noch viele Reformen im Sozialbereich, in der staatlichen und besonders in der Justizverwaltung sowie bei der Regionalisierung/Dezentralisierung durchgeführt werden.

Die Tschechische Republik ähnelt durch das Vorhandensein einer konservativ-bürgerlichen und einer halblinken, sozialdemokratischen Richtung (20,2 % Stimmenanteil für die konservativ-demokratische Partei ODS sowie 22,1 % für die sozialdemokratische Partei ČSSD bei den letzten Wahlen im Juni 2010) sowie einiger kleineren Parteien nur in Ansätzen dem westeuropäischen Parteienspektrum. Man kann in keiner Weise von einer Konsolidierung der Parteienlandschaft sprechen. Die neu gegründeten Parteien TOP 09 (konservative Orientierung unter dem neuen „alten“ Außenminister Karol Schwarzenberg, der einer berühmten tschechischen Familiendynastie entstammt) sowie VV (Věci veřejné – Öffentliche Angelegenheiten, die sich für die Stärkung der direkten Demokratie einsetzt) haben die Parteienlandschaft gründlich durcheinander gerüttelt. Zudem gibt es eine echte kommunistische Partei

KSČM, die bei den letzten Wahlen immerhin wiederum 26 der 200 Parlamentssitze erringen konnte und nach wie vor über eine Stammwählerschaft verfügt. Die Grünen, die von 2006 bis 2009 bis zum Bruch der Koalition unter dem Ex-Ministerpräsident Mirek Topolánek gar in Regierungsverantwortung mit den Konservativen von ODS gestanden hatten, sowie die Christdemokraten konnten nicht wieder ins Prager Abgeordnetenhaus einziehen.

Somit entstand nach den **Wahlen vom Juni 2010** ein **Fünf-Parteien-Parlament** und ein **Zwei-Lager-Spektrum**, wobei das linke sozialdemokratisch-kommunistische Lager eindeutig als Wahlverlierer dasteht. Die momentane Regierungskoalition, die sich aus drei Mitte-Rechts-Parteien zusammensetzt, verfügt über eine deutliche Mehrheit von insgesamt 118 Sitzen im Abgeordnetenhaus (200 Sitze), hat die Amtsgeschäfte übernommen und sieht sich einem gewaltigen Berg von Aufgaben gegenüber. Ähnlich wie im ebenfalls stark exportorientierten Deutschland gab es in Tschechien einen scharfen Abschwung, der mittlerweile zwar überwunden ist, aber angespannte Staatsfinanzen und sozialpolitische Verwerfungen zurückließ. Besonders das Jahr 2011 wird das große „Streichkonzert an der Moldau“ bringen. Der neue Ministerpräsident Petr Nečas übt sich in Bescheidenheit und Zurückhaltung, während sein Finanzminister Miroslav Kalousek von der Mitte-Rechts-Partei TOP 09 eine Schlüsselrolle bei den Reformen in den nächsten Jahren einnehmen wird. Umfassende Reformen im Gesundheitswesen, im Renten- sowie im Steuersystem werden das Land auf eine ebenso harte Bewährungsprobe stellen wie die geplante Einführung von Studiengebühren. Gerade im Gesundheitswesen werden enorme sozialpolitische Herausforderungen erwartet, da das geplante Reformwerk lediglich eine Grundversorgung ergänzt durch privat finanzierte Leistungen vorsieht und damit den unumkehrbaren Abschied von einer omnipräsenten staatlichen Gesundheitsfürsorge bedeutet. Bewegung könnte nach jüngsten Äußerungen des Außenministers Karol Schwarzenberg auch in die Behandlung der **Beneš-Dekrete** kommen. In die Diskussion um die noch vor wenigen Jahren vom tschechischen Abgeordnetenhaus sowie vom Senat als unverrückbar und unabänderbar eingestuft, jedoch staats- und EU-rechtlich äußerst umstrittenen Dekrete könnte somit in der Tat ernsthafte Bewegung kommen.

Aufgrund der Annahme des **EU-Reformvertrags** durch Irland im Oktober 2009 blickten alle anderen 26 EU-Länder gebannt auf **Václav Klaus**, der sich bis November 2009 weigerte, das Vertragswerk zu unterzeichnen. Selbst der EU-skeptische, mittlerweile auf tragische Weise ums Leben gekommene polnische Staatspräsident Lech Kaczyński war dazu angehalten, seinerseits die Unterschrift unter das Vertragswerk zu setzen, um so den Weg für die Ratifizierung des Vertragswerks freizumachen. Präsident Klaus, der sich selbst gern als „Europa-Realisten“ bezeichnet, nutzte die Situation immer wieder, um die EU-skeptische Haltung der politischen Rechten zu fördern und mit seiner Hinhaltetaktik die Ratifizierung zu behindern. Nach der positiven Entscheidung des tschechischen Verfassungsgerichtes musste der tschechische Staatspräsident seinen Widerstand aufgeben und als letztes Verfassungsorgan den Lissaboner Reformvertrag unterzeichnen.

Formalrechtlich entsprechen die tschechischen Gesetze den **Anforderungen der EU**. Jedoch gibt es wegen der geringen und unzureichenden Fortbildung der Richter oder wegen langwieriger Gerichtsverfahren erhebliche Defizite bei der Umsetzung. Die Vorgaben der Anpassung an die vier Freizügigkeiten des Binnenmarktes (Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital) sind bisher zügig umgesetzt worden. Besonders bei der Wahrung der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes zeigen sich Lücken. So werden **Roma** im Wirtschaftsleben benachteiligt (z.B. niedrigere Löhne, Beschäftigung ohne Arbeitsvertrag) oder ihnen wurde die Einbürgerung verweigert, obwohl sie in der Tschechischen Republik leben. Bedenklich ist in diesem Zusammenhang, dass laut Umfragen die Toleranz gegenüber Minderheiten auf einem niedrigen Niveau verharrt. Das Gesetz über die Rechte nationaler Minderheiten, das im August 2001 in Kraft getreten ist, stärkt den Rechtsrahmen für den Schutz von Minderheiten. Schon im August 2000 wurde ein Regierungsprogramm für die Roma (das „Konzept für die Integration der Roma“) angenommen, das in der praktischen Umsetzung wegen der sozialen Ausgrenzung jedoch vielfach auf konkrete Hürden stößt.

Wirtschaftliche Entwicklung

Das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** Tschechiens ist eines der höchsten der neuen EU-Staaten aus dem östlichen Mitteleuropa, der ehemaligen postsozialistischen Transformationsländer. Die Volkswirtschaft zeichnet sich durch ein kontinuierliches Wachstum bei gemäßigter Inflation aus. Tschechien hat beim BIP pro Einwohner bereits 84 % des Durchschnitts der EU (27) erreicht und will bis 2012 bzw. 2013 zum EU-Durchschnitt aufschließen. Das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt ist nur wenig geringer als beispielsweise das Niveau Griechenlands oder Portugals. Auch bei sozioökonomischen Indikatoren, wie der Säuglingssterblichkeit, dem Bildungsniveau oder dem Alphabetisierungsgrad, schneidet Tschechien im internationalen Vergleich entwickelter Länder gut ab.

Das **Defizit des Staatshaushaltes** lag 2007 wegen gestiegener Steuereinnahmen aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs bei 2,0 % des BIP. Die ehemalige Regierung Topolanek strebte in ihrem Ende 2007 aktualisierten Konvergenzprogramm auf der Grundlage tief greifender Reformen (Rentensystem, Gesundheitssystem und Arbeitsmarktreform) ein Defizits von 3 % des BIP im Jahr 2008, danach ein Defizit von 2,6 % in 2009 und 2,3 % in 2010 an. Ein konkretes Datum für die Euro-Einführung taucht in der Regierungserklärung nicht mehr auf. Diese wäre frühestens 2013 möglich, wird jedoch von der Regierung eher hinausgeschoben. Die tatsächliche staatliche Gesamtverschuldung betrug im Jahr 2007 30,1 % des BIP. Damit liegt Tschechien noch weit unter dem Maastrichter Konvergenzkriterium von 60 %. Problematisch ist hierbei, dass der Staat immer noch in ineffizienter Weise sehr viel für die öffentliche Verwaltung ausgibt und für die Konsolidierung einiger Banken Finanzmittel bereithalten muss. Befürchtet wird zudem aufgrund außenwirtschaftlicher Einflüsse, aber auch des enormen Wachstums der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ein deutlicher

Anstieg der **Inflationsrate**, die 2008 sogar auf über 6 % im Vergleich zum Vorjahr hochschnellte. Dies macht restriktive, korrigierende Maßnahmen seitens der tschechischen Nationalbank notwendig, um die Inflationsentwicklung einzudämmen. Durch die gesunkene gesamtwirtschaftliche Nachfrage im Gefolge der Rezession ging die Inflationsrate nunmehr deutlich zurück auf ca. 1 %.

Der **Privatsektor** hat sich nach der harten Phase der ökonomischen Systemtransformation fest etabliert und erbringt den größten Teil der tschechischen Wirtschaftsleistung. Privateigentum ist inzwischen die am weitesten verbreitete Form von Eigentum. Die Mechanismen des Markteintritts bzw. -austritts funktionieren, müssen jedoch verbessert werden, um die ökonomischen Anpassungsprozesse effizienter zu machen. Die tschechischen Unternehmen sind im Vergleich zu früheren Jahren wettbewerbsfähiger geworden, was auch auf die Hilfe durch den enormen Zustrom von Kapital durch ausländische Direktinvestitionen zurückzuführen ist. Ein Beispiel ist der Erwerb des tschechischen Automobilherstellers Škoda durch den Volkswagen-Konzern. Die Registrierung von neu gegründeten Unternehmen und betrieblichen Veränderungen ist weiterhin aufgrund bürokratischer Hürden unnötig langwierig. Auch die Bankenprivatisierung wurde bereits im Jahre 2001 weitgehend abgeschlossen. Die Rechtsangleichung an die EU ist im Justizbereich nahezu abgeschlossen.

In außenwirtschaftlicher Hinsicht kann festgestellt werden, dass **Tschechiens Außenhandel** seit dem EU-Beitrittsjahr 2004 bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, die auch das Exportland Tschechien hart trifft, kräftig anstieg. Die tschechischen Ausfuhren nahmen 2007 um 15,0 % zu, während die Einfuhren um 13,1 % anstiegen. Tschechien erwirtschaftete damit nach 2005 zum dritten Mal in Folge einen leichten Handelsbilanzüberschuss. Unter den **Handelspartnern** der **Tschechischen Republik** steht **Deutschland** weiterhin mit einem Anteil von ca. 31,0 % der tschechischen Exporte und 28,0 % der tschechischen Importe mit deutlichem Abstand an erster Stelle. Der bilaterale Handel hat sich 2007 mit deutschen Einfuhren von 27,5 Mrd. Euro und deutschen Ausfuhren von 24,0 Mrd. Euro auf sehr hohem Niveau stabilisiert, bei einem Handelsbilanzüberschuss von 3,5 Mrd. Euro zugunsten Tschechiens. Die Tschechische Republik, die 2007 knapp 78 % ihres Außenhandels mit der EU abwickelte, liegt unter den mittel- und osteuropäischen Handelspartnern Deutschlands hinter Russland und Polen auf Platz drei und weltweit betrachtet an zwölfter Stelle. Tschechien strebt eine stärkere geographische Diversifizierung seiner Exporte durch Zuwächse auch auf Märkten außerhalb der EU (China, Indien, Russland etc.) an. Das Defizit der tschechischen Leistungsbilanz hat sich insbesondere wegen großer Dividendenabflüsse 2007 leicht verringert und betrug 3,0 % des BIP. Als Standort mit langer Industrietradition bleibt die Tschechische Republik für ausländische Investoren attraktiv. Der Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen betrug 2007 knapp 6,7 Mrd. Euro. Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen sorgen heute für über 50 % der tschechischen Industrieproduktion, über ein Drittel der Industriebeschäftigung und ca. 70 % der tschechischen Exporte.

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich bis zum Ausbruch der Wirtschaftskrise durchaus günstig. Im Jahr 2008 lag die durchschnittliche **Arbeitslosenquote** sogar bei unter 5 % und damit deutlich unter den Werten großer europäischer Volkswirtschaften. Die EU-weite Rezession machte auch vor Tschechien nicht halt, auch wenn das Land von der Krise weniger hart betroffen war als bspw. Spanien, Ungarn oder auch Deutschland. 2009 trat hingegen eine deutliche Schrumpfung der Volkswirtschaft auch aufgrund der zurückgegangenen Exporte ein (-4,8 %). Mittlerweile ist Tschechien im Jahr 2010 wieder auf einen zögerlichen Wachstumspfad zurückgekehrt. Die mit dem konjunkturellen angestiegene Arbeitslosenquote beträgt jedoch nunmehr über 8 %, auch weil es in Tschechien keine Kurzarbeiterregelung gibt und so Produktionsminderlastungen nicht aufgefangen werden konnten.

Mehr und mehr sind Teile der tschechischen Wirtschaftssektoren von ungelerten ausländischen Arbeitskräften abhängig, besonders aus Polen, der Slowakei und der Ukraine (hier vor allem im Bausektor). Problematisch ist für die Investitionstätigkeit, dass Ausländer weder Immobilien noch Grundstücke kaufen können. Gleichwohl herrscht in Tschechien eine **starke regionale Differenzierung** hinsichtlich der Arbeitslosigkeit. Während in den „Boom-Regionen“ um Prag und Brünn Knappheitslöhne gezahlt werden und eine sehr niedrige Arbeitslosenquote herrscht, sind bspw. Nordböhmen oder Ostmähren von enormen strukturellen Verwerfungen mit hoher Arbeitslosigkeit von deutlich über 10 % der Erwerbspersonen gebeutelt. Eine nennenswerte Auswanderungswelle hat anders als im Nachbarland Polen nicht stattgefunden, zumal auch die Motivation zur Binnenmigration in Tschechien begrenzt ist.

Erhebliche **Infrastrukturmaßnahmen** mit entsprechenden finanziellen Kosten waren insbesondere nach den beiden Hochwasserkatastrophen 2002 zur Modernisierung des Eisenbahnwesens, der Energieversorgung und dem Ausbau des Straßennetzes notwendig. So besteht beispielsweise ein großer Teil des Eisenbahnnetzes aus einspurigen Verbindungen; nur auf einem kleinen Teil der Gesamtstrecke kann mit einer Geschwindigkeit von über 120 km/h gefahren werden.

Der **Umweltzustand** in Tschechien ist in vielen Bereichen noch immer erschreckend schlecht, so dass große Folgekosten auf die tschechische Volkswirtschaft zukommen werden (Waldsterben, Luftverschmutzung). Hier besteht trotz beträchtlicher Investitionen vor allem in die Verbesserung der Luft- und Wasserqualität noch immer erheblicher Nachholbedarf. Denn obwohl die Gesetzgebung im Umweltschutz mittlerweile längst die EU-Standards erreicht hat, führen beispielsweise die hohen Umrüstkosten (z. B. der Kohlekraftwerke) dazu, dass die praktische Umsetzung noch mangelhaft ist. Hier wurden in den Verhandlungen mit der EU lange Übergangsfristen zur Umsetzung der harten Umweltstandards vereinbart.

Tschechien ist abhängig von einer weiteren **realwirtschaftlichen Integration** in den europäischen Kernraum. Das Land will nicht die sozialen Absicherungen vieler „alter“ EU-Länder übernehmen, da es seinen komparativen Vorteil (Kostenvorteil im Vergleich zu anderen EU-Ländern) in den relativ kostengünstigen, gut ausgebildeten Arbeitskräften sieht. Durch die hohen Lohnnebenkosten (Kranken- und Rentenversicherung) würden die Lohnstückkosten allerdings steigen und die Produktion in Tschechien daher weniger attraktiv werden. Deutlich wird, dass Tschechien langfristig kein Billiglohnland ist, sondern eher technologie- und humankapitalintensive Zukunftsindustrien forcieren muss. Gerade durch den ungebrochenen Zustrom von ausländischen Direktinvestitionen, insbesondere aus Deutschland, findet eine Produktivitätssteigerung statt. Vor allem im intraindustriellen Handel und der industriellen Produktion von Halbfertig- und Fertigerzeugnissen (Fahrzeugtechnik, Maschinenbau etc.) zeigt sich das enorme Potenzial Tschechiens, das immerhin schon in den 1930er Jahren zu den am besten entwickelten Volkswirtschaften weltweit gehörte.

Kultur

Film (Miloš Forman – „Amadeus“, „Hair“, „Einer flog über das Kuckucksnest“; Jiří Menzel), Musik (Bedřich Smetana, Antonín Dvořák) und Literatur (Václav Havel, Milan Kundera, Pavel Kohout, Ivan Klíma, Bohumil Hrabal) spielen für die TschechInnen mit ihrer typisch ironisch-humorvollen, für Deutsche manchmal etwas eigenwillig und spröde wirkenden Art, eine immens wichtige Rolle. Vor einiger Zeit konnte in Deutschland die „Tschechische Bibliothek“ mit der Herausgabe des 33. Bandes abgeschlossen werden. Damit wurde zweifelsohne ein wichtiger Beitrag zur Steigerung des Bekanntheitsgrades unseres mitteleuropäischen Nachbarlandes geleistet. Sprachwitz, literarische Vielfältigkeit, tschechischer Humor und Experimentelles, aber auch eine düster-tragische Komponente kennzeichnen die Literatur unseres östlichen Nachbarn. Von Jaroslav Hašeks *Urschwejk* über Josef Jedlička, Jan Čep, Bohumil Hrabal, Milada Součková und Božena Němcová reicht die Liste dieser bislang einzigartigen Bibliothek bis Karel Čapek, einem der wichtigsten tschechischen Schriftsteller und Philosophen des 20. Jahrhunderts, sowie Jan Neruda. Und natürlich darf der berühmte Pädagoge und Dichter Johann Amos Comenius in dieser Aufzählung nicht fehlen. Im August 2007 wurde zum Abschluss der „Tschechischen Bibliothek“ im Berliner Schloss Bellevue ein großer Festakt mit den beiden Staatsoberhäuptern als Schirmherren veranstaltet.

Politik und Wirtschaft – kurz gefasst

- Politische Polarisierung und Lagerbildung bei mangelhafter Konsolidierung der Parteienlandschaft stark ausgeprägt
- Neuer Ministerpräsident seit Juni 2010 Petr Nečas (Vorsitzender der konservativen Partei ODS); Nečas führt eine Regierungskoalition bestehend aus drei Mitte-Rechts-Parteien
- Scharfe wirtschaftliche Rezession bis Ende 2009 und Einbrüche in der Exportwirtschaft, daher Anstieg der zuvor moderaten Arbeitslosigkeit, im Jahr 2010 Festigung der konjunkturellen Lage und moderater Aufschwung

- Ausgeprägte realwirtschaftliche Integration in den europäischen Kernraum, bis zum Ausbruch der Wirtschaftskrise hohe reale Wachstumsraten des BIP und des Handelsvolumens, hohe Produktivität der Industrie
- Externe Währungsstabilität gewährleistet, interne Stabilität der tschechischen Währung ebenfalls gewährleistet durch Verringerung der Inflationsrate
- Fiskalische Konvergenz als Vorbereitung auf Beitritt zum Euro-Raum aufgrund des Staatshaushaltsdefizits noch nicht ausreichend
- Hohes Spezialisierungs- und Produktivitätspotenzial in der verarbeitenden Industrie und im intraindustriellen Handel
- Starke regionale Differenzierung, verstärkt durch Agglomerations- und Sogwirkung der Hauptstadt Praha
- Weiterhin bestehende soziale Ausgrenzung der ethnischen Gruppe der Roma
- Rückkehr Tschechiens ins kulturelle „Herz Europas“



UNGARN (MAGYARORSZÁG)

Fläche	93 036 km ² (größer als bspw. Bayern)
Einwohner	10,0 Mio. Einwohner (vgl. Baden-Württemberg – 10,7 Mio. EW)
Einwohner/km²	109 Einwohner / km ²
Hauptstadt	Budapest (1,72 Mio. Einwohner, vgl. Hamburg oder Wien)
Staatsform	Parlamentarische Republik Ungarn verfügt über ein Ein-Kammern-System mit einem Staatspräsidenten (Pál Schmitt, seit 2010) als Staatsoberhaupt, der die Regierung ernennt und repräsentative Aufgaben wahrnimmt. <u>Ministerpräsident</u> war bis April 2010 der parteilose, den Ungarischen Sozialisten nahestehende Gordon Bajnai. Die Wahlen vom April 2010 hoben nun den früheren Ministerpräsidenten Viktor Orbán der bürgerlich-konservativen Partei Fidesz mit einer Zweidrittel-Mehrheit ins Amt.
Religion	6,6 Mio. Katholiken, 2 Mio. Calvinisten, 430 000 Lutheraner, ferner Orthodoxe, Juden und Muslime
BIP/Einwohner	16.800 € (nach Kaufkraftstandard, 2008) zum Vergleich: BIP/Kopf in Deutschland ca. 29.300 € Niveau des BIP/Kopf: 63 % des Durchschnitts der EU (27)
BIP-Wachstumsrate	+1,5 % (2008), -6,4 (2009), +0,5 (2010 Prognose)
davon Anteil der Beschäftigten in:	
	Landwirtschaft: 4,0 % Industrie: 29,6 % Dienstleistung + Staat: 66,4 %
Inflationsrate	4,0 % (Juli 2010)
Arbeitslosenquote	11,1 % (Juni 2010)

Aus historischen und politischen Erwägungen („**Rückkehr nach Europa**“ nach Jahrzehnten der sowjetischen Zwangsherrschaft) genoss der am **1. Mai 2004** erfolgte **Beitritt** Ungarns zur **EU** einen sehr hohen Stellenwert in der ungarischen Außenpolitik. Ungarn versteht sich als europäisches Land mit einer über 1000-jährigen Geschichte, auch wenn die Ungarn/Magyaren ethnisch betrachtet ursprünglich aus dem Inneren

Asiens stammen und so ihre eigene finno-ugrische Sprache mitbrachten. Nach der Niederlage auf dem Lechfeld bei Augsburg im Jahr 955 gegen König Otto I, den späteren Kaiser des Heiligen Römischen Reiches, hat Ungarn während seiner Geschichte immer wieder bewiesen, dass es als Modell zur Integration verschiedener Nationen und Kulturen dienen kann. Schon die Heirat des im Jahr 1000 gekrönten Heiligen Stephan I. mit Gisela, der Schwester des HRR Kaisers Heinrich II., trug zur Einbindung Ungarns in die feudale Herrschaftsarchitektur in Europa bei, die insbesondere in die Hochphase, aber auch den Niedergang der Habsburger k. u. k. Donaumonarchie mündete.

Da Ungarn bereits früher bi- oder trilaterale Verträge geschlossen hat bzw. in supranationale Organisationen eingebunden war, wird die Mitgliedschaft in der EU weniger als Souveränitätseinbuße verstanden, sondern als Möglichkeit bewertet, durch supranationale Gremien den Einfluss kleinerer Nationen zu stärken. Seit März 1999 ist Ungarn auch Mitglied in der **NATO**. Darüber hinaus legt Ungarn Wert auf ein gutes Verhältnis zu seinen Nachbarstaaten (Rumänien, Slowakische Republik, Ukraine, Serbien, Kroatien, Slowenien und Österreich) und die Unterstützung der dort lebenden, zahlenmäßig sehr bedeutsamen ungarischen Minderheiten. Allein in Rumänien leben ca. 1,6 Mio. Menschen ungarischer ethnischer Abstammung. In der Slowakei sind das ca. 550.000, in Serbien ca. 300.000 Menschen. Insgesamt leben etwa 4,5 Mio. ethnische Ungarn außerhalb der Landesgrenzen.

Von der seit 2004 bestehenden EU-Vollmitgliedschaft erhofft sich Ungarn

- die endgültige „**Rückkehr**“ in die westliche Welt und Bruch mit der kommunistischen Vergangenheit im kollektiven Zwangssystem
- **Stabilität** und **Sicherheit** für das Land, das an viele südosteuropäische Länder grenzt (Serbien, Kroatien, Rumänien)
- Aufbau möglichst **guter Beziehungen zu den Nachbarstaaten**
- Förderung der **regionalen Zusammenarbeit** sowie
- eine nachholende **Modernisierung der Volkswirtschaft**, den Anschluss an den dynamischen europäischen Binnenmarkt (europäischer Kernraum) und die **Stabilisierung der Demokratie** und des gesellschaftlich-ökonomischen Wandlungsprozesses. Zugleich ist den Ungarn bewusst, dass in der Europäischen Union das niedrige Pro-Kopf-Einkommen und soziale Diskrepanzen im Lande als problematisch bewertet werden. Zudem ist klar, dass es in den „alten“ EU-Ländern wenig engagierte Befürworter für eine Öffnung der bislang bestehenden Beschränkung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer gibt. Vor allem Deutschland und Österreich wollen ihre Arbeitsmärkte für ungarische und auch andere mittel- und osteuropäische Arbeitnehmer nicht vor 2011 öffnen.
- vor allem eine zügige **Verbesserung des Lebensstandards**, wobei den EU-Sozialstandards große Bedeutung beigemessen wird.

Der Beitritt möglichst weiterer mittel- und südosteuropäischer Staaten zur EU lag immer im Interesse Ungarn. Auch die seit 2007 bestehende EU-Vollmitgliedschaft Rumäniens, gerade wegen der dort lebenden **ungarischen Minderheit**, sowie Bulgariens wurde stets

gut heißen und der Beitritt Kroatiens wird nachhaltig unterstützt. Dadurch soll die Gefahr einer neuen Teilung Europas gebannt und die Spaltung in ein wohlhabendes, stabiles Westeuropa und ein instabiles Osteuropa vermieden werden. Auch dem gegenwärtig auf EU-Ebene zu verhandelnden Beitritt der Türkei steht die offizielle ungarische Politik positiv gegenüber, wenn seitens der Türkei die Kopenhagener Kriterien zur Gänze erfüllt werden können. Historische Feindseligkeiten aufgrund der mehr als 150 Jahre dauernden türkischen Fremdherrschaft im 16. und 17. Jahrhundert spielen in dieser Frage offenbar keine Rolle.

Das politische System seit 1989

Ungarn löste sich schon in den 1970er und 1980er Jahren langsam, gradualistisch von dem autoritären sozialistischen System (Stichwort: „Gulaschkommunismus“). Seit Ende der 1980er Jahre entwickelte sich eine parlamentarische Demokratie. Ungarns Wende war nicht durch eine gesellschaftliche Revolution oder einen Umsturz geprägt, sondern maßgeblich durch Kräfte des Reformsozialismus innerhalb der ehemaligen kommunistischen Partei MSZMP bestimmt. Dies unterscheidet die Entwicklung in Ungarn deutlich von der Wende in der ehemaligen DDR oder dem Druck seitens der anti-kommunistischen Gewerkschaftsbewegung Solidarność in Polen. Gleichwohl bildete sich auch in Ungarn eine starke anti-kommunistische Protestbewegung heraus.

Ungarn gelang in den Jahren **1989/1990** der **friedliche Übergang vom sozialistischen Einparteiensystem hin zu einem pluralistischen Mehrparteiensystem**. Der friedliche Wechsel von Regierungen zeugt von der relativen Stabilität der ungarischen Demokratie. Auch wenn der politische Konsolidierungsprozess nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann, verfügt Ungarn über eine relativ breite parlamentarische Parteienstruktur sowie momentan stabile Regierungs- und Koalitionsverhältnisse. Das Parteiensystem (sozialdemokratische/postsozialistische und linksliberale Richtung sowie bürgerlich-konservative Richtung) zeigte in der Vergangenheit die Polarisierung der politischen Landschaft. In Folge der Parlamentswahlen im Jahre 2002 wurde die Mitte-Rechts-Regierung von einer postsozialistisch-linksliberalen Koalition abgelöst. Der Beitritt zur EU 2004 war auch für die damalige Regierung das vorrangige Ziel. Insofern war auch hier Kontinuität zu beobachten.

Mittlerweile ist das ungarische Verfassungsgericht – es entspricht etwa dem deutschen Bundesverfassungsgericht – zu einer populären staatlichen Institution geworden. Die Minderheiten in Ungarn haben das Recht, sich selbst zu verwalten und ihre Sprache und Kultur zu pflegen. Jedoch sind die individuellen und kollektiven Rechte der ethnischen Gruppe der Roma noch immer ungenügend. Ihr Ausbildungsstand und ihre Lebensbedingungen liegen deutlich unter denen der Mehrheit der ungarischen Bevölkerung. Die Kernfrage richtet sich hier nach den Möglichkeiten und dem Willen zur sozialen Inklusion der Roma-Minderheit.

Auch die zunehmende regionale Kooperation mit den Nachbarstaaten und die Klärung von Minderheitenfragen mit den Nachbarn im Rahmen von Grundlagenverträgen waren sehr gute Voraussetzungen für den EU-Beitritt. Die Öffnungen bisheriger Grenzübergänge (beispielsweise mit der Slowakischen Republik) schafften günstige

Voraussetzungen für eine zunehmende ökonomische und kulturelle Verflechtung. Getrübt wurde das Bild jedoch massiv durch starke populistische Strömungen sowohl in der Slowakei als auch in Ungarn, die die Minderheiten in den letzten Jahren gegeneinander aufhetzten. Trotz der latenten oder auch offen ausgetragenen Spannungen wuchsen der Handel und die wirtschaftliche Verflechtung Ungarns mit seinen direkten Nachbarn in den beiden letzten Jahrzehnten dynamischer als der Handel mit der EU. Die seit Sommer 2010 neu bestehende bürgerliche Regierungskoalition in der Slowakei verspricht eine deutliche Entspannung. Ganz im Gegensatz zur abgewählten populistischen pseudo-sozialdemokratischen Regierung unter Amtsvorgänger Robert Fico sucht die neue slowakische Ministerpräsidentin Iveta Radičová die Verständigung mit der ungarischen Minderheit.

Politik heute (2007 bis 2010)

Der Wahlkampf im Frühjahr 2010 geriet ganz im Gegensatz zur dramatischen Auseinandersetzung im Jahr 2006, die von einer personalisierten Zuspitzung des Duells zwischen **Ferenc Gyurcsány**, dem damals amtierenden Ministerpräsidenten und dem damaligen Herausforderer **Viktor Orbán** (bereits Ministerpräsident von 1998 bis 2002), gekennzeichnet war, zu einer diesmal wenig aufregenden Veranstaltung. Zu klar waren die neuen Machtverhältnisse absehbar, die nun durch die Parlamentswahlen vom April 2010 eine satte Zweidrittel-Mehrheit für die bürgerlich-konservative Partei Fidesz hervorbrachten. Orbán sah in Gyurcsány und der gesamten Partei der Ungarischen Sozialisten MSZP die perfekte Verkörperung der „Luxuslinken“, die soziale Gerechtigkeit predigen und selbst auf äußerst zweifelhafte Weise zu materiellem Wohlstand gekommen sind.

Der Wahlausgang zeigte, dass die Ungarn mit überwältigender Mehrheit der seit 2002 regierenden sozialistisch-linksliberalen Koalition das Vertrauen entzogen. Die diesmal nicht polarisierende Kampagne des bürgerlich-konservativen Lagers unter Führung von Orbán, bei der inhaltliche Fragen klar dominierten, brachte nun den vom konservativen Parteienspektrum intendierten Machtwechsel.

Kurzer Rückblick

Im Spätsommer 2006 eskalierten die politischen Spannungen in der ungarischen Hauptstadt Budapest mit einer ersten Schockwelle derart, dass befürchtet werden musste, Pariser Zustände mit wochenlangen Straßenschlachten und massiven Beschädigungen würden Einzug halten. Die zweite Protestwelle mit Krawallen und Straßenkämpfen setzte ausgerechnet am 23. Oktober 2006 ein. Die Feierlichkeiten des **50. Jahrestages des Aufstandes von 1956** gegen die kommunistische Sowjetherrschaft wurden wiederum von regierungsfeindlichen Protesten überschattet, denen sich auch gewaltbereite Rechtsradikale, Nationalisten und Skins anschlossen. Besonders schwer wiegt die Tatsache, dass die Feierlichkeiten dieses nationalen Gedenktages, der für die ungarische Identität von nicht zu überschätzender Bedeutung ist, von der postkommunistischen MSZP, die nach den Worten des damaligen Oppositionsführers Viktor Orbán eine „illegitime Regierung“ darstellte, ausgerichtet wurden. Den Beteuerungen des damaligen Ministerpräsidenten Gyurcsány zum Trotz, dass sich

Ungarn jetzt als moderner, demokratischer Staat versteht, entzündete sich ein heftiger Streit, wem in den politischen Eliten und wem in der Gesellschaft, die so tief gespalten ist wie noch nie seit 1990, das geistige Erbe des Aufstandes von 1956 zustehe. Bei all der zynischen Schärfe der Auseinandersetzung konnte den wahren Helden und den Tausenden von Todesopfern des blutigen Aufstandes in keinerlei Weise gebührend gedacht werden.

Wahlen und neue Fidesz-Regierung 2010

Die Polarisierung der politischen Auseinandersetzung verlief nur sehr vordergründig entlang der Linie Anti-Kommunismus (frühere Oppositionspartei und nun Regierungspartei Fidesz) versus Post-Kommunismus (Ungarische Sozialistische Partei MSZP). Vielmehr ging es bis 2010 um völlig divergierende Positionen des **oppositionellen konservativ-bürgerlichen Lagers**, das nicht davor zurückschreckte, in der Gesellschaftspolitik populistische Töne anzuschlagen, die gepaart sind mit linken, interventionistisch orientierten wirtschafts- und sozialpolitischen Ansätzen. Diese Positionen prallten in einem permanenten Diskurs, der bisweilen außerparlamentarisch ausgetragen wurde, auf **post-sozialistische, linksliberale Ansätze**, die in Wirklichkeit die Reformunfähigkeit und den unbedingten Machterhaltungswillen der ehemaligen sozialistisch-linksliberalen Regierungskoalition offenbarten. Der knapp abgewendete Staatsbankrott aufgrund der völlig zerrütteten Staatsfinanzen, der im Gefolge der Weltfinanzkrise und weltweiten Rezession massiv offenkundig wurde, erschwerte nun die Reformbemühungen zusehends.

Der zwischenzeitlich amtierende Regierungschef **Gordon Bajnai**, der von 2009 bis zum April 2010 regierte, bezeichnete sich selbst als "Krisen-Manager ohne politische Ambitionen". Bajnai kündigte Sparmaßnahmen und Wirtschaftsreformen an. Viele Ungarn mussten sich darauf einstellen, Opfer zu bringen. An die Spitze der Ministerien für Wirtschaft, Finanzen, Soziales sowie Verkehr und Energie berief Bajnai ebenfalls parteilose Experten. Ungarn wurde von der Weltwirtschaftskrise besonders hart getroffen. Nach Angaben des nationalen Statistikamtes ist die Arbeitslosenquote zwischen Dezember 2008 und dem Winter 2009/2010 auf über 11 Prozent gestiegen. Ende des Jahres 2008 musste die Regierung Kredite von rund 25 Milliarden Dollar (19 Milliarden Euro) beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und EU-Institutionen beantragen.

Schon bei den Wahlen zum Europaparlament im Juni 2009 kam es zu einem wenig überraschenden, erdrutschartigen Sieg der bürgerlich-konservativen Partei Fidesz und der rechtsextremen Partei Jobbik („Die Besseren“ bzw. „Die Rechten“). Diese Entwicklung zeigt sowohl die mangelnde Konsolidierung der demokratischen Parteienstruktur in Ungarn als auch den massiven Zulauf zu rechtsnationalen, bisweilen extremistischen Tendenzen. Diese Entwicklung setzte sich nun bei den richtungsweisenden Parlamentswahlen 2010 fort. Die Sozialisten gewannen gerade noch 59 der 386 Sitze im ungarischen Parlament. Die rechtsextremen Jobbik kamen auf immerhin 47 Abgeordnete und profitierten überaus stark vom Bodensatz der Unzufriedenen, die sich von populistischen Parolen vereinnahmen lassen. Einen Überraschungssieg konnte die urbane grün-alternative Bewegung LMP „Lehet Más a

Politika“ („Politik kann anders sein“) landen, die über sieben Prozent der Wählerstimmen erringen konnte. Dieser Erfolg zeigt, dass es auch in einem postsozialistisch geprägten Land wie Ungarn möglich ist, mit einem Parteiprogramm Wählerstimmen zu gewinnen, das moderne politische Aspekte wie Ökologie und Bürgerrechte aufgreift.

Die größten Herausforderungen für den neuen Ministerpräsidenten Viktor Orbán liegen in folgenden Punkten:

- Überwindung der dramatischen Wirtschaftskrise und Schaffung von Arbeitsplätzen durch Stärkung des einheimischen KMU-Sektors
- Steuersenkungen bei gleichzeitiger Haushaltskonsolidierung
- Abbau der Bürokratie und Günstlingswirtschaft sowie Zurückdrängung der grassierenden Korruption
- Deutliche inhaltliche Abgrenzung von der rechtsextremen, anti-semitischen und roma-feindlichen Partei „Jobbik“

Dazu genießt Orbán sowohl die „Super-Mehrheit“ im ungarischen Parlament als auch den Rückhalt einer großen Bevölkerungsmehrheit.

Zugleich wählte das ungarische Parlament Ende Juni 2010 mit großer Mehrheit einen neuen Staatspräsidenten, der seit dem 6. August 2010 im Amt ist. Auch hier setzte sich erwartungsgemäß der Kandidat der bürgerlich-konservativen Partei Fidesz durch. Der ehemalige Weltklassefechter und Mannschaftsolympiasieger Pál Schmitt übernahm die Amtsgeschäfte vom angesehenen und unabhängigen Vorgänger László Solyom und dürfte einen weitaus weniger moderaten politischen, sondern entschieden konservativ-rechten Ton anschlagen. Es steht zu bezweifeln, ob Schmitt in der Lage sein wird, die tiefen politischen und gesellschaftlichen Gräben zu überwinden.

Sozialpolitik

Die Einführung eines gemischten privat-öffentlichen **Rentensystems** auf drei Säulen im Jahre 1998 stellte einen großen Schritt hin zu langfristig tragfähigen Staatsfinanzen dar. Diese Maßnahme ist auch deshalb sehr wichtig, da Ungarn wie Deutschland oder andere europäische Länder auch, eine schrumpfende Bevölkerung aufweist. Ein immer kleinerer Teil von jungen Erwerbstätigen müsste dann also in Zukunft einen immer größeren Teil von Rentner/innen versorgen. Dies kann nur geschehen, wenn auch private Rentenvorsorge getroffen wird und zugleich das Renteneintrittsalter schrittweise angehoben wird.

Mit der Reform des immer noch maroden **Gesundheitswesens** wurde erst begonnen. Diese Reform stellt eines der Kernstücke der im Frühjahr 2010 neugewählten rechts-konservativen Regierung dar. Vor allem in diesem sozialpolitisch äußerst brisanten Punkt wird sich die Reformfähigkeit zeigen müssen. Die massiven Spannungen, hervorgerufen bspw. durch Skandale und Krankenhausschließungen und weitere Einschnitte im sozialen System stellen die Gesellschaft immer wieder vor Zerreißproben.

Eine weitere immense Herausforderung besteht darin, der wachsenden Minderheit der **Roma** einen fairen Zugang zu langfristigen Arbeitsplätzen außerhalb des öffentlichen

Dienstes und der Sozialverwaltung zu verschaffen sowie die bildungspolitische Integration dieser sozial diskriminierten Bevölkerungsgruppe voranzubringen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Nach der Verabschiedung und Umsetzung eines umfassenden wirtschaftspolitischen Konsolidierungsprogramms Mitte der 1990er Jahre wies Ungarn mehr als zehn Jahre einen dauerhaften, sich selbst tragenden **Aufschwung** mit permanent hohen realen Wachstumsraten zwischen 4 und 6 Prozent **Wachstum des BIP** pro Jahr auf. Der Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen war bis 2004 ungebrochen, auch wenn die lukrativsten Privatisierungsobjekte bereits bis 2001 veräußert wurden. Wohl in keiner der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften ist der Strukturwandel derart sichtbar wie in Ungarn. Shopping-Malls und mittlerweile, so wie in den USA oder Deutschland, schon wieder von der Schließung bedrohte Multiplexkinos prägen das Bild der Hauptstadt Budapest, während die östlichen Landesteile mit enormen strukturellen und regionalen Defiziten sowie einer **Arbeitslosenquote** über mancherorts weit über 20 Prozent kämpfen. Wohnungsknappheit in den Ballungsräumen und extreme Preisunterschiede auf dem Immobilienmarkt sind ein wichtiger Aspekt der mangelnden Mobilität des Faktors Arbeit. Auch wenn die Ungarn auf den Erfolg der traditionellen ungarischen Erzeugnisse wie Pick-Salami und Tokajer Wein nach wie vor stolz sind, sind Audi-TT-Coupé, DVD-Player von Philips, Nokia-Mobiltelefone und IBM-Computerteile die typischen ungarischen Produkte von heute.

Ungarn ist wegen der hohen Lohnnebenkosten und deutlich gestiegenen Reallöhne längst **kein Billiglohnland** mehr, muss aber den Sprung zum technologie- und wissensbasierten Wirtschaftswachstum erst noch verstetigen. Zum wirtschaftlichen Aufschwung bis 2008 trugen auch die hohen Zuwächse bei den Deviseneinnahmen aus der Tourismusbranche bei. Ungarn mit seinen ca. 10 Mio. Einwohnern findet sich bei den weltweit beliebtesten Tourismuszielen immerhin unter den fünfzehn bestplatzierten Ländern.

Doch abseits der weit fortgeschrittenen **institutionellen Konvergenz** und **realwirtschaftlichen Integration** in den europäischen Kernraum, die auch durch ein enorm gestiegenes Handelsvolumen erklärt werden kann, weist die ungarische Wirtschaftspolitik gravierende Mängel in der monetären und insbesondere fiskalischen Konvergenz auf. Sorge bereitete in den vergangenen Jahren die unvermindert hohe Inflationsrate von 4 bis 6 Prozent (bis Ende 2009), die sich aufgrund des vormals hohen Wachstumstempos und der gestiegenen Reallöhne trotz der geldpolitischen Interventionen seitens der Ungarischen Nationalbank nicht in die Nähe des Maastrichter Konvergenzkriteriums senken ließ.

Mit der Einhaltung eines strikten wirtschaftspolitischen Kurses in der Finanz- und Geldpolitik wollte Ungarn schon wenige Jahre nach dem erfolgten Beitritt zur EU dafür gesorgt haben, dass die strengen Maastricht-Kriterien zur **Übernahme des Euro** erfüllt werden können. Es wurden jedoch keinerlei Schritte unternommen, um das Zwillingsdefizit, bestehend aus einer übermäßigen Nettoneuverschuldung des Staates und einem daraus resultierenden Anstieg der Gesamtverschuldung (mittlerweile ca. 80

Prozent des BIP) sowie einer permanenten Verschlechterung der Leistungsbilanzposition (das Defizit betrug Ende 2008 7,3 Prozent des BIP) in den Griff zu bekommen. Ungarn wies ein deutlich verringertes Wachstum des realen BIP von 0,6 Prozent im Jahr 2008 und einen drastischen Wirtschaftsabschwung im Jahr 2009 auf (-6,4 % Schrumpfung der volkswirtschaftlichen Leistung) auf, da wirtschaftspolitische Fehler und die mangelhafte Konsolidierung das Potenzialwachstum hemmen. Bestehende regionale Unterschiede mit hoher Arbeitslosigkeit im Osten und Arbeitskräfteknappheiten im Westen des Landes verstärken den Anpassungsdruck, zumal für Regionalpolitik kaum Finanzmittel zur Verfügung stehen. Anders als in anderen neuen EU-Ländern, wie bspw. Polen, warteten ungarische Landwirte lange vergebens auf Ausgleichszahlungen aus Brüssel, da die administrativen Voraussetzungen nicht geschaffen worden waren. Mittlerweile mahnen Experten zu einer strengen Ausgabendisziplin bei den Staatsfinanzen und der Stärkung der Einnahmenseite im Rahmen der EU-Verpflichtungen.

Die **Arbeitslosenquote**, die zum Zeitpunkt des EU-Beitritts bei einem hervorragenden Wert von unter sechs Prozent lag, stieg bis Ende 2009 auf über 11 Prozent und zählt damit mittlerweile zu den höchsten Arbeitslosenquoten in der EU. Die Gefahr einer gestiegenen strukturellen Arbeitslosigkeit, die auch bei positiven Wachstumsraten nicht abgebaut werden kann, ist durchaus gegeben. Damit würde Ungarn die wirtschaftspolitischen Fehler alter EU-Länder begehen, die man durch konsequente Reformbemühungen immer vermeiden wollte. Bei einem mittlerweile schwachen realen Wirtschaftswachstum gestaltet sich der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bei den gleichzeitig bestehenden immensen sozialpolitischen Herausforderungen als besonders problematisch. Wirtschaftspolitisch steht Ungarn damit an einem Scheideweg zwischen Ankurbelung des Wirtschaftswachstums oder dauerhafter Rezession! Die OECD mahnt immer wieder die ausgeprägte Wachstumsschwäche und die mangelnde Konsolidierung des Staatsbudgets seit 2006 an.

Die Zusammensetzung des Bruttosozialprodukts (primärer Sektor „Landwirtschaft“, sekundärer Sektor „Industrie“, tertiärer Sektor „Dienstleistungen“) ähnelt der in den meisten EU-Mitgliedsstaaten. Besonders bedeutsam für die ungarische Volkswirtschaft ist der Strukturwandel in der verarbeitenden Industrie (z.B. Maschinenbau und Elektroindustrie). Sie zeichnete sich bis zum Ausbruch der Weltfinanzkrise 2008 durch eine **starke Exportorientierung** und eine der weltweit höchsten Produktivitätszunahmen aus. Durch umfassende institutionelle und strukturelle Reformen gelang es Ungarn lange Zeit, ein robustes Wirtschaftswachstum zu erzielen und die Arbeitslosenquote zu senken. Sie steigt jedoch aufgrund der mangelhaften Ausnutzung des Potenzialwachstums und der tiefen Wirtschaftskrise. Nach Strukturreformen, die mehrere Jahre dauerten und die Entwicklung eines dynamischen, von Unternehmen in ausländischem Besitz getragenen Ausfuhrsektors förderten, konzentriert sich die Wirtschaftspolitik seit dem Jahr 2000 in erster Linie auf die unmittelbare Verbesserung des Lebensstandards durch Lohn- und Rentenerhöhungen und den Ausbau der Infrastruktur durch öffentliche Investitionen, wofür ein höheres

Haushaltsdefizit in Kauf genommen wurde. Die sich daraus ergebende starke öffentliche und private Inlandsnachfrage federte den Rückgang des Wirtschaftswachstums seit dem ersten Halbjahr 2001 zum Teil ab. Das reale BIP wuchs von 1997 bis 2006 durchschnittlich 4,5 Prozent pro Jahr. Damit hat sich auch die reale Einkommenssituation weiter, jedoch bei weitem nicht aller Bevölkerungsteile verbessert. Vor allem Rentner/innen und Geringverdiener leiden unter dem hohen Preisniveau und der gestiegenen Inflationsrate, sodass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage Schwächen zeigt.

Vom Ausbruch der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise ab 2008 ist Ungarn aufgrund der eigenen zerrütteten Staatsfinanzen besonders stark betroffen. Wegen des hohen Doppeldefizits (Leistungsbilanz und Staatshaushalt) und der hohen Verschuldung der privaten Haushalte, die zu erheblichen Teilen in Fremdwährungen erfolgte, erlitt der Forint gegenüber dem Euro ab Oktober 2008 erhebliche Kursverluste. Die Zentralbank erhöhte daraufhin den Zins um 3 Prozentpunkte. Außerdem musste die Europäische Zentralbank Ungarn einen Swap in Höhe von 5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen, weil ungarische Banken die Vergabe von Devisenkrediten weitgehend eingestellt hatten. Nachdem auch der Markt für ungarische Staatsanleihen wegbrach, bat Ungarn den IWF um Hilfe. Im Oktober 2008 gab der IWF bekannt, Ungarn mit einem Rettungspaket zu unterstützen. Die Europäische Union und die Weltbank beteiligen sich ebenfalls an dem Rettungspaket; insgesamt wurde Ungarn ein Kredit von knapp 20 Mrd. Euro gewährt.

Das Land konnte trotz erheblicher Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben einige bedeutende Verbesserungen der Infrastruktur erzielen. So wurde beispielsweise Budapest als erste mittel- und osteuropäische Hauptstadt an das westeuropäische Autobahnnetz angeschlossen. Ebenfalls nimmt Ungarn neben Tschechien die führende Stellung in Mittel- und Osteuropa bei der Verbreitung von Mobiltelefonen ein. Von 100 Ungarn/Ungarinnen besitzen 85 ein Handy bzw. 32 einen eigenen PKW. Sowohl das Eisenbahn- und das Straßennetz als auch die Energiewirtschaft werden bereits seit längerem modernisiert.

Bei der **Angleichung an EU-Normen** (Gesetze, Richtlinien und Normen) wurden zwar große Fortschritte erzielt. Auch die Ratifizierung des **EU-Vertrags von Lissabon** brachte Ungarn als erstes der 27 EU-Länder auf den Weg. In der konkreten Umsetzung des **Acquis Communautaire** (Rechtsbesitzstand der EU) bestehen allerdings noch große Probleme, besonders im Bereich des Umweltschutzes (Filteranlagen, Kläranlagen etc.) und des Ausbaus einer effizient arbeitenden staatlichen Administration.

Ungarn in Politik und Wirtschaft – kurz gefasst

- „Zwei-Parteien-Landschaft“ → bis zu den Wahlen im April 2010 extreme politische Polarisierung und jahrelange dramatische, personalisierte Zuspitzung der Auseinandersetzung auf Ex-Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány und dem neuen, „alten“ (von 1998 bis 2002 bereits amtierenden) Ministerpräsidenten Viktor Orbán

- Erdrutschartiger Sieg der bürgerlich-konservativen Partei Fidesz und der rechtsextremen Partei Jobbik bei den Parlamentswahlen im April 2010 mit verfassungsändernder Zweidrittel-Mehrheit für die neue Fidesz-Regierung unter Viktor Orbán
- Kampf gegen die dramatische Wirtschaftskrise durch hartes Sparprogramm und Einschnitte, auch im sozialen Bereich
- Umfassende Reform des Gesundheitswesens als weitere Hauptaufgabe der neuen Regierung gefordert
- Langfristige Aufgabe → Überwindung der stark ausgeprägten regionalen Disparitäten „West-/ Ostungarn“
- Deutliche Abschwächung des lang anhaltenden soliden und exportorientierten Wachstums durch wirtschaftspolitische Fehlgriffe, tiefe Rezession im Jahr 2009!
- Währungsstabilität in Gefahr durch mangelhafte Inflationsbekämpfung
- Zudem mangelhafte makroökonomische Konsolidierung → „Zwillingsdefizit“ – hohes Staatshaushaltsdefizit bei gleichzeitigem Leistungsbilanzdefizit (Importe > Exporte)
- Privatisierung, Umstrukturierung und eigentliche ökonomische Systemtransformation weitgehend abgeschlossen
- Deutlich angestiegene Arbeitslosenquote bei negativem Wachstum des realen BIP → Gefahr der Zementierung struktureller Arbeitslosigkeit auf Dauer

Wirtschaftsgeographie Ungarns

- **Regionen A:** Großraum Budapest, Westungarn (Győr, Sopron) – niedrige Arbeitslosenquote, hohe Arbeitsproduktivität, hoher Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen und Fachkräftemangel, entwickelter Immobilienmarkt
- **Regionen B:** Balaton/Plattensee, Südwestungarn, Debrecen (Ostungarn) – Entwicklung durch Tourismus und neue Industrieansiedlungen, allerdings ausgeprägte saisonale Schwankungen, bereits signifikante Arbeitslosigkeit (insbesondere im Winter)
- **Regionen C:** Südostungarn – höhere Arbeitslosenquote als im Landesdurchschnitt, strukturelle Probleme sichtbar, ländliche Entwicklung durch EU-Transfers angestrebt
- **Regionen D:** Nordostungarn – extreme Defizite in ländlichen Strukturen, notleidende Industrien, erzwungene Binnenmigration, unzureichendes Unternehmertum.

Reisebericht

Navina Engelage

Urlaubsregion und Schwellenland: Das sozialistische Vietnam im Wandel

Eine Reisereportage

„Warum willst du ausgerechnet nach Vietnam?“ Das war die Frage, die mir viele Freunde und Kollegen als erste stellten, als ich ihnen meine Reisepläne offenbarte. Das Interesse an Vietnam wurde während meines High School Jahres 1994/95 in den USA geweckt. Im Fach Amerikanische Geschichte behandelten wir sehr intensiv den Vietnamkrieg. Dass Vietnam Teil des kollektiven Gedächtnisses der US-Amerikaner war, merkte ich damals in alltäglichen Gesprächen. Vietnam fiel als Schlagwort in unterschiedlichen Zusammenhängen, auf Familienfeiern, in der Kirche, nach dem Kinobesuch. Mein Gastvater, ein Bekannter der Familie, und auch ein Lehrer in der Sonntagsschule hatten als junge Männer im Vietnamkrieg gedient. Ihre Umgebung wusste davon. Doch über ihre persönlichen Erlebnisse in Vietnam sprachen sie sehr selten. Ich scheute mich davor, nachzufragen. Mein erstes Bild von Vietnam ergänzte sich im amerikanischen Französischunterricht, in dem die koloniale Geschichte des südostasiatischen Landes ein Thema war. Es fiel mir zunehmend schwer, mich zur Vergangenheit Vietnams zu positionieren. Einerseits bemerkte ich das oft unverarbeitete persönliche Leid der US-Amerikaner, andererseits faszinierte mich das lange Ringen der Vietnamesen um Selbstständigkeit und Freiheit von anderen Mächten. Dieser innere Widerspruch blieb, aber er verstärkte meine Faszination für das Land und den Wunsch, es einmal zu bereisen. Als ich am 20. März 2010 ins Flugzeug stieg, hatte ich vor allem eine Frage im Gepäck: Wie leben die Menschen 37 Jahre nach dem Abzug der amerikanischen Truppen und 35 Jahre nach der kommunistischen Machtübernahme in ganz Vietnam?

Während meiner 20-tägigen Reise von Ho Chi Minh City (ehem. Saigon) nach Hanoi führte ich Tagebuch. Es handelt sich um meine persönlichen Eindrücke, auch wenn ich sie inzwischen redigiert habe und nicht wortwörtlich veröffentliche. Die Reise war mein erster Aufenthalt in Asien, in einem Schwellenland und außerhalb der westlich-demokratisch geprägten Welt. Ich reiste mit Intrepid Travel¹, einem weltweiten Anbieter für Gruppenreisen, der mich durch seine Firmenphilosophie ansprach, die umweltbewusstes, kultur- und sozialverträgliches Reisen in einer kleinen Gruppe versprach.

20. – 21. März

Amsterdam – Kuala Lumpur – Ho Chi Minh City. Nach einem anstrengenden Flug mit Zwischenstopp in Kuala Lumpur komme ich in Ho Chi Minh City an. Am

¹ intrepid: englisch unerschrocken, kühn

Flughafen erwarten die Neuankömmlinge zunächst die Passkontrolle und der Zoll. Zwanzig Schalter befinden sich in der Eingangshalle, aufgereiht wie Perlen an einer Kette. Ich stelle mich an eine der langen Schlangen und hoffe, dass meine Unterlagen vollständig und richtig ausgefüllt sind. Die Beamten sind jung, fast alle unter 35 Jahre. Mein erster Eindruck: Vietnam ist ein junges Land. Die Gruppe vor mir wird zurecht gewiesen, weil sie nicht Person für Person vorgetreten ist. Nach 20 Minuten bin ich an der Reihe. Ich grüße die Dame der Behörde freundlich auf Englisch – keine Antwort. Bürokratisch penibel schaut sie sich meinen Reisepass, Visum und das Einreise- und Zollformular an, das ich im Flugzeug ausgefüllt habe, und tippt etwas in ihren Computer. Alles geht glatt. Ich bin drin.

Kurz darauf erlebe ich die erste Aufregung beim Versuch, vietnamesische Dong am Geldautomaten am Flughafen zu bekommen: Sechs Versuche mit zwei unterschiedlichen Karten an drei verschiedenen Geldautomaten misslingen, so dass ich vorerst Euro in Dong an einer Wechselstube im Flughafengebäude tausche. Erst später gelingt es mir, Geld zu ziehen. Ich lerne, dass ich am Geldautomaten max. 2.000 000 Vietnamesische Dong (ca. 80 Euro) holen kann. Vor lauter Erleichterung, vietnamesisches Geld in der Tasche zu haben, lasse ich mich – obwohl im Reiseführer eindringlich davor gewarnt wurde – auf eine Taxifahrt ohne Taxameter ein. Mein Drängen, das Taxameter einzuschalten, wird nicht verstanden. Ich zahle den Touristenpreis von 250.000 Dong (ca. 10 EUR) für 7 km. In meinem Reiseführer wurde die Hälfte des Preises angegeben.

Letztlich bin ich froh, im Hotel angekommen zu sein. Positiv überrascht bin ich von der Ausstattung des 2-Sterne-Hotels. Ich teile das Zimmer in Ho Chi Minh City mit Gloria, einer US-Amerikanerin aus meiner Reisegruppe. Später lerne ich die zwei weiteren Teilnehmer kennen: Lesley aus England und Tony aus Australien. Alle drei sind asienerfahren und tauschen sich intensiv über Thailand und Kambodscha aus. Unser Guide ist Phuoc. Er stammt aus dem Mekong Delta, hat Tourismus studiert, spricht sehr gutes Englisch und wird uns die gesamten 20 Tage begleiten.

22. März

Ho Chi Minh City (HCMC) für Anfänger. Am Morgen fährt unsere Reisegruppe mit den Cyclo, der vietnamesischen Variante der Rikscha. Es ist heiß: Temperatur über 30 Grad. Die Straßen sind voll, laut und stickig. Der Verkehr scheint ohne jegliche Regeln zu laufen. Ich lege meine Sicherheit in die Hände des Cyclo-Fahrers. Vor mir tauchen Fahrräder, Autos, Busse, aber vor allem Dutzende von Motorrollern auf. Auf den Rollern fahren zum Teil zwei, drei, vier oder fünf Menschen. Gesetzlich erlaubt sind zwei Erwachsene und zwei Kinder. An jeder Ampel herrscht ein dichtes Gedränge. Hoffentlich fährt mein Cyclo-Fahrer nicht wieder bei Rot und lässt den Querverkehr durch, geht es mir durch den Kopf. Nach den ersten zehn Minuten werde ich gelassener. Wir steuern das Kriegsofermuseum an. Es erinnert an die Kriege zwischen Vietnam und Frankreich bzw. den USA. Die Darstellung der Ereignisse ist natürlich politisch gefärbt. Im Außenbereich stehen alte amerikanische Panzer und Kampfjets aus dem Vietnamkrieg. Im Erdgeschoss beginnt die Ausstellung mit Bildern von vietnamesischen Opfern des sogenannten „Amerikanischen Krieges“ wie der Krieg hier heißt. Ich sehe

Fotos von verbrannten Leichen, verstümmelten Körpern und Menschen mit Behinderungen, die erst nach dem Krieg geboren worden sind. Über den Bildern ein Zitat aus den Nürnberger Prozessen in Vietnamesisch und Englisch. "To initiate a war of aggression is not only an international crime, it is the supreme international crime, differing only from other war crimes in that it contains within itself the accumulated evils of the whole." Im ersten Stock wird den Oppositionsbewegungen, die sich gegen den Vietnamkrieg in allen Teilen der Welt formierten, viel Platz eingeräumt. Die amerikanischen und französischen Eliten werden als Kriegstreiber bezeichnet.

Am Nachmittag setze ich meine „Propaganda-Besichtigung“ im Wiedervereinigungspalast fort. In dem Bau residierte von 1966 bis 1975 der südvietnamesische Präsident. Die Innenausstattung versprüht noch den Charme der 1960er und 1970er Jahre. Am Ende des Rundgangs schaue ich mir einen Film an. Das luxuriöse Leben des südvietnamesischen Präsidenten wird im starken Kontrast zum Leben der schuftenden Bevölkerung präsentiert. Der Film endet mit der kommunistischen Machtübernahme und den „Errungenschaften“ der vereinigten Sozialistischen Republik Vietnam. Die Ausstattung der Räume ist für die meisten Vietnamesen noch heute reiner Luxus. Die Säle des Gebäudes werden gegenwärtig von der Sozialistischen Regierung für Staatsbesuche genutzt.

23. – 24. März

Ausflug in das Mekong Delta. Einen Tag und eine Nacht lernen wir das Leben im Mekong Delta kennen und übernachten in einer sehr einfachen, familiär geführten Pension am Fluss. Das Delta ist landschaftlich wunderschön, sehr interessant, aber auch sehr anstrengend. Ich habe noch nie zuvor so geschwitzt. Auf der Rückreise im Bus freue ich mich über die Klimaanlage und auf die Dusche im Hotel. Auf der Hinfahrt ins Delta machen wir einen Zwischenstopp an den Cu Chi Tunneln. Die frühere Tunnelanlage des Vietcong (VC) wurde zu einer Gedenkstätte mit dem Charakter eines Freilichtmuseums umgebaut. Einzelne Stationen präsentieren den damaligen Alltag, den Kampf und die Versorgung der Guerillaarmee. An einer Station zeigt uns ein ehemaliger Kämpfer des VC die Technik der Fallgruben, die Amerikaner qualvoll töten sollten. Damals im Krieg dürfte er ungefähr 18 Jahre alt gewesen sein. Heute ist er ein hagerer Typ mit hartem Blick. Je mehr mir der „Amerikanische Krieg“ als Heldengeschichte präsentiert wird, desto stärker ver falle ich in eine Abwehrhaltung. Eine kritische Aufarbeitung der Ereignisse darf niemand im sozialistischen Vietnam erwarten.

Nichtsdestotrotz haben viele Südvietnamesen noch heute Sympathien für die USA, so berichtet unser Guide. Dies ist unter anderem an der Verwendung des ehemaligen Städtenamens Saigon zu erkennen. Viele Menschen sowohl in der Stadt als auch im Delta benutzen noch heute den alten Namen und drücken damit ihre Skepsis gegenüber der kommunistischen Führung aus.

Doch unser Guide wird auch nicht müde zu betonen, dass sich in den vergangenen zehn Jahren vieles in Vietnam verbessert habe. Ausländische Investoren durften ins Land, Privateigentum wurde in der Landwirtschaft (auch in anderen Sektoren) zugelassen und freies Wirtschaften ermöglicht. Dennoch stoßen wir während des Ausflugs auf großen

Staatsbesitz, sei es eine Kautschukfarm, die viel Gewinn im Export abwirft, oder eine Gaststätte am Freeway, in der vor allem Touristen bedient werden, die in Dollar abrechnet und nur für besondere Anlässe wie Hochzeiten von Vietnamesen genutzt wird. Ein Hauptgericht kostet mich hier 6 \$, nicht viel für deutsche Verhältnisse, aber ungefähr das Doppelte im Vergleich zu anderen, durchaus guten Restaurants in Saigon/HCMC. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft im sozialistischen Vietnam weit auseinander. Am Freeway, der aus Saigon/HCMC heraus führt, stehen einfache Hütten neben schicken Apartmenthäusern (Kaufpreis eines Quadratmeters rund 2.000 \$). Im Zentrum kostet ein Quadratmeter Wohnfläche bereits 3.000 \$. Unerschwinglich für einen vietnamesischen Durchschnittsverdiener. Unser Guide erklärt, dass ein angestellter Bauer auf einer staatlichen Kautschukfarm mit 250 \$ pro Monat gut verdiene. Eine Arbeiterin in einer kleinen Reispapierfabrik im Mekong Delta, die hier bei mehr als 40 Grad Raumtemperatur im Akkord schuftet, bekomme 300 \$/Monat.

Neben der Reispapierfabrik besuchen wir eine Ziegelei. Als wir ankommen, wird gerade ein Kahn entladen, der alte Reishülsen als Brennmaterial für die großen Öfen transportiert. Mit nichts anderem als mit Strohkörben entladen vier Männer das Boot. Es wird mehrere Stunden dauern. Wir werden durch die Fabrik geführt. Auch hier produziert man überwiegend für den Export. Das wichtigste Transportmittel im Mekong Delta ist das Boot. Oft wird es angetrieben durch einen kleinen, aber sehr lauten Motor. Das ist auch der Grund, weswegen ich am nächsten Tag mit der ersten Dämmerung im Mekong Delta wach werde:



Es dröhnt von draußen. Das Leben im Delta erwacht sehr früh. Kein Wunder bei diesen Temperaturen. Ich erlebe eine wunderschöne Morgenstimmung am Fluss: Der Himmel ist rot, auf dem Wasser Nebelschwaden und um mich herum eine beeindruckende Natur. Ich zähle meine ersten fünf Moskitostiche. Sie werden mir in den nächsten Tagen noch Sorgen bereiten.

25. – 26. März

Dalat – Die Honeymoon City. Zur Zeit des französischen Kolonialismus zogen sich die auswärtigen Kolonialherren in das im Bergland liegende Dalat zurück. Hier ist es angenehm kühl. Wir erleben Temperaturen unter 25 Grad. Welch eine Erholung nach der tropischen Atmosphäre in Saigon/HCMC und im Mekong Delta! Gegenwärtig ist es der Traum vieler vietnamesischer Paare, ihre Hochzeitsreise in Dalat zu verbringen. Die Stadt ist geprägt vom französischen Kolonialstil, der touristisch vermarktet wird. Viele Häuser erinnern an kleine Chalets, einige wurden inzwischen zu schicken Hotels umgebaut. Das Zentrum schmückt ein Mini-Eiffelturm, der zugleich als Funkturm dient. Daneben liegt ein See, am Ufer Tretboote in der Form eines Schwans. Vietnamesische Paare gehen hier Hand in Hand spazieren, obwohl dies in der Öffentlichkeit ein Tabu in Vietnam ist. Doch sie erwischen einen schlechten Zeitpunkt für Romantiker. Der See

wurde ausgepumpt, um ihn nach zehn Jahren von den Ablagerungen der Abwässer der umliegenden Häuser zu reinigen.

Viele Touristen zieht es in den Sommerpalast des letzten vietnamesischen Kaisers, Bao Dai. Zwischen 1802 und 1945 war Vietnam eine Monarchie. 13 Kaiser bildeten die Nguyen-Dynastie, doch nicht alle besaßen die alleinige Macht über Vietnam. Nur die ersten drei regierten unabhängig, die anderen waren Marionetten fremder Herren. In der Mitte des 19. Jahrhunderts kolonialisierten die Franzosen das Land. Im Zweiten Weltkrieg geriet es unter japanische Kontrolle. Bao Dai dankte nach der japanischen Kapitulation ab und übergab die Macht an die Viet Minh unter Ho Chi Minh, der am 2. September 1945 die Unabhängigkeit Vietnams proklamierte. Doch die Franzosen eroberten Südvietnam, unterstützt von Briten und Amerikanern, zurück. Im Jahr 1949 setzte Frankreich in Saigon eine Gegenregierung unter Bao Dai ein. Nach dem Französischen Indochinakrieg wurde Vietnam am 17. Breitengrad geteilt. Bao Dai blieb zwar zunächst Staatsoberhaupt des Südens, emigrierte aber nach Paris. Ein Jahr später erhob sich der Nationalist und Antikommunist Ngo Dinh Diem, von den USA gestützt, zum ersten Staatspräsidenten der Republik Südvietnam.

Einen Einblick in das Leben des umstrittenen letzten Kaisers Bao Dai bietet sein Domizil im Art Deco Bauhausstil. Heute werden Hunderte von Touristen durch die Räume geschleust. Am Ende des Rundganges können sie sich in der nachgeschneiderten traditionellen Robe des Kaiserhauses auf einem nachgebauten Thron fotografieren lassen. Die Vermarktung des Kaiserhauses erinnert an einen Tag in Disneyland.

Nach der Besichtigung des Sommerpalastes sehen wir uns das Hang Nga-Haus, besser bekannt als das „verrückte Haus“, an. Die Architektin Dang Viet Nga, Tochter des zweiten Präsidenten der Sozialistischen Republik Vietnam, studierte in Moskau. Doch statt klarer sozialistischer Linien dominiert Kitsch. Jedes Zimmer trägt einen Namen aus der Tierwelt. So klettern wir über enge verschlungene Treppen zur Tiger-Suite und in das Fasanenzimmer. Tiere aus Plastik und Stein starren mich an. Das Areal erinnert an eine Märchenwelt aus Alice im Wunderland.

27. – 28. März

Nha Trang – Die Touristen-Hochburg. Der Weg nach Nha Trang führt uns über einen langen, kurvigen Bergpass. Statt der in unserem Reiseprogramm versprochenen atemberaubenden Aussicht muss sich der kleine Reisebus durch Nebelbänke kämpfen. Mir stockt dennoch der Atem: Die Sicht beträgt zeitweise unter 50 Metern, rechts neben mir liegt der Abhang. Heute legt selbst unser vietnamesischer Fahrer, Herr Loi, einen Gang zurück. Auf dem vergangenen Streckenabschnitt ist er ziemlich offensiv gefahren. So überholt er in der Regel, angekündigt mit lautem Hupen, selbst in Kurven. Er ist damit allerdings keine Ausnahme. Inzwischen hat sich selbst der unerschrockene Australier Tony vom Beifahrersitz auf eine der hinteren Bänke im Kleinbus zurückgezogen.

Am höchsten Punkt der Strecke angekommen, machen wir an einem kleinen buddhistischen Tempel Halt. Ich fotografiere. Der Busfahrer zündet Räucherstäbchen an und betet am Altar. Der schlimmste Streckenabschnitt des Tages steht uns noch bevor. Die asphaltierte Straße endet, dann beginnt die Schotterpiste. Wir kämpfen uns durch den Schlamm. Es hat am Morgen geregnet. Ich befürchte, unser Bus wird stecken bleiben. Es kommen uns riesige Lastwagen entgegen, deren Reifen doppelt so groß wie die von unserem Bus sind. Sie transportieren Material zu den Straßenbaustellen entlang der Schlammstrecke.



In einem Dorf an unserem Weg begegnen uns Menschen auf Motorrollern und Fahrrädern. Es ist Samstagmittag. Die Schule ist vorbei, und viele Kinder werden abgeholt. Die Schule betreut die umliegenden Orte. Die Menschen müssen zum Teil weite Strecken überwinden. Auch sie kämpfen sich durch den Schlamm. Am Wegesrand geben ein Junge und ein Mädchen im Grundschulalter unserem Busfahrer ein Zeichen zum Anhalten. Sie wollen mitfahren. Herr Loi erlaubt es. Zwanzig Minuten später steigen sie im übernächsten Dorf bei ihren Familien aus.

In Vietnam wird in den Straßenbau investiert. Er ist offenbar ein wichtiger Bestandteil der Entwicklungsstrategie. Mobilität wird gefördert. Auf unserer Reiseroute sehen wir viele Straßen- und einige Brückenbaustellen.

Als wir in Nha Trang ankommen, setzt sich Tony zurück neben den Fahrer. Bars, Cafés und Restaurants dominieren das Stadtbild. Nha Trang ist die Touristen-Hochburg und Party-Stadt Vietnams. Am späten Nachmittag machen Lesley und ich uns auf zum Strand. Hier ist wenig los, wundere ich mich, der Strand ist kaum besucht. Einige Einheimische und Touristen halten sich auf der Uferpromenade auf. Wir baden unsere Füße im Meerwasser. Das Wasser ist angenehm, lauwarm. Von der Uferstraße hallt Baulärm herüber. Eine Bettenburg für weitere Touristen wird errichtet. Erst am Abend werden wir den Touristenmassen im Ausgehviertel der Stadt begegnen. Viele Backpacker-Touristen, vor allem Ausländer unter 30, sind unterwegs.

Am nächsten Tag ist ein Boot für uns gechartert: Schwimmen und Schnorcheln im Südchinesischen Meer, leckeren Fisch zum Lunch, anschließend Entspannen am Kieselstrand in einer kleinen Bucht. Nach einer Weile legt ein zweites Boot mit ca. 30 bis 40 asiatischen Touristen an. Aus meinem Liegestuhl beobachte ich den entstehenden Trubel: laute Musik, rege Unterhaltungen, Platschen im Meer, und alles wird fotografiert. Gleich stellt sich ein Grüppchen neben meinen Liegestuhl und macht Fotos. Ich werde als große, blonde, blasse Frau im Badeanzug zur Urlaubsattraktion. Es ist mir unangenehm. Etwas verschämt bedecke ich mich mit meinem Handtuch und drehe den Kopf weg.

Am Abend schlagen unser Guide und Busfahrer ein Fischrestaurant abseits der Touristenboulevards vor. Gerne nimmt unsere Gruppe das Angebot an. Im Restaurant setzen wir uns auf den Balkon mit Blick zum Meer. Von draußen hören wir einen Mann singen, um Geld zu verdienen. Er hat eine Stereoanlage mit Mikrofon hinten auf dem

Moped festgezurt. Würde er die Anlage auf die Straße stellen, wäre sie höher als der Sitz seines Mopeds. Asiatische Popmusik klingt zu uns hoch, während wir die Speisekarte anschauen. Auf ihr steht kein einziges englisches Wort. Aber unser Busfahrer lässt es sich sowieso nicht nehmen, für uns zu bestellen. Er inspiziert die Meerestiere im Aquarium im Eingangsbereich. Die Krebse sind ihm nicht gut genug für die ausländischen Gäste. Herr Loi ordert Fisch, Riesengarnelen und Fischsuppe. Die Gerichte werden in die Mitte des Tisches gestellt, und jeder bedient sich selbst. Der Fisch wird in Reispapier mit Salat und Minze eingewickelt, in Fischsoße getunkt und mit Fingern gegessen. Die Riesengarnelen und die Suppe werden direkt am Tisch zubereitet. In der Suppe schwimmt neben Zwiebeln und Minze allerlei Gemüse. Die Zutatenmischung bestimmt der Gast: einfach köstlich!

29. März

Quy Nhon – Das Nguyen Nga Center. Es steht uns erneut eine lange Busfahrt bevor. Zwar sind die Landschaften aufs Neue beeindruckend, doch inzwischen ermüden die langen Stunden im Bus. Die Strecken ziehen sich dahin, weil der Bus nur selten über 60 km/h fahren kann. Heute führt uns der Weg durch Reisfelder. Ich lerne, dass junger Reis grün ist und erst, wenn der Reis gelb ist, wird er geerntet. Vietnam ist der zweitgrößte Reisexporteur der Welt, und das, obwohl bei der Bewirtschaftung der Felder nahezu auf jede Technik verzichtet wird. Der Wasserbüffel ersetzt die Zugmaschine, und geerntet wird noch per Hand. Das ist eine gefährliche Arbeit, erklärt uns der Guide Phuoc. Im Mekong Delta sterben jedes Jahr rund 50 Menschen auf ihren Feldern durch Schlangenbisse.



In Quy Nhon besuchen wir das *Nguyen Nga Center*, eine Werkstatt für körperbehinderte Mädchen und Jungen. Viele sind taubstumm, einige blind. Es begrüßt uns eine junge deutsche Ehrenamtliche aus Frankfurt. Ihre Mutter stammt aus Vietnam, ihr Vater aus Deutschland. Nach ihrem Abitur hat sie sich dazu entschieden, hier für drei Jahre zu bleiben und in der Einrichtung zu helfen. Sie zeigt uns die Räumlichkeiten und berichtet über die Werkstatt.

Ungefähr siebzig Jugendliche leben, lernen und arbeiten hier. Sie bekommen eine Berufsausbildung und verdienen ihr eigenes Geld als Näherin oder Kunsthandwerker. Im Erdgeschoss des Centers ist ein Geschäft, in dem sie ihre Taschen, Geldbörsen und Schmuck verkaufen. An dem Gewinn eines verkauften Stückes sind die Jugendlichen direkt beteiligt.

Die Werkstatt wurde Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts aus der privaten Initiative von Nguyen Thi Thanh Nga gegründet. Gemeinsam mit den jungen Menschen renovierte sie in ehrenamtlicher Arbeit ein Haus und gestaltete es um. Doch am Ende verloren sie ihre Räume, da die vietnamesische Regierung diese für eigene

Zwecke beanspruchte. Sie bekamen ein anderes Haus zugewiesen, das sie wiederum erst in Stand setzen mussten. Die Werkstatt trägt sich vor allem durch Spenden aus dem westlichen Ausland und dem Verkauf der Produkte.

30. März – 1. April

Hoi An – Das Idyll. Meine Insektenstiche plagen mich von Tag zu Tag mehr. Trotz zunächst deutscher und später auch vietnamesischer Mückenschutzmittel kommen täglich neue dazu. Auf meinem linken Oberschenkel zähle ich mehr als 20 dicke rote Flecke. Sie jucken höllisch und schwellen stark an. Meine Mitreisenden spekulieren über die Diagnose, z.B. Flöhe und Bettläuse. In Hoi An suche ich inzwischen beunruhigt eine Apotheke auf. Phuoc dolmetscht für mich. Die Apothekerin sieht sich die Stiche an. Sie verkauft mir Penizillin und zwei Antiallergika, die ich in Deutschland nicht ohne



Rezept erhalten hätte. Ich darf in den nächsten fünf Tagen wegen möglicher Wechselwirkungen weder Meeresfrüchte und Huhn essen noch Alkohol trinken. Sie kann mir leider nicht mit Gewissheit sagen, ob es sich nur um durchschnittliche südostasiatische Moskitostiche handelt, und empfiehlt mir, das örtliche Krankenhaus aufzusuchen, wenn es am nächsten Tag nicht besser sei. Die Medikamente schlagen an. Ich kann am Tagesprogramm teilnehmen.

Hoi An ist bisher die schönste Station der Reise. Die Altstadt gehört seit 1999 zum UNESCO Weltkulturerbe. Die Häuser wurden zum großen Teil im 17. Jahrhundert erbaut. Damals war Hoi An ein wichtiger Handelsstützpunkt für Japaner, Chinesen und einige Europäer. Die Asiaten richteten Versammlungsräume ein, Tempel und Wohnhäuser. Doch als die Stadt ab dem 18. Jahrhundert an Bedeutung verlor, da der Hafen versandete und die großen Handelsschiffe auswichen, verfielen die prachtvollen Gebäude.

Erst in den vergangenen zwanzig Jahren wurde die Stadt neu entdeckt. Liebhaber renovierten teils mit ausländischer Hilfe die alten Häuser. Heute können einige besucht werden. Sie versprühen asiatischen Charme. Ich besorge mir einen Stadtplan der historischen Bauten und ein Pauschalticket, das mir erlaubt, eine Auswahl von vier renovierten Gebäuden anzuschauen. So idyllisch hatte ich mir Vietnam vorgestellt. Die Häuser sind klein, höchstens zwei Stockwerke hoch, viele gelb gestrichen und mit asiatischen Ornamenten und Pflanzen geschmückt. Die Straßen sind schmal. Ab und zu hängen Lampions in den Bäumen am Weg. Es geht trotz vieler Touristen ruhiger zu als in Nha Trang. In der Altstadt sind Autos verboten.

Wir unternehmen eine Radtour durch das ländliche Umland von Hoi An. Da die großen Fronttüren vieler Häuser weit offen stehen – es gibt keine Klimaanlage - können wir in die Wohnräume blicken. Ich bin immer wieder überrascht, wie einfach die Wohnhäuser in Vietnam eingerichtet sind. Ich frage unseren Guide nach den Wohnverhältnissen in

Vietnam. Er erklärt: Im vorderen Zimmer des Hauses – das wir einsehen können – liegt der Arbeits- und Wohnbereich, im hinteren Teil Schlafzimmer und Küche.

Phuoc arrangiert, dass wir auf der Tour ein Haus besichtigen dürfen. Stolz erzählen Mutter und Vater, dass alle drei Kinder studieren. Ich bin gespannt, wie man in Vietnam gewöhnlich wohnt. Es gibt nur wenige Möbel. Im Schlafzimmer stehen Matratzen an der Wand, und im Wohnzimmer gibt es neben TV und DVD-Player einen Tisch mit einer Bank und zwei Sesseln aus Holz. Elektrogeräte wie Fernseher oder Waschmaschine sind in Vietnam keine Selbstverständlichkeit: Nur rund jeder zweite Haushalt besitzt eine Waschmaschine, 50% einen Kühlschrank und 80% einen Fernseher. Wir dürfen uns setzen. Die Frau bringt Wasser. Die Nachbarn kommen herüber und sind auch neugierig auf uns. Sie wollen wissen, woher wir kommen. Tony zeigt stolz die Bilder seiner beiden Söhne.

2. – 3. April

Hue – Die Kaiserstadt. Auf dem Highway 1 fahren wir weiter Richtung Norden am Südchinesischen Meer entlang. Noch am Morgen freue ich mich auf einen Badestopp am 30 km langen, weißen China Beach: Doch ich werde enttäuscht. Der Badestrand ist nicht für die Öffentlichkeit zugänglich. Nobelhotels versperren den Weg, dahinter liegen die dazugehörenden Privatstrände. Weitere Edelunterkünfte werden gebaut, die devisenstarke Touristen anlocken sollen. Hier entsteht ein künstliches Urlaubsparadies für die Oberschicht, abgeschirmt von Mangel und Armut. Wir machen Halt an den Marmorbergen, fünf bis zu 100 Meter hohe Felsformationen, südlich von Da Nang. Der Legende nach sind sie die zurückgelassenen Eierschalen eines riesigen Drachens. Sie werden nach den fünf Elementen Wasser, Holz, Metall, Erde und Feuer benannt. Auf den Bergen befinden sich buddhistische Tempel und Pagoden. Wir klettern die steinerne Treppe des Wasserbergs hoch. Von hier aus genießen wir einen wundervollen Blick auf den breiten Strand des China Beachs. Es könnte so idyllisch sein. Doch auch hier wird Ruhe der heiligen Stätten durch das Hämmern und Sägen auf den Baustellen der neuen Hotels durchbrochen.

Hue liegt an beiden Seiten des Parfüm-Flusses. Zum Ursprung dieses Namens gibt es zwei Varianten: Eine verweist auf die Blüten, die im Wasser treiben, eine andere auf die wohlriechenden Edelhölzer, die auf dem Fluss transportiert werden. In der vietnamesischen Kaiserzeit der Nguyen war Hue 141 Jahre lang die Hauptstadt Vietnams. Unser Hotel liegt im touristischen Zentrum der Neustadt. Wir fahren hinüber zur alten Zitadelle mit dem Kaiserpalast, der Verbotenen Stadt im Inneren. Das Haus des damaligen französischen Gouverneurs steht innerhalb der sicheren Mauern der Zitadelle. Schon dieser Standort deutet den starken französischen Einfluss auf den vietnamesischen Kaiser an.

Die Vietnamesen geben sich sehr viel Mühe, die Zerstörungen durch Krieg und langsamen Verfall an den Gebäuden zu beseitigen. Es wundert mich, wie viel Geld und Energie das kommunistisch regierte Land in den Wiederaufbau der kaiserlichen Stätten steckt. Wahrscheinlich braucht jedes Land seine eigene Geschichte auf der Suche nach Identität, selbst wenn sie so sehr im Gegensatz zur gegenwärtigen Staatsideologie steht. Zumindest eines haben die Kommunisten mit dem Nguyen-Clan gemeinsam: Beide

vereinigten Vietnam. Nguyen Phuc Anh, der spätere Kaiser Gia Long, vereinte es im Jahr 1802, nachdem das Land 200 Jahren unter verschiedenen Herrschaftshäusern aufgeteilt war.

Am zweiten Tag wollen meine Mitreisenden mit Mopedtaxi, den „Easy Riders“, in das Umland abseits der Touristenströme. Bislang habe ich zu dieser Art der Fortbewegung sicheren Abstand gehalten. Es beruhigt mich keineswegs, als unser Guide vorweg, eine Einwilligung „Auf eigene Gefahr“ unterschreiben lässt. Ich zögere. Die Easy Rider warten vor unserem Hotel. Ich schaue mir die vier Männer an: Wer sieht erfahren und kräftig aus? Gegen jegliche europäische Sicherheitsnorm verstoßend, setze ich mir einen Helm auf, der eher einem Fahrrad- als einem Motorradhelm ähnelt, und setze mich hinten auf den Sitz. Die Fahrt führt uns zunächst über gepflasterte Straßen, dann über Schotterpisten und schließlich über Trampelpfade. Als wir die Stadt verlassen, entspannen sich langsam meine verkrampten Hände, und ich beginne, die Fahrt zu genießen. Der Fahrtwind weht angenehm frisch. Wir halten am Grab von Thieu Tri, dem dritten Kaiser der Nguyen-Dynastie. Im Gegensatz zu der Grabstätte seines Vorgängers Minh Mang ist sie noch eine Ruine – umgeben von einem Teich, von Wiesen und Bäumen. Ich bin beeindruckt von Größe und Ausmaß seiner letzten Ruhestätte. Im Ehrenhof wachen steinerne Krieger und Elefanten über den toten Kaiser. Seine genaue Grablegestelle ist bis heute nicht mit Sicherheit geklärt. Vermutlich liegt sie hinter einer schmalen Brücke und einem Stelenpavillon, dessen Inschriften seine Taten ehren. Ungefähr 100 Meter neben dem Mausoleum befindet sich ein Tempel zur Ehre der Kaiserfamilie. Der Tempel ist abgesperrt. Schilder weisen auf Renovierungsarbeiten hin. Wir setzen uns auf die Treppenstufen des Tempels und bewundern die Aussicht auf die Natur und Ruinen. Die Atmosphäre ist geheimnisvoll. Phuoc erzählt, dass junge Vietnamesen am Abend hier gern ihre Zeit verbringen. Bevor wir mit dem Boot auf dem Fluss zurückfahren, halten wir an der kaiserlichen Arena für Tierkämpfe, Ho Quyen. Im Vergleich zum römischen Amphitheater ist Ho Quyen sehr klein, nur 44 Meter beträgt der Durchmesser. Erbaut wurde sie 1830. Der letzte Kampf fand 1904 statt. In der Regel kämpfte ein Elefant gegen einen Tiger. Dass der Elefant als Tier des Königshauses symbolträchtig gewann, dafür sorgten die Handicaps des Tigers. Ihm wurden die Krallen und Zähne gezogen. Darüber hinaus erhielt er Tage vor dem Kampf nichts zu fressen, so dass er geschwächt war.

4. April

Die Fahrt im Wiedervereinigungsexpress. Heute beginnt der Tag um 5.00 Uhr. Wir wollen um 7.15 Uhr mit dem Zug von Hue nach Ninh Binh. Eine mehr als zehnstündige Fahrt steht uns bevor. Die Zuglinie führt von Hanoi bis Saigon/HCMC und wurde von 1899 bis 1936 errichtet. Im Zweiten Weltkrieg und im Französischen Indochinakrieg zerstört, begannen zunächst die Südvietnamesen in den späten fünfziger Jahren mit finanzieller Hilfe der Amerikaner die Linie zwischen Saigon und Hue zu reparieren. Der kommunistische Norden zog nach. Eine Verbindung zwischen den zwei Netzen über die Demarkationslinie gab es nicht. Im Vietnamkrieg wurden die Strecken erneut zerstört. Nach der Wiedervereinigung Vietnams legte die kommunistische Regierung viel Wert auf einen schnellen Wiederaufbau der Strecke. Bereits im Dezember 1976 fuhr der erste

sogenannte Wiedervereinigungsexpress auf dem Weg von Hanoi nach HCMC. Heute ist die frühere Demarkationslinie kurz hinter Hue kaum noch zu erkennen.

Der Wiedervereinigungsexpress tuckert nicht schneller als ein deutscher Regionalexpress. Über den Standard im Zug kann man aber nicht klagen. Ein Vier-Personen-Liegewagen mit Klimaanlage ist für uns reserviert. Unser Zug fährt mit einer guten Stunde Verspätung in Hue ab. Dank meiner jahrelangen Erfahrung auf Fernstrecken der Deutschen Bahn erschüttert mich weder die Verspätung noch die lange Zugfahrt. Ich kann in Zügen prima relaxen oder mich in Gedanken vertiefen. An unserem Fenster ziehen Reisfelder vorbei, ab und zu tauchen kleine Dörfer und Straßen auf.

Ich grübele: Vietnam hat sich durch eine Politik der Öffnung für Investoren und Touristen offensichtlich verändert. Doch wohin fließt das Geld? Einerseits: Wenn ich die hart arbeitenden Menschen auf den Reisfeldern sehe, vergleiche ich Vietnam mit Deutschland zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Ich denke an die Erzählungen, wie mein Urgroßvater sein Feld mit dem Ochsen bestellte. Selten sehe ich eine Maschine auf dem Feld. Um die Bauern über das Wetter zu informieren, tönen allmorgendlich um 5.30 Uhr die Lautsprecher in den Dörfern. Die Arbeit der Bauern ist hart. Andererseits sehe ich in einigen Hotels, im Museum oder in der Seidenstickerei große Fotografien an den Wänden, mit denen der Besuch eines kommunistischen Kadern dokumentiert wird. Auf den Bildern sind hauptsächlich Männer im adretten schwarzen Anzug zu sehen. Am Abend übernachteten wir in einem staatlichen Hotel – wieder solche Fotografien. Die Preise auf der Speisekarte sind gepfeffert und in Dollar ausgeschrieben.

5. April

Cuc Phuong Nationalpark – Das Naturparadies. Es regnet in Strömen. Die Vietnamesen auf Fahrrädern und Motorrollern schützen sich mit Regenschirmen im knalligen Rot, Gelb, Grün und Blau. Sie stehen im bunten Kontrast zum sonstigen Grau in Grau. Geschäftig räumen die Händler Regenschutzkleidung in die Front ihrer Läden. Wir machen uns vom Hotel auf zum Nationalpark. Hoffentlich hört der Regen auf, wenn wir nach einer guten Stunde Busfahrt ankommen. Zunächst schüttet es, dann wird der Regen weniger. Als wir aussteigen, regnet es zwar nicht mehr, aber Nebelschwaden liegen noch über dem tropischen Regenwald und den Kalksteinklippen. Vor dem Eingang zum Park besuchen wir das *Endangered Primate Rescue Center*, eine Non-Profit-Organisation, die sich der Rettung vom Aussterben bedrohter Affenarten verschrieben hat. Überrascht stelle ich fest, dass die Zoologische Gesellschaft Frankfurt ein wichtiger Partner des Projektes ist. Über 140 Affen aus 15 Arten, darunter sechs, die nur hier gehalten werden, beherbergt die Auffangstation. Sie waren Opfer von Tierhandel. Langfristiges Ziel bleibt ihre Auswilderung und die Wiederbesiedlung des ursprünglichen Lebensraumes. Auf dem großen Freigehege mit Elektrozaun sehen wir in der Ferne einen schwarz-weißen Langur von Baum zu Baum springen. Werden wir am Nachmittag weitere Affen in der freien Wildbahn erleben? Der Ranger macht uns wenig Hoffnung.

Ziel unserer gut zweistündigen Trekkingtour ist der sogenannte 1000-jährige-Baum. Aus Sorge vor Blutigeln und anderen Krabbeltieren auf dem Weg trage ich als einzige eine

lange Trekkinghose. Nach einer halben Stunde bergauf in hoher Luftfeuchtigkeit merke ich, dass meine Kondition nachlässt. Tony, mein persönlicher Motivationstrainer an diesem Tag, treibt mich an und verspricht, hinter mir zum bleiben. Ihm nehme ich es ab, als er versichert, hier seien keine Egel, und ich könne meine Hosenbeine kürzen, um etwas abzukühlen. Tony muss es wissen, schließlich geht er jedes zweite Wochenende in den australischen Busch. Stolz, wenn auch durchgeschwitzt und mit klatschnassen Haaren, erreiche ich den 1000-jährigen-Baum: Durchmesser des Stamms 5 Meter, Höhe 45 Meter. Die Natur raubt einem den Atem, überall Grün, Bäume, sogar Lianen. Affen bekommen wir an diesem Nachmittag natürlich nicht zu Gesicht, doch Hunderte von weißen und gelben Schmetterlingen, die sich selbst auf dem Parkplatz in kleinen Schwärmen tummeln. Von März bis Mai ist Schmetterlingssaison im Cuc Phoung Nationalpark.

6. April

Halong Bucht – Das Weltnaturerbe. Mit Recht hat man die Halong Bucht für die Sieben Neuen Weltwunder der Natur nominiert und sie in einer weltweiten Online-Aktion zur Abstimmung gestellt. Sie ist im Finale der letzten 28, darunter auch die Galapagos Inseln, der Kilimandscharo und Ayers Rock. Die Bucht umfasst ein rund 1500 Quadratkilometer großes Gebiet im Golf von Tonkin. Annähernd 2000 Kalkfelsen ragen zum Teil mehrere 100 Meter hoch aus dem Wasser. Mich erinnern die Formationen an die spitzen Zähne eines Tieres. Übersetzt heißt die Bucht „Bucht des untertauchenden Drachens“. Die Legende erzählt von einem Drachen, der in den Bergen nahe am Meer lebte. Als er zur Küste lief, zog er mit seinem schweren Schwanz tiefe Furchen in das Land. Nachdem der Drache in das Meer abgetaucht war, überflutete das Gebiet. Sichtbar blieben nur die Spitzen der Felsen.

Im Hafen angekommen, bin ich von der Anzahl der Ausflugsboote überrascht. Es geht zu wie am Bahnhof: Unsere motorbetriebene Dschunke legt an, über einen kleinen Steg steigen wir ein, zehn Minuten später tuckern wir in die Bucht, und das nächste Schiff nutzt den frei gewordenen Anlegeplatz. Der Ablauf wird streng überwacht von der Wasserschutzpolizei. Wer Regeln missachtet, wird über Lautsprecher zurecht gewiesen. Während wir unsere Willkommenscocktails genießen, beweist der Kapitän seine Manövrierkunst und lenkt uns vorbei an ankommenden und wartenden Schiffen. Unsere Gruppe bleibt über Nacht auf dem Schiff, der Bien Ngoc 08. Als die Dschunke den Hafen verlassen hat, darf ich meine Kabine beziehen. Vom Bett aus blicke ich durch ein Fenster direkt auf das Wasser. Wundervoll!

Den Nachmittag verbringe ich auf dem Sonnendeck, allerdings in meiner Regenjacke. Leider erwartet uns ein kalter und nieseliger Tag. Ein Wetter, das für diese Jahreszeit in der Halong Bucht nicht die Ausnahme ist. Die Eindrücke wirken durch den Nebel wie aus einem Fantasyfilm. In etwas Abstand sehen wir zwei weitere Dschunken. Wie wirkt sich der Tourismus auf die Natur aus? Phuoc berichtet, dass die Vermarktung der Halong Bucht in den 1990er Jahren begann. Durch den James-Bond-Film „Der Morgen stirbt nie“ erlangte sie weltweite Bekanntheit. Die Wasserschutzpolizei regelt inzwischen den Ausflugsverkehr, damit nur abgesteckte Routen befahren werden und andere Teile der Halong Bucht verschont bleiben. Doch Phuoc rät uns vom Baden in der

Bucht ab. Das Wasser sei dreckig. Der Tourismus habe seinen Teil dazu beigetragen, doch noch mehr der angrenzende Kohleabbau.

Am frühen Abend besuchen wir eine ausgeleuchtete Höhle mit bizarr anmutenden Stalaktiten und Stalagmiten. Sie ist ein Höhepunkt auf der touristischen Route. Wir reißen uns in die Schlange der Besucher ein. Touristenführer erzählen Geschichten zu den unterschiedlichen Formationen, geben ihnen Namen und fordern die Fantasie des Betrachters heraus. Bevor unser Kapitän für die Nacht den Anker setzen darf, muss er Erlaubnis und Ort bei der Wasserschutzpolizei einholen. Daher schippern wir zu ihrem Stützpunkt auf einer der größeren bewohnten Inseln. Wir bekommen die Genehmigung für einen Ankerplatz in der Nähe. Nachts liegen ungefähr fünfzehn Dschunken am gleichen Ort. Ihre vielen Lichter spiegeln sich im Wasser. Beim Einschlafen höre ich den Generatoren und der Musik auf den Decks zu.

7. – 9. April

Hanoi – Die Hauptstadt. Auf dem Weg nach Hanoi sehe ich an der Hauptverkehrsstraße eine Fabrik des Bielefelder Textilunternehmens Seidensticker. Weitere Fabriken westlicher Firmen folgen im Straßenverlauf. In Hanoi darf unser Kleinbus aus Sicherheitsgründen nicht ins Zentrum. Denn der 16. Gipfel des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN) wird vom 8. bis 9. April hier tagen. Vor der Stadt steigt unsere Gruppe in ein Taxi um, um die nächste Unterkunft zu erreichen. Auf der Fahrt sehen wir Plakate und ein Banner mit dem Motto des Gipfels: „Towards the ASEAN Community: From Vision to Action“. Bei diesem Treffen stehen die globale Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der Klimawandel im Mittelpunkt. In Deutschland bezeichnet „Die Zeit“ in einem Bericht zum Gipfel die Asiaten als die Aufsteiger in der Krise.

Am nächsten Morgen frühstücken wir im KOTO Restaurant. Das Restaurant ist Teil einer privaten Initiative, die Straßenkids und benachteiligten Jugendlichen eine Berufsausbildung und Englischkenntnisse vermittelt. Statt Schuhe zu putzen oder Postkarten und Kaugummis auf der Straße zu verkaufen, soll ihre Perspektive ein besser bezahlter Job im Hotel oder Restaurant sein. Initiator Jimmy Pham war ein ehemaliger Guide von Intrepid-Travel. Sein Leitspruch lautet:

“The greatest accomplishment for the person who has helped you, is to see you stand on your own two feet and then in turn help someone else that reminds you of yourself, because if you *Know One*, then you should *Teach One*.”

Sein Projekt startete 1996 mit einem kleinen Sandwich-Shop. Inzwischen verfügt KOTO Hanoi über ein 120-Plätze-Restaurant. Einer der ersten Schüler des Projekts ist heute der dortige Chefkoch. Er gibt sein Wissen weiter. Das Frühstücksbuffet ist eine Auswahl aus leckeren vietnamesischen und europäischen Speisen.

So gestärkt sind wir bereit für die Menschenschlange vor dem Ho Chi Minh-Mausoleum. Es steht auf dem Ba Dinh Platz, wo Ho Chi Minh 1945 die Unabhängigkeitserklärung verlas. Der Marmorbau erinnert an das Lenin-Mausoleum. Vor unserem Besuch erklärt Phuoc die Verhaltensregeln. Es ist verboten, Rucksäcke, Kameras und Mobiltelefone in das Mausoleum mitzunehmen. Im Innern dürfen wir nicht sprechen und sollen uns äußerst respektvoll verhalten. Die Hände dürfen nicht in

die Hosentaschen gesteckt werden. Am gläsernen Sarkophag ist es verboten, stehen zu bleiben. Zu Lebzeiten hatte Ho Chi Minh gewünscht, dass seine Leiche verbrannt und die Asche in Nord-, Mittel- und Südvietnam vergraben werde. Stattdessen gipfelte der Personenkult um ihn in diesem Museumskomplex in Hanoi. In der Warteschlange müssen sich die Besucher in Pärchen hintereinander aufstellen. Vor als auch hinter mir stehen Englisch sprechende Ausländer. Als ich die Treppe zum Sarkophag hochsteige, werde ich von einem Soldaten in weißer Uniform ermahnt. Ich muss meine Hände, die ich auf dem Rücken gefaltet habe, zur Seite nehmen. Ich gehe langsamen Schrittes an dem einbalsamierten Leichnam vorbei. Der Raum ist abgedunkelt. Die Ehrengarde steht an der Seite. Als wir durch den Garten des Museumskomplexes gehen, vorbei am Präsidentenpalast und Ho Chi Minhs Stelzenhaus, fühle ich mich von den vielen Besuchern fast erdrückt.

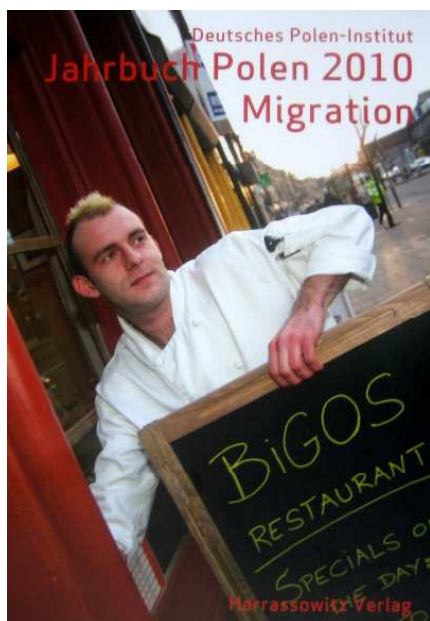
Als unsere Gruppe anschließend durch Hanoi schlendert, fragt mich Phouc, welche Länder ich schon bereist hätte. Ich erzähle ihm von England, Frankreich, den Niederlanden, Polen, Island und anderen Teilen Europas. Daraufhin frage ich ihn. Er war mit der Ausnahme Kambodscha bisher nur in Vietnam. Falls er länger als sieben Tage in Hanoi bleiben wollte, so bräuchte selbst er als Vietnameser eine Aufenthaltsgenehmigung. Gern würde er einmal weiter reisen. Am nächsten Tag fliege ich zurück nach Europa. Am Flughafen Hanoi sehe ich die Vorbereitungen für den Abflug der Konferenzteilnehmer des ASEAN-Gipfels.

Ein Resümee

Als westlicher Tourist habe ich nur einen Ausschnitt von Vietnam sehen können. Dieser hat mich bewegt und fasziniert. Einerseits ist der starke Einfluss der kommunistischen Partei, die überwacht und reglementiert, gravierend. So musste auch unsere Reiseroute – wohl insbesondere weil wir uns häufig abseits der Touristenströme bewegten – im Vorfeld bei staatlichen Stellen eingereicht und von ihnen abgesegnet werden. Andererseits öffnet sich das Land für ausländische Investoren und private Initiativen. Die vielen Fabriken westlicher Unternehmen waren ein Zeugnis davon. Auch der Tourismus ist zu einem wichtigen Wirtschaftszweig in Vietnam geworden und wird in Zukunft an Bedeutung gewinnen. Wer langfristig von dieser Öffnung in welchem Umfang profitiert, muss sich noch zeigen. Viele junge Vietnamesen wollen eine Stelle in der Tourismusbranche bekommen, um ein gutes Auskommen zu haben. Der vietnamesische Staat investiert zwar in Infrastruktur und Bildung. Doch die Schere zwischen Arm und Reich ist groß und für jedermann erkennbar, der mit offenen Augen diese Reise macht und sich nicht allein auf die kulturellen und landschaftlichen Schönheiten dieses Landes konzentriert.

Rezensionen

Deutsches Polen-Institut: Jahrbuch Polen 2010. Migration. Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2010, 223 S.



Das Jahrbuch des Deutschen Polen-Instituts behandelt eine gerade für Polen und die Polen fundamentale Fragestellung, die eine reiche Tradition hat: die Migration.

Zahlreiche deutsche und polnische Autorinnen und Autoren, Übersetzerinnen und Übersetzer haben zum Zustandekommen dieses sorgfältig redigierten und aufschlussreich bebilderten Buches beigetragen. Der Band besteht neben dem Vorwort und dem Anhang aus vier Teilen: Essays, Reportage, Analyse, Literatur.

Einleitend beschäftigt sich *Basil Kerski* in einem historischen Abriss mit den hybriden Identitäten der Migranten aus Polen und behandelt u.a. die weiterhin kontrovers diskutierte Frage, ob es sich bei den in Deutschland lebenden Polen um eine nationale Minderheit handelt. *Bartosz T. Wielinski* zeigt in seinem Aufsatz auf, dass sich der Charakter der polnischen Emigration gerade im letzten Jahrzehnt erheblich verändert hat: von der polnischen Billigarbeitskraft hin zu gut situierten Kunden, Unternehmern und Mietern, die sich gerne in den liebevoll restaurierten, aber

menschenleeren und rapide alternden deutschen Grenzstädten niederlassen. Mit dem veränderten Polenbild der Deutschen beschäftigt sich *Uwe Rada*, wobei er zum Ergebnis kommt, dass das Bild vom schwarz arbeitenden polnischen Klempner allmählich bröckelt. Dies habe u.a. auch damit zu tun, dass sich seit dem EU-Beitritt des Landes alleine in Berlin 4.500 Unternehmen aus Polen niedergelassen haben.

Der polnischsprachigen Literatur in Deutschland ist der Beitrag von *Rainer Mende* gewidmet. Dabei reicht die lange Reihe mehr oder minder bekannter Literaten von *Józef Mackiewicz* bis hin zu *Janusz Rudnicki* und *Anna Wojtyła*.

Die Hauptzielorte der emigrierenden Polen und die Chancen und Risiken der Migration beschreibt *Michał P. Garapich* und resümiert, dass sich die *polnischen Nomaden* für den transnationalen europäischen Raum entscheiden, da er ihnen bessere Aufstiegschancen zu bieten scheint als der engere Rahmen des Nationalstaats. Eine Einschätzung, die sicherlich nicht nur für die polnischen, sondern für zahlreiche andere europäische Nomaden gilt, da die EU spätestens seit 2004 hierfür gute Voraussetzungen geschaffen hat.

Die Auswirkungen der jüngsten Arbeitsmigrationswelle aus Polen behandelt *Krystyna Iglicka*, indem sie Verluste und Gewinne bilanziert und auf den Umstand verweist, dass Polen inzwischen selbst zahlreiche Arbeitsmigranten aus seinen östlichen Nachbarstaaten beherbergt. Den Zukunftsperspektiven der in Deutschland „hängen gebliebenen“ Bildungsmigranten aus Polen geht *Magdalena Nowicka* nach. Sie verweist einerseits auf die stetig steigende Zahl polnischer Studierender in Deutschland, andererseits legt sie auch die Motive der Rückkehrer und Pendler offen.

Mit der polnischen Migrationspolitik, der Situation von Ausländern, Asylbewerbern und Einwanderern in Polen setzt sich *Anna Kicing* auseinander. Die Autorin stellt fest, dass Polen noch immer kein Einwanderungsland ist, dass das Bild der Fremden in Polen weiterhin zwiespältig bleibt, dass aber eine tolerante Haltung gegenüber ausländischen Händlern, Saisonarbeitern und Asylbewerbern zu überwiegen scheint.

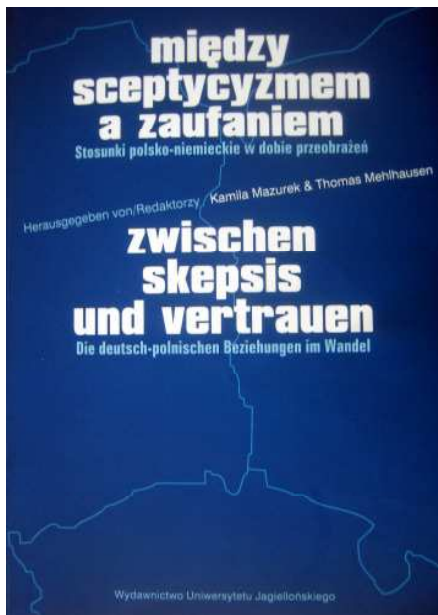
In ihrer Reportage „To go or not to go“ schildert *Katarzyna Kulczycka* die Auslands- und Migrationserfahrungen von *Miroslaw*, *Beata* und *Robert* sowie von *Witold* und *Radostaw*, die naturgemäß sehr unterschiedlich ausfallen, aber einen weitreichenden Überblick über Motive, Chancen und Risiken der Migration bieten.

Elmar Hönnekopp beschreibt in seiner Analyse die Situation der Polen auf dem deutschen Arbeitsmarkt und kommt zu dem nur wenig überraschenden Ergebnis, dass polnische Fachkräfte gute Chancen haben, während Niedrigqualifizierte immer chancenloser werden. Der Autor verdeutlicht, dass Deutschland zukünftig ausschließlich gut qualifizierte Arbeitskräfte aus Polen benötigen, zumal sich jetzt schon zahlreiche geringqualifizierte polnische Arbeitskräfte in Deutschland aufhalten. Auch gibt er zu bedenken, dass Polen spätestens seit 2006 selbst mit einer starken Abwanderung von Fachkräften zu kämpfen hat.

Im dritten Teil des Jahrbuchs finden sich Texte von *Jacek Kaczmarek*, *Janusz Głowacki*, *Manuela Gretkowska*, *Teresa Torańska*, *Jan Rudnicki*, *Paulina Schulz* sowie dem zwei Generationen älteren *Andrzej Bobkowski*, in denen die Themen Migration, Fremde und Anpassung gegen Widerstände eingehend und in ihrer Jeweiligkeit eindrucksvoll behandelt werden. Abgeschlossen wird dieser auch den Experten durchaus ansprechende Band mit Gedichten von *Stanisław Barańczak* und einer Glosse auf das Jahr 2009, die aus der Feder von *Paweł Huelle* stammt.

ZW

Kamila Mazurek, Thomas Mehhausen: Między sceptycyzmem a zaufaniem. Stosunki polsko-niemieckie w dobie przeobrażeń. Zwischen Skepsis und Vertrauen. Die deutsch-polnischen Beziehungen im Wandel. Wydawnictwo Uniwersytetu Jagiellońskiego. Kraków/Berlin 2009, 195 S.



Dieser zweisprachige Band, der unter anderem aus Mitteln der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit gefördert wurde, besteht aus drei Teilen, die auf der Vergangenheits-, der Gegenwarts- und der Zukunftsebene der deutsch-polnischen Beziehungen angesiedelt sind. Bereits an dieser Stelle sei hervorgehoben, dass die zweisprachige Edition der Beiträge in hohem Maße dazu beiträgt, die strukturelle Asymmetrie bei deutsch-polnischen Projekten und Publikationen zu reduzieren. Denn einerseits ist nicht jeder an Deutschland interessierte polnische Politologe oder Soziologe in der Lage, einen komplexen deutschen Text auf Anhieb gewinnbringend zu lesen. Auf der anderen Seite beherrschen deutsche Sozialwissenschaftler nur in Ausnahmefällen die polnische Sprache. Insofern ist es durchaus wünschenswert, wenn sie sich im Hinblick auf polnischsprachiger Publikationen mit der Sprache ihres Nachbarlandes vertraut machen. Dieses Bändchen liefert hierzu einen guten Anlass. Sicherlich auch für die Studierenden beider Länder, die die passgenau übersetzten Texte in beiden Sprachen studieren und

damit ihre fachsprachlichen Kompetenzen erweitern können.

Im ersten Teil des Bandes haben wir es mit drei Artikeln von *Alicja Kwapisz*, *Erhard Cziomer* und *Kamila Mazurek* zu tun, die den Zeitraum zwischen 1945 und 2007 abdecken. *Kwapisz* beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit der Bedeutung historischer Erfahrungen und widmet sich dem „langen Schatten“ der VR Polen, der bis zur Wende des Jahres 1989 auf den deutsch-polnischen Beziehungen lastete. Im Zentrum ihrer Ausführungen stehen die propagandistischen Kampagnen gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands sowie das von den volkspolnischen Medien kreierte Bild einer aggressiven westdeutschen Politik gegenüber Polen. Die so erzeugte Atmosphäre der Angst vor und der Ablehnung von Deutschland wirke – so die Autorin - deshalb heute noch bei der älteren Generation in Polen nach.

Erhard Cziomer konzentriert sich in seinem Beitrag auf die wichtigsten deutsch-polnischen Kontroversen seit 1990 (Rückerstattung polnischer „Beutekunst“, Rückgabeansprüche des BdV und der „Preußischen Treuhand“, individuelle Entschädigungsansprüche polnischer Zwangsarbeiter). Weitere schwere Konflikte ergaben sich bekanntlich aufgrund unterschiedlicher Positionen hinsichtlich der zukünftigen Gestalt der EU und der von den USA geforderten Beteiligung am Irak-Krieg. Diese massiven Kontroversen, ergänzt um den Streit um die von Deutschland und Russland favorisierte Ostseepipeline, wirken fort und sind – so *Cziomer* - ein Resultat der weiterhin bestehenden Entwicklungsasymmetrie zwischen beiden Nachbarn.

Mit den deutsch-polnischen Beziehungen seit dem Beginn der 1990er Jahre beschäftigt sich der Artikel von *Kamila Mazurek*, der den bezeichnenden Titel „Zwischen Versöhnung und Routine“ trägt. Die Probleme der Nachbarschaft führt die Autorin in erster Linie auf die asymmetrischen sozioökonomischen Entwicklungen in beiden Ländern zurück. Aufgrund dieser Sachlage und der unterschiedlichen USA- und Russlandpolitiken Polens und Deutschlands verlor die sog. Versöhnung an Bedeutung und es setzte eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen ein: die Nachbarschaft wurde zum Alltag.

Allerdings geht *Mazurek* - vielleicht etwas optimistisch - davon aus, dass die Regierungswechsel in Deutschland (2005) und in Polen (2007) einem neuen Abschnitt in den deutsch-polnischen Beziehungen ermöglicht hätten. Diese sympathisch klingende These muss zukünftig noch durch eine substanzielle Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen belegt werden.

Gracjana Łakomska geht in ihrem Beitrag am Beispiel der deutsch-polnischen Beziehungen in der Irakkrise den Differenzen in der Sicherheitspolitik beider Länder nach. Die Autorin erläutert die Hauptmotive für die entschiedene Unterstützung der USA durch Polen, charakterisiert ferner die gemeinsame Position Frankreichs und Deutschlands und zeigt auf, warum Polen weiterhin am strategischen Dialog mit den USA interessiert bleibt: durch seine Partnerschaft mit den USA versuche es ein Gleichgewicht zu Russland und den EU-Mitgliedstaaten Deutschland und Frankreich herzustellen.

Łakomska ist der Auffassung, dass das polnische mit dem deutschen Interesse konvergiere, denn je stärker die deutsch-polnische Kooperation sei, desto stärker sei auch der Einfluss Polens in der EU und in der NATO. Die Autorin kommt zu dem wenig überraschenden Ergebnis, dass Polen sowohl gute Beziehungen zu den USA als auch zur EU und zu Deutschland brauche.

Dem Streit um die doppelte Mehrheit und den deutsch-polnischen Differenzen in der Europapolitik ist der Aufsatz von *Thomas Mehlhausen* gewidmet, in dem der Autor mit Hilfe dreier theoretischer Erklärungen zum Charakter internationaler Beziehungen (Neo-Realismus, Konstruktivismus, Liberalismus) und entsprechender Berechnungen von Machtindices zu erklären versucht, warum die polnischen Verhandlungsdelegationen sowohl 2003 als auch 2007 ihr Veto gegen die Einführung der doppelten Mehrheit einlegten. Der Autor kommt nach eingehender Diskussion der aus diesen drei Ansätzen abgeleiteten Resultate zum Ergebnis, dass sich die hartnäckige Europapolitik Polens, die dem Land zeitweise den Ruf eines den europäischen Einigungsprozess behindernden Querulanten einbrachte, vor allem auf den enormen Machtzuwachs Deutschlands zurückführen ließ. Polen habe aufgrund dieser erheblichen Änderung der Machtverhältnisse gute Gründe gehabt, Widerstand zu leisten.

Dass man auch zukünftig mit Unterschieden leben müssen, dass sich aber konstruktive Diskrepanz zur Vorwärtsstrategie in den deutsch-polnischen Beziehungen entwickeln könnte, versucht *Kai-Olaf Lang* in seinem Beitrag nachzuweisen. *Lang* beschreibt zunächst die konfliktogenen Rahmenbedingungen beider Länder und erläutert dann den Begriff der konstruktiven Diskrepanz, der auf der Akzeptanz von Differenz beruhe und sich als zukunftsfruchtiger Ansatz herausstellen könnte. Statt von einer

Interessengemeinschaft müsse für die Zukunft von einer Werte- bzw. Solidargemeinschaft zwischen beiden Ländern ausgegangen werden. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg einer so verstandenen deutsch-polnischen Partnerschaft ist nach Auffassung des Autors die Isolation strittiger Themen, die in der Vergangenheit häufig zu Kooperationsblockaden führten.

Hier stellt sich allerdings die Frage, wie und von wem mit dem in beiden Gesellschaften so unterschiedlich bewerteten strittigen Fragen so umgegangen werden kann, dass man sowohl in Polen als auch in Deutschland zukünftig tatsächlich in der Lage ist, sie auszuklammern, um andere, vielleicht wichtigere Fragestellungen für beide Seiten gewinnbringend verhandeln und lösen zu können?

Schließlich der letzte Beitrag, in dem *Thomas Mehlhausen* die Szenario-Methode als prospektives Analyseinstrument vorstellt, wonach die konkreten Ergebnisse eines deutsch-polnischen Szenarioworkshops vorgestellt werden, der von polnischen und deutschen Studierenden 2006 in Krakau durchgeführt wurde. Gerade der letzte Artikel ist all denen, die in der praktischen deutsch-polnischen Begegnungs- und Bildungsarbeit stehen und mit ihren Teilnehmenden europäische Zukunft beschreiben und gestalten wollen, besonders zu empfehlen.

ZW

Angela Harre: Wege in die Moderne. Entwicklungsstrategien rumänischer Ökonomen im 19. und 20. Jahrhundert. Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2009, 249 S.

Die vorliegende Untersuchung zu den Entwicklungsstrategien rumänischer Ökonomen stellt die Doktorarbeit der Autorin dar, die im Jahre 2007 an der Europa Universität *Viadrina* als Dissertation angenommen wurde. In ihrer Einführung setzt sich *Harre* mit dem zirkulären und dem linearen Entwicklungsbegriff des 18. und 19. Jahrhunderts auseinander und problematisiert die nach wie vor gängige Gleichsetzung von Fortschritt und Entwicklung. Die Autorin charakterisiert die für Südosteuropa typischen Entwicklungsbarrieren und betont, dass sie sich in ihrer Arbeit mit den Antworten rumänischer Ökonomen auf diese Herausforderungen beschäftigen werde. Sie gliedert ihre Darstellung in die vier übergreifenden Kapitel: Traditionalismus, Industrialismus, Agrarismus und Faschismus.

Im ersten Kapitel handelt *Harre* – nach einer konzisen historischen Hinführung – den rumänischen Traditionalismus ab, der mit der europäischen Agrarkrise von 1875 im Niedergang begriffen war, da der Glaube an wirtschaftlichen Fortschritt, der mit Hilfe komparativer Vorteile zu erreichen sei, sich bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs verflüchtigt hatte. Die vom Getreideexport lebenden Bojaren hielten der Konkurrenz aus den USA, aus Kanada, Lateinamerika und den europäischen Staaten, die ihre Märkte schützten, nicht stand, und gerieten als bis dahin dominanter Stand in eine existenzielle Krise. Die Traditionalisten fanden keine zeitgemäße Antwort auf die Wirtschaftskrise

und scheiterten an ihrer reaktionären, lediglich ihrem Eigeninteresse verpflichteten politischen Haltung.

Die Randlage Rumäniens und die Kapitalarmut des Landes sorgten dafür, dass auch der industrialistische Weg einer Modernisierung aus eigener Kraft nicht beschritten werden konnte. Die Industrialisten unterschieden ähnlich wie die Traditionalisten zwischen Unter- und Oberschichten, wobei sie die Bauern für eine gewaltbereite Masse hielten, die sich den Modernisierungsbestrebungen der aufgeklärten Eliten beharrlich widersetzte. Dabei blieben die rumänischen Industrialisten den beiden zentralen Begriffen der *Nation* und der *Industrie* verpflichtet, die klassische Form des Liberalismus – mit der selbstreinigenden unsichtbaren Hand des Marktes – blieb ihnen fremd. Eine Öffnung und Demokratisierung der rumänischen Gesellschaft betrachteten sie mit Skepsis. Damit waren sie in Europa allerdings in guter Gesellschaft, denn der von *Harre* angeführte Vergleich mit den elitären französischen Liberalen und ihrer Kritik am französischen Parlamentarismus ist plausibel. Deshalb lässt sich an dieser Stelle auch nicht von einem rumänischen Sonderweg sprechen. Die Abkehr vom Kapitalismus und der (mimischen) Demokratie sowie die verstärkte Einschränkung des westeuropäischen Modells führten auch in Rumänien dazu, dass korporatistische (italienische) Gesellschafts- und Wirtschaftsmodelle Beachtung fanden und nachgeahmt wurden. Der Industrialismus näherte sich allmählich dem Faschismus an. (S. 103)

Den Agrarismus verortet die Autorin zwischen Marxismus und liberaler Demokratie und sie rekonstruiert seinen Ursprung aus der russischen Philosophie. Aus der pragmatisch-politischen Ebene beschreibt *Harre* die Bemühungen der Agraristen unterschiedliche Wählergruppen und Bevölkerungsteile für sich zu gewinnen, was die Sozialisten zeitweise durch die Einbeziehung und Einbürgerung der Juden erreichen wollten. Die Agraristen wandten sich gegen die Traditionalisten und Industrialisten, die sie für die Profiteure der kapitalistischen Transformation hielten, und betrachteten sich selbst als Avantgarde der benachteiligten Bauern. Kritisiert wurde die Form der *neuen Leibeigenschaft*, die nicht mehr durch gewohnheitsrechtliche Agrarverfassungen, sondern durch privatrechtliche Besitzverhältnisse durchgesetzt wurde. Man entwickelte die Vision einer bäuerlichen Moderne, eines Sprungs am Kapitalismus vorbei. Die Dörfer sollten sich – durch den Staat gestützt - in Form von Genossenschaften entwickeln.

Während die Agraristen in erster Linie die dörflichen Eliten ansprachen, also Lehrer, Priester und wohlhabendere Bauern, mit deren Hilfe auf dem Lande ein Mittelstand geschaffen werden sollte, konzentrierten sich die rumänischen Faschisten auf die sog. Dorfarmut. Die Faschisten sprachen sich sowohl gegen das traditionalistische als auch gegen das industrialistische und agraristische Entwicklungsmodell aus und propagierten den neuen Menschen, der sich einem von den Massen akzeptierten charismatischen Führer unterordnen sollte. Inhärent war diesem Entwicklungspfad die Demokratiekritik, indem postuliert wurde, dass ein systematischer Plan für alle Produktionszweige in einer Diktatur besser durchzusetzen sei als in einer Demokratie. Nach dem Rücktritt *Carols II* machte General *Antonescu* Rumänien von den Achsenmächten abhängig und nach dem Überfall auf die Sowjetunion wurde im Rahmen der deutschen Großraumwirtschaft die Kriegswirtschaft eingeführt. Diese Entwicklung begrüßten die rumänischen Ökonomen

auf recht opportunistische Art, obschon sie andererseits die Ausbeutung der kleineren Agrarstaaten durch die Großmächte beklagten.

Der nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzende Aufbau der Planwirtschaft als sowjetischer Entwicklungsstrategie wurde angesichts einer nicht vorhandenen wirtschaftswissenschaftlichen Alternative und den realpolitischen Machtverhältnissen von den rumänischen Ökonomen akzeptiert, auch von den einstigen Faschisten.

Die Autorin geht bereits in ihrer Einleitung auf die Besonderheiten des rumänischen ökonomischen Diskurses ein. Angesichts der Rückständigkeit des Landes sei der Blick der rumänischen Ökonomen im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen angsterfüllt gewesen, da man die staatlichen Unabhängigkeit bedroht sah und mit der wirtschaftlichen Entwicklung Westeuropas nicht mithalten konnte. Die Modernisierung verlor – so Harre – ihre Selbstverständlichkeit und wurde zum Planungsbegriff. Somit habe die Denkfalle der rumänischen Ökonomen in einer endlosen Zeitverschiebung bestanden, da die eigene Verlangsamung im Vergleich zu anderen Staaten beklagt wurde. Die geringe Autonomie der wirtschaftlichen Diskurse führte dazu, dass jede der vier Entwicklungsstrategien zu einem Kampfmittel um politische Macht und wirtschaftlichen Aufstieg instrumentalisiert wurde. Die Autorin, die herausarbeitet, dass die Ideengeschichte im Zentrum ihrer Arbeit stehe, setzt sich auch intensiv mit der Frage des Transnationalismus als Analysemethode auseinander und begründet, warum die rumänischen Debatten weitgehend geschlossene Gebilde bleiben mussten. (S. 22-23) Sie hebt in diesem Kontext hervor, dass lediglich *Mihail Manoilescu* internationale Bedeutung erlangte, nicht zuletzt durch seine Dependenztheorien, die die lateinamerikanische *dependencia* nachhaltig beeinflussten.

Die Untersuchung *Harres* zeichnet sich durch eine überzeugende Methodik aus und fußt auf einer beachtlichen Zahl von Primär- und Sekundärquellen. Die Arbeit verfügt über eine umfangreiche Bibliographie und einen Personenindex, der die Lektüre erheblich erleichtert, zumal die Namen zahlreicher rumänischer Protagonisten Nichtfachleuten weniger bekannt sein dürften. Es ist eines der Verdienste dieser Arbeit, auf sie aufmerksam zu machen.

Das Buch ermöglicht einen hervorragenden Einblick in die innerrumänischen historischen und wirtschaftlichen Diskurse seit Mitte des 19. Jahrhunderts. Dabei hat Harre aber sowohl die internationale Situation als auch den internationalen ökonomischen Diskurs immer im Blick.

Überdies verdeutlicht die Arbeit, vor welchen Herausforderungen das Land stand, als man vor zwanzig Jahren, nach über vierzig Jahren Planwirtschaft und Diktatur, damit begann, die Transformation zur freien Marktwirtschaft und parlamentarischen Demokratie in Angriff zu nehmen. Man kann nur hoffen, dass der rumänische Wirtschaftsdiskurs im Rahmen der seit 2007 bestehenden EU-Mitgliedschaft des Landes heute weniger angstbesetzt ist und sich authentischer entwickeln kann als das in den letzten einhundert Jahren der Fall war.

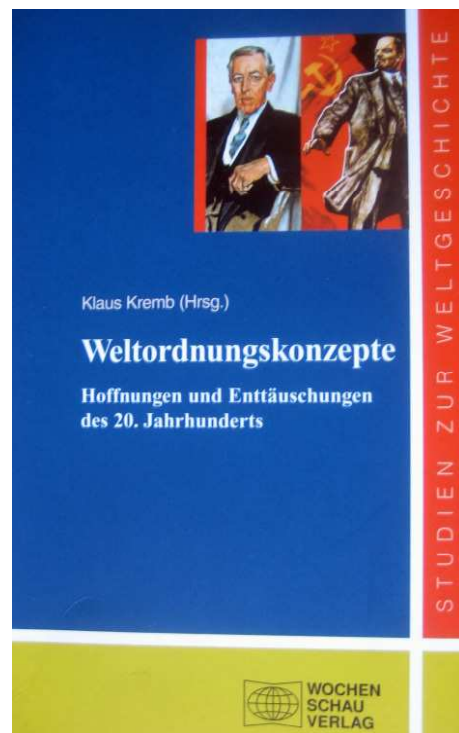
ZW

Klaus Kremb (Hg.): Weltordnungskonzepte. Hoffnungen und Enttäuschungen des 20. Jahrhunderts. Wochenschauverlag. Schwalbach Ts. 2010, 127 S.

Dieser von *Klaus Kremb* herausgegebene Sammelband, der in der Serie „Studien zur Weltgeschichte“ erschienen ist, besteht aus fünf Kapiteln, bei denen es sich jeweils um Überblicksdarstellungen handelt, die um entsprechend aussagekräftige Schlüsselquellen ergänzt werden. Im ersten einleitenden Kapitel liefert *Krems* in Anlehnung an *Eric Hobsbawm* einen Überblick über das „Jahrhundert der Extreme“. Präsentiert werden fünf gegensätzliche Begriffspaare, die jeweils für fünf Hoffnungen und fünf Enttäuschungen stehen: Demokratie vs. Antidemokratie, Menschenrechte vs. Genozide, Selbstbestimmung vs. Fremdbestimmung, Integration vs. Konfrontation, Positiver Friede vs. Alte Kriege. Die Zuspitzung im Hinblick auf diese gegensätzlichen Begriffspaare ist laut *Krems* auf Polarisierungen zurückzuführen, die sich aus vier Weltordnungssystemen ergaben: dem liberalen, dem kommunistischen und dem faschistischen Weltordnungsmodell sowie der Option der Dekolonisation. Für die Gegenwart kommt der Autor zum Ergebnis, dass spätestens nach dem 11. September 2001 die Geschichte mit aller Macht zurückgekehrt und die von *Francis Fukuyama* lancierte These vom Ende der Geschichte obsolet geworden sei.

Mit dem Hungervorhaben im „Unternehmen Barbarossa“ (1941) als Kalkül und Ideologie beschäftigt sich der Beitrag von *Wigbert Benz*, aus dem hervorgeht, dass der millionenfache Hungertod sowjetischer Zivilisten, etwa bei der Belagerung Leningrads, sowie sowjetischer Kriegsgefangener (zwischen 2,5 und 3,3 Millionen Tote) von den Nationalsozialisten nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern bewusst geplant und kaltblütig umgesetzt wurde. Deutlich gemacht wird auch, dass es für diese riesige Opfergruppe im historischen Bewusstsein Deutschlands weiterhin keinen Platz gibt. Die beiden ausgewählten Quellen spiegeln die Täter- und Opferperspektive exemplarisch wider.

Mit dem Thema Russland in Europa im Zeitalter der Extreme setzt sich *Hans-Heinrich Nolte* mit Hilfe sechs historischer Zugänge auseinander, wobei es ihm um welt-systematische Perspektiven geht: geistes-, politik-, wirtschafts-, kriminal-, militär- und diplomatiegeschichtlich. Der Autor kommt zu folgenden Ergebnissen: In Russland wurde der im Westen geprägte Wert der Gleichheit zur Maxime des Handelns; eine basisdemokratische Bewegung (Rätemodell) wurde zum Ausgangspunkt der Diktatur; das Land wurde ohne Rücksicht auf Verluste in nur einem Jahrzehnt industrialisiert und parallel dazu verübte man einen der größten Massenmorde im 20. Jahrhundert. Obwohl die UdSSR durch den Zweiten Weltkrieg etwa 27 Millionen Tote zu beklagen hatte, gehörte sie zu den Siegermächten. Schließlich sei die Demokratie in Russland nach 1991 nicht zusammengebrochen, obschon sich die soziale Situation der Bevölkerung erheblich verschlechtert habe. Die sechste These Noltens erscheint mir diskutabel, da wir es in Russland nicht erst seit *Putin* wohl eher mit einer *Demokratie* als mit einer



Demokratie zu tun haben. Auch die Aussage über das aufgrund überhöhter Rohstoffpreise induzierte russische Wirtschaftswachstum ist nicht mehr aktuell. (S. 52)

Mit der Stellung der USA im Ost-West-Konflikt beschäftigt sich *Jürgen Wilzewski*. Dabei behandelt der Autor den Ideenkonflikt (Menschenrechte, persönliche Freiheit), das Sicherheitsdilemma (Atomwaffen und Bedrohungspotenzial) sowie den Machtkonflikt (Wettrüsten, Entspannungspolitik, Konfrontation). Danach diskutiert er das Problem des gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses, also die Tatsache, dass sich die amerikanische Gesellschaft und der Kongress aus dem Schatten der *Imperial Policy* lösen konnten. Schließlich geht *Wilzewski* auf das institutionelle Lernen in den USA ein (Atomwaffensperrvertrag, SALT I, KSZE) und kommt zum Ergebnis, dass während des Ost-West-Konflikts Moral, Sicherheit, Macht und Normen komplementäre Bestandteile der amerikanischen *Grand Strategy* gegenüber der UdSSR gewesen seien. Den Artikel runden neun aufschlussreiche Schlüsseldokumente ab.

Schließlich beschäftigt sich *Kirsten Rütther* mit Entkolonialisierung und Unabhängigkeit im südlichen Afrika und beschreibt diese Prozesse aus regional- und weltgeschichtlicher Perspektive. Dabei wird deutlich, dass erst die Entkolonialisierung die Möglichkeit eröffnete, die Geschichte Afrikas professionell zu betrachten, etwa unter dem Blickwinkel eines *erwachenden Schwarzafrika* und eines *Neubeginns der Geschichte*. Allerdings sorgten die fehlende soziale Gerechtigkeit, Hunger und Armut dafür, dass das ehrgeizige Modernisierungsprojekt sich nicht durchsetzen konnte, zumal in Afrika der überaus komplizierte und häufig un abgeschlossene Prozess des sog. *nation-building* – anders als in Europa - auf die Staatenbildung folgte. Ferner gab es aus der Perspektive des südlichen Afrikas bei der Gewinnung der Unabhängigkeit und bei der Entkolonialisierung herbe Rückschläge und eine – besonders von Südafrika betriebene – Destabilisierung der Region.

Insgesamt ist *Rütther* bemüht die Doppelperspektive zu wahren: die Entkolonialisierung wird in erster Linie aus der Sicht Afrikas erzählt, ohne Europa auszublenden.

Das vorliegende Bändchen verfügt neben den überzeugenden Überblicksdarstellungen über instruktive Quellenanhänge, einen adäquaten Anmerkungsapparat und über eine recht knappe Auswahlbibliographie. Es stellt sicherlich einen guten Einstieg in eine komplex bleibende Materie dar.

ZW

Volker Epping, Christiane Lemke, Alim Baluch (Hg.): Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Anspruch oder Wirklichkeit? LIT Verlag. Berlin 2010, 241 S.

Dieser schmale Sammelband dokumentiert die Ergebnisse des dem Thema der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gewidmeten Dritten Europawissenschaftlichen Symposions des Jean Monnet Centers of Excellence Hannover, das am 19. Mai 2009 gemeinsam mit der Landeshauptstadt Hannover und dem Europäischen Informationszentrum im Neuen Rathaus in Hannover durchgeführt wurde.

Neben der von *Volker Epping* stammenden kurzen Einleitung besteht der Band aus sieben ausführlichen Beiträgen, in denen sowohl Historiker als auch Sozial-, Rechts- und Politikwissenschaftler sowie ein Brigadegeneral a. D. – der ehemalige Oberkommandierende des deutschen KFOR-Kontingents – zu Worte kommen. Wir haben es aber nicht nur mit unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen und Zugängen zu tun, sondern auch mit verschiedenen Fragestellungen, die allerdings alle dem Generalthema untergeordnet sind, wie die in der zweiten Säule des Vertrags von Maastricht beschriebene und eingeforderte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) umgesetzt und fortentwickelt wird und wie sie das Selbstverständnis der EU – als Zivil- und Friedensmacht – prägt.

Als leserfreundliche und kompetente historische Hinleitung erweist sich der einführende Artikel von *Michael Gehler*, in dem der steinige Weg von der 1954 endgültig gescheiterten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) bis hin zur 1998 entwickelten Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) nachgezeichnet wird. Nach Auflösung des Warschauer Paktes und einer grundlegenden Neudefinition der Aufgaben der NATO stellte sich für die EU die Frage, ob und wie sie - sowohl im Innern als auch im Äußeren - den selbst formulierten Anspruch einlösen könne, eine Friedens- und Zivilmacht zu sein. In diesem Kontext kommt *Gehler* für die zukünftige Rolle der EU zu folgenden Ergebnissen: Der Frieden müsse in Südosteuropa weiterhin stabilisiert und im Osten Europas weiter gesichert werden. Dabei sei besonders der Balkan zu einem Testfeld für die zukünftige Außen- und Sicherheitspolitik der EU geworden (IFOR, KFOR). Angesichts der Tatsache, dass die EU global betrachtet auch in absehbarer Zukunft außen- und sicherheitspolitisch sowie militärisch eine marginale Größe bleiben werde, sei man gut beraten, weiterhin aktiv am Aufbau und der Stärkung ziviler Strukturen in Krisenregionen mitzuwirken. Dabei stehe die Stabilisierung Südosteuropas und die Sicherung der Außengrenzen der EU im Zentrum, die Sicherheit Europas am Hindukusch verteidigen zu wollen sei hingegen nicht nur realitätsfern, sondern geradezu vermessen. Die EU solle demnach mit friedenserhaltenden Operationen im Rahmen der UNO und nicht-militärischen Aufbauhilfen ihr Profil als äußere Friedens- und Zivilmacht weiter stärken.



Der als Alternative formulierten Frage nach dem Selbstverständnis der EU, ob die Union eine Zivil- und Friedens- oder eine Militärmacht sei, geht *Gisela Müller-Brandeck-Boquet* in ihrer ausführlichen Darstellung nach. Das endgültige Ende der sicherheits- und verteidigungspolitischen Abstinenz der EU datiert die Autorin mit dem britisch-französischen Treffen von St. Malo im Dezember 1998 und mit der vom damaligen deutschen Außenminister *Joschka Fischer* am 12. 01. 1999 vor dem EP formulierten Forderung, eine europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität zu schaffen. Die nächsten Schritte waren der Beschluss des Europäischen Rats (ER), bis 2003 Krisenreaktionskräfte in einem Umfang von 60.000 Soldaten aufzustellen und bis März 2000 die für militärisches Krisenmanagement nötigen Institutionen zu schaffen (Dezember 1999, Helsinki).

In der Tatsache, dass sich die ESVP auf den Einsatz reiner Krisenreaktionskräfte beschränkt und sich auf die sog. Petersberg-Aufgaben (Krisenprävention und –management, postkonfliktuales peace bzw. state building) konzentriert, erblickt *Gisela Müller* ein einzigartiges Alleinstellungsmerkmal, das um ein wichtiges, zweites ergänzt werde: Die ESVP verfolge einen doppelten, militärischen und zivilen Ansatz in ihrer Kriseninterventionspolitik.

Allerdings bleibe die im Vertrag von Maastricht geschaffene GASP-Säule durch die einstimmige Beschlussfassung des ER und des Rats, die nachgeordnete Rolle der Kommission und die marginale Rolle des EP weiterhin intergouvernemental geprägt. Mit der Schaffung des Amtes eines Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, das im Vertrag von Lissabon neu zugeschnitten wurde, zeichne sich allerdings allmählich eine „Brüsselisierung“ und damit auch eine neue Governance-Methode für die GASP ab.

In der vom Hohen Vertreter (HV) *Javier Solana* erarbeiteten und im Dezember 2003 vom ER verabschiedeten Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) bekenne sich die EU zum Primat der Krisenprävention und zu einem effektiven Multilateralismus, sie verstehe sich also weiterhin in erster Linie als Stabilitätsregion für die eigenen Mitglieder und für die Nachbarregionen. Die Autorin kommt daher ähnlich wie *Michael Gehler* zum Ergebnis, dass die EU weiter an ihrem Leitbild als Friedensmacht, als „Zivilmacht mit Zähnen“ und als sanfte Interventionsmacht festhält.

Mit der tragenden Säule der europäischen Außenpolitik – der horizontalen Hierarchie im Recht der EU nach dem Urteil des EuGH in der Rechtssache C-91/95 - beschäftigt sich *Jan Martin Hoffmann*. Der Autor rekonstruiert und kommentiert das Urteil der Großen Strafkammer des EuGH vom 20. März 2008 in der Rechtssache C-91/95, in dem es um die Abgrenzung der Kompetenzbereiche zwischen der 1. supranationalen und der 2. intergouvernementalen Säule des Vertrags von Maastricht ging. Grundlage hierfür war die Nichtigkeitsklage der Kommission gegen den Beschluss 2004/833/GASP des Rates vom 2. Dezember 2004, der die Umsetzung der Gemeinsamen Aktion 2002/589/GASP vom 12. Juli 2002 begründen sollte. Der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) sollten seitens der Union finanzielle und technische Unterstützung zur Bekämpfung der Verbreitung kleiner und leichter Waffen zur Verfügung gestellt werden. Die Maßnahme des Rates verfolgte dabei zwei Ziele: Maßnahmen der Friedenssicherung, die zur 2. Säule gehören, sowie Maßnahmen zur Verbesserung der

Entwicklungsperspektiven, die der 1. Säule zuzuordnen sind. Im hieraus resultierenden Rechtsstreit, in dem es um die Problematik der horizontalen Kohärenz in den Außenbeziehungen sowie um die Notwendigkeit einer Hierarchie zwischen den Rechtsordnungen der EU im Falle fehlender Kohärenz ging, wurde deutlich, dass Generalanwalt und Gerichtshof zu unterschiedlichen Einschätzungen des Streitfalls kamen. Während der Generalanwalt die vorrangige Bedeutung des Beschlusses für die Sicherheitspolitik hervorhob und die Nichtigkeitsklage der Kommission ablehnte, etablierte der Gerichtshof einen Vorrang des Gemeinschaftsrechts (1. Säule) im horizontalen Verhältnis zur 2. Säule und erklärte den Beschluss der Rates damit für nichtig, ohne aber die gemeinsame Aktion als solche in Frage zu stellen. In dieser „Inkonsequenz“ erblickt *Hoffmann* eine mögliche Ankündigung des zukünftigen Vorgehens des EuGH: die kohärente Verfolgung außenpolitischer Ziele in allen Bereichen des auswärtigen Handelns der EU soll nach Lissabon dem Vertrag über die EU entsprechend (neuer Artikel 21 EUV) anerkannt und nicht zum Anlass genommen werden, Rechtsakte aufzuheben. Offenkundig wird damit nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon der Aufhebung der Säulenstruktur und des hierarchischen Verhältnisses zwischen den supranationalen und den intergouvernementalen Kompetenzbereichen Vorschub geleistet.

Robert Bund fragt in seinem sehr ausführlichen Beitrag danach, ob NATO und ESVP miteinander kooperieren oder konkurrieren. Nach einem historischen Abriss benennt der Autor die aktuellen vorrangigen Ziele der NATO: Fortsetzung der NATO-Erweiterung, ständige Anpassung des Fähigkeitsprofils sowie Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Verwiesen wird auf die im November 2006 in Riga von den Staats- und Regierungschefs gebilligte „Umfassende Politische Weisung“, in deren Zentrum der Begriff des „Comprehensive Approach“ steht, wobei sich die NATO allerdings nicht als integrierendes, sondern als koordinierendes Bündnis versteht. Im Hinblick auf das Verhältnis von NATO und ESVP wird auf den NATO-Gipfel in Straßburg und Kehl (April 2009) verwiesen. Auf diesem wurde betont, dass die Beziehung zwischen der NATO und der EU auf einer zuverlässigen funktionierenden strategischen Partnerschaft beruhe, in der die Verbündeten Risiken und Verantwortung in gleichen Teilen auf sich nehmen.

In einem weiteren Abschnitt rekonstruiert *Bund* die Entwicklung der GASP über die ESVP bis hin zur ESS. Nach einer kurzen Beschreibung der GASP wird betont, dass sich der Mehrwert der ESVP aus der Kombination ziviler und militärischer Fertigkeiten ergebe. In der ESS, die auf fünf Hauptbedrohungen (internationaler Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, Scheitern von Staaten sowie organisierte Kriminalität) reagieren müsse, wurden drei grundlegende strategische Ziele formuliert: Erstens müsse sich die EU frühzeitig mit den gesamten ihr zur Verfügung stehenden Instrumenten präventiv engagieren, wobei die erste „Verteidigungslinie“ sehr oft im Ausland liegen könne. Zweitens gehe es um die Schaffung von Sicherheit in unmittelbarer Nachbarschaft der EU, um zu gewährleisten, dass von den östlichen Grenzen der EU bis zum Mittelmeer ein Ring verantwortungsvoll regierender Staaten entsteht. Drittens sei ein wirksamer Multilateralismus auf der Basis des Völkerrechts anzustreben. Insgesamt betrachtet gehe die ESS von einem

umfassenden Sicherheitsbegriff aus und ziehe Krisenprävention einem militärischen Eingreifen vor. Die militärischen Mittel seien „Rapid Response Elements“ und der Einsatz von Battlegroups zur schnellen Krisenreaktion, wobei die militärischen ESVP-Operationen im Rahmen des „Berlin-Plus-Abkommens“ gemeinsam mit der NATO oder aber autonom durchgeführt werden. Die zivilen Mittel sind im „Civilian Headline Goal 2008“ festgelegt und decken die Bereiche Polizei, zivile Verwaltung, Zivilschutz, Beobachtermissionen sowie Unterstützung von EU Sonderbeauftragten ab. Es folgt ein Überblick über konkrete EU-Missionen, der von EU NAVFOR ATALANTA bis hin zu EULEX Kosovo reicht; danach geht der Autor auf die Kooperation zwischen NATO und ESVP ein, die auf der Berlin-Plus-Vereinbarung vom 17. März 2003 basiert. *Bund* kommt zum Ergebnis, dass ESVP und NATO sich auf vielfältige Weise ergänzen und keinesfalls in Konkurrenz stehen. Mit ihren zivil-militärischen Fähigkeiten biete die EU mit ihrer ESVP wirksame komplementäre Mittel zur ausschließlich militärisch agierenden NATO.

Mit der Rolle der im Jahre 1954 endgültig gescheiterten EVG beschäftigt sich *Sören Philipps*, wobei es ihm darum geht, nach den unverwirklichten Chancen der EVG und die daraus resultierende Verzögerung im europäischen Integrationsprozess zu fragen. Bekanntlich sahen nicht nur die Europäischen Föderalisten in der wirtschaftlichen Integration Europas lediglich einen ersten Schritt und setzten auf einen „spill-over“-Effekt, der allmählich zur vollständigen politischen Integration des Kontinents führen sollte. Dies schloss auch die Kernkompetenz des Nationalstaats – das staatliche Gewaltmonopol – mit ein. Der Autor diskutiert das Desiderat *Winston Churchills* vom 11. August 1950 (Schaffung einer europäischen Armee unter Einbeziehung deutscher Kontingente) sowie den Vorschlag des französischen Ministerpräsidenten *René Pleven* (Oktober 1950) zur Bildung einer Europa-Armee. Er betont, dass das damals noch vage formulierte Projekt einer Europäischen Politischen Union (EPU) den Rahmen für die im Vertrag zur EVG kodifizierten Inhalte bildete ging weit über die Regelungen des Maastricht- und Lissabon-Vertrags hinausging. Die EVG besaß demnach ein enormes integrationsförderndes Potential, das aus ihrem supranationalen Konzept der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik resultierte. Das Scheitern der EVG bedeutete, dass sich der erst im Maastricht-Vertrag von 1992 wieder aufgenommene Ansatz zur Einführung einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) um Jahrzehnte verzögerte. Trotz GASP und ESVP – so *Philipps* – habe sich die Wirtschaftsmacht EU angesichts der globalen Bedrohungsszenarien und im Vergleich mit den USA aber nicht zu einem gleichrangigen Akteur entwickelt. Die EU verstehe sich aus guten Gründen weiterhin als Zivilmacht (mit Zähnen). Der Autor fordert in diesem Zusammenhang, dass sich die politikwissenschaftliche Analyse des Zivilmachtcharakters der EU stärker um die Historisierung ihrer Gegenstände bemühen müsse und die EVG-Phase einzuschließen habe. Er kommt unter Berufung auf *Hans Ehlert* abschließend zum Ergebnis, dass das Scheitern der EVG den Prozess einer umfassenden EPU für viele Jahre unterbrochen habe.

Mit der Operation Althea, dem Peacekeeping in der Föderation Bosnien und Herzegowina (BiH), setzt sich der Artikel von *Alim Baluch* auseinander. Der Autor stellt die Frage, ob die EU mit ihrer Mission in BiH versagt oder im Gegenteil unter Beweis

gestellt hat, dass sie im Rahmen der ESPV in einem Krisengebiet Sicherheit garantieren kann.

Nach einer kurzen Charakteristik der EUFOR und ihrer ersten Einsätze in Mazedonien und der Demokratischen Republik Kongo stellt *Baluch* fest, dass die wesentlich größer dimensionierte Operation Althea angesichts der durch das Dayton-Abkommen implizierten ethnischen Segregation der Föderation BiH vor einer komplexen, kaum lösbaren Aufgabe stehe. Die Ethnisierung wirke als desintegrierender Prozess einem state-building entgegen, die ethnisierende, artifizielle Sprachenpolitik erweise sich bisher als ein für die Bevölkerung kaum nachvollziehbares Paradoxon. Grundsätzlich mangle es bei Bosniaken, Kroaten und Serben an einer Identifikation mit dem Staatsgebilde BiH, da die Voraussetzungen für einen echten Föderalismus (begründetes gemeinsames Interesse, selbst verstehende Freiwilligkeit) nicht vorhanden seien. Was könne die Operation Althea angesichts so gravierender Widersprüche also wirklich leisten? Es folgt eine detaillierte, kritische Beschreibung der Organisationsstruktur der Operation Althea (schwierige und problematische Stellung des EU Special Representative, der sehr weitgehende Befugnisse hat), wobei *Baluch* das bis 2008 bestehende System der Liaison Observation Teams (LOT) besonders hervorhebt, indem er auf das durchaus erfolgreiche Konzept des Soldaten als „Nachbar und Helfer“ abhebt. Der Autor kommt zu folgenden, ernüchternden Ergebnissen: Zwar konnte die EUFOR den im Dayton-Abkommen proklamierten Frieden gewährleisten, aber die intendierte Ethnisierung der Bevölkerung sei noch lange nicht abgeschlossen. Ferner fungiere die (pseudoföderale) Verfassung des Staates weiterhin als selbstblockierendes System und es bestehe wenig Hoffnung auf eine erfolgreiche Verfassungsreform mit der allfälligen Stärkung der Zentralregierung und der Aufhebung sich duplizierender Ministerien und Verwaltungen. Zwar bedeute die erfolgreiche Aufstellung gemeinsamer Streitkräfte einen großen Fortschritt, allerdings sei der Integrationsprozess nach der Streitkräftereform ins Stocken geraten. Die EU sollte deshalb – so *Baluch* – in erster Linie auf wirtschaftliche Anreize setzen, um zivilgesellschaftliche und integrative Strukturen zu fördern, zumal der Weg von BiH, das weiterhin einen protektoratsähnlichen Status innehat, zum EU-Beitrittskandidaten noch weit sei.

Die US-amerikanische Haltung gegenüber der GASP/ESVP rekonstruiert *Patrick Keller* im letzten Beitrag dieses Sammelbandes. Der Autor weist zunächst auf den doppelten Widerspruch in der amerikanisch-europäischen Debatte hin: Während die USA von Europa fordern, mehr (militärische) Verantwortung zu übernehmen, ohne dabei ein größeres Mitspracherecht zu erhalten, fordert Europa eben dieses größere Mitspracherecht ein, ohne die eigenen (militärischen) Fähigkeiten adäquat auszubauen. Das Verhältnis der beiden Bündnispartner oszilliere nach *Joylon Howorth* permanent zwischen „wedlock“ (einvernehmlicher Eheschließung) und „deadlock“ (gegenseitiger Blockade). Keller unterzieht die Europapolitik der einzelnen amerikanischen Regierungen seit den Wendejahren 1989/90 einer eingehenden Analyse. Die Haltung des amerikanischen Präsidenten *George H.W. Bush* (1989-1993) wird als „Yes, BUT“ charakterisiert, da die Bush-Administration recht besorgt und irritiert auf die im Maastricht-Vertrag formulierte GASP reagierte. Ein starkes Europa sollte nur zu amerikanischen Bedingungen akzeptiert werden. Diese lassen sich schlagwortartig auf

die bekannten „five Nos“ reduzieren: NATO primacy – No decoupling, No balancing, No entrapment, No duplication und No discrimination. Diese harsche Linie *Bushs* gegenüber der EU war – so *Keller* - ein Resultat der großen Verunsicherung, die sich nach dem Ende der bipolaren Weltordnung einstellte, als die NATO ihre Seinsberechtigung quasi eingebüßt hatte, das Versagen der EU angesichts der Jugoslawienkriege die sicherheitspolitische Führungsrolle der USA auf dem europäischen Kontinent festzuschreiben schien und die USA als einzige verbliebene Weltmacht für sich den Erhalt eines unipolaren Systems reklamierte (Defense Planning Guidance, 1992).

Unter *Bill Clinton* (1993-2001) wandelte sich das „Yes, BUT“ zu einem „Yes, but“, was darin zum Ausdruck kam, dass die kategorischen „five Nos“ aus der *Bush*-Ära durch die von *Madeleine Albright* formulierten „Three Ds“ (decoupling, duplication and discrimination) ersetzt wurden, die man auf europäischer Seite tunlichst vermeiden sollte, um eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen NATO und EU zu ermöglichen. Die USA stellten sich sicherheitspolitisch weiterhin gegen eine europäische Autonomie und gegen gleichberechtigte partnerschaftliche Beziehungen. Allerdings vertrat *Clinton* gegen Ende seiner Amtszeit eine Politik des liberalen Internationalismus (Vernetzung internationaler Institutionen unter Federführung der USA).

Unter *George W. Bush* (2001-2009) hatten die Kriege im Irak und in Afghanistan absolute sicherheitspolitische Priorität, die ESVP spielte nur eine marginale Rolle. Allerdings erfolgte während seiner Amtszeit die Formalisierung der Beziehungen zwischen der NATO und der EU (Berlin-Plus-Abkommen) und 2003 – also im Jahr der Irak-Kontroverse – legte die EU ihre eigene Sicherheitsstrategie (ESS) vor. Ferner traten am 1. Mai 2004 die stark pro-amerikanischen ostmitteleuropäischen Staaten der EU bei, so dass es innerhalb der EU zu einer gravierenden Veränderung der sicherheitspolitischen Optionen zugunsten der USA kam. Aus amerikanischer Sicht blieb allerdings auch in dieser Periode die alte Warnung vor dem „No balancing!“ wegweisend.

Keller resümiert, dass auch unter *Barack Obama* die Kontinuität amerikanischer Europapolitik erhalten bleibt. Europa soll ein leistungsstarker Partner sein, seine Stärke aber nicht in Konkurrenz zu den USA nutzen.

Der vorliegende Sammelband bietet eine Fülle von Informationen und zahlreiche originelle Interpretationsansätze zu einem Thema globalen Formats, das nicht nur die künftige sicherheitspolitische Ausrichtung einer sich noch immer erweiterten EU betrifft, sondern ebenfalls nach den Bedingungen und Möglichkeiten einer globalen Sicherheits- und Friedensordnung fragt, an deren Architektur sich die EU aufgrund ihres militärisch-zivilen Mehrwerts zukünftig noch stärker beteiligen sollte. Der unter großen Mühen zustande gekommene Lissabon-Vertrag bietet hierfür durchaus erfolversprechende Voraussetzungen.

ZW

Astrid Messerschmidt: Weltbilder und Selbstbilder. Bildungsprozesse im Umgang mit Globalisierung, Migration und Zeitgeschichte. Brandes & Apsel. Frankfurt a. Main 2009, 280 S.

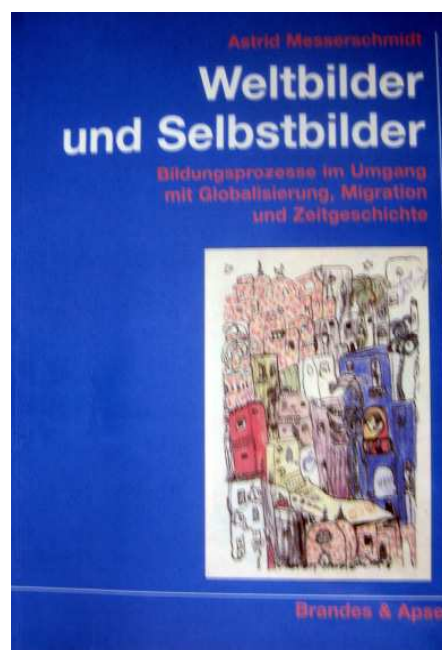
Diese lesenswerte Buch besteht aus vier übergeordneten Kapiteln, die sich mit den zentralen Fragen von Bildungsprozessen beschäftigen. Es bietet sich an, vorab die instruktive Einleitung der Autorin aufmerksam zu lesen, um sich auf die komplexe Thematik und Diktion dieser nicht leicht zu lesenden Texte, die ihren Ursprung in der kritischen Theorie haben, erkenntnisfördernd einzulassen.

Im Mittelpunkt der Darstellung steht die Einbezogenheit der Lehrenden, die im Zusammenhang mit den hier näher behandelten Themen *Globalisierung*, *Migration* und *Zeitgeschichte* ihre eigene Position und Haltung mitzudenken und mitzuvermitteln haben, um glaubwürdig zu sein und den Lernenden einen akzeptablen und nachvollziehbaren Weg zu kritischen Lern- und Bildungsprozessen zu eröffnen.

Dies hat zur Voraussetzung, dass die Autorin im Hinblick auf sich selbst ganz explizit von einem Involviertsein in die Zusammenhänge, die den Bildungsprozess ausmachen, ausgeht. Dabei positioniert sich Messerschmidt als Angehörige der (privilegierten) Mehrheitsgesellschaft, die – im Unterschied zu Eingewanderten – die Zugehörigkeit zu dieser Gesellschaft nicht legitimieren muss. Sie hält ferner fest, dass sie im Kontext der zeitgeschichtlichen Nachwirkungen des Nationalsozialismus lediglich den Blick der „Tätergesellschaft“ repräsentieren könne. Ebenso konstatiert sie, dass die Erfahrungen antisemitischer Diskriminierung und Stigmatisierung für sie nur äußerlich seien. Für das Thema Globalisierung hält sie fest, dass es ohne die Darstellung der eigenen Verstrickung in globalisierte Verhältnisse unmöglich sei, andere über Globalisierung aufzuklären. (S. 11-13) Nach dieser notwendigen Positionsbestimmung widmet sich die Autorin den oben benannten übergeordneten Themenkomplexen.

Im ersten Kapitel setzt sich *Messerschmidt* mit der Bildung in uneindeutigen Globalisierungsprozessen auseinander, wobei Fragen der Weltvergesellschaftung, einer Pädagogik in vermittelten Unterdrückungsverhältnissen sowie das Problem der Positionierung in der politischen Bildung intensiv behandelt werden. Die Autorin kommt im letzten Abschnitt dieses Kapitels zu dem plausiblen, wenn auch fatalen Ergebnis, dass sich politische Bildung zunehmend affirmativ gebe und wie ein Versicherungsunternehmen erscheine, das suggeriere, dass alles letztlich nicht so schlimm sei. (S. 75)

Das zweite Kapitel behandelt ein Thema, das in ganz Europa, aber auch gerade in Deutschland, in den letzten Jahren besonders akut ist und überaus kontrovers diskutiert wird. Es geht um Bildungsprozesse in der Einwanderungsgesellschaft, unter anderen um den zentralen Begriff der Differenz (komplexe Ungleichheitsverhältnisse), den



überfälligen Perspektivwechsel in der Migrationspädagogik sowie um konzeptionelle Überlegungen für Bildungsprozesse in der Einwanderungsgesellschaft. Wichtig erscheint mir in diesem Kontext die These, dass Veränderungen nicht von denen gefordert werden sollten, die es angeblich zu integrieren gilt, sondern (ebenfalls) von der etablierten Mehrheitsgesellschaft. Nur so werden die eigenen Bilder und gewohnten Muster selbst zum Problem und der Umgang mit Migration bedeutet dann in erster Linie Selbstreflexion und erst an zweiter Stelle die Überwindung behaupteter Fremdheiten. (S. 142)

Messerschmidt fragt im dritten Kapitel danach, wie es zu einer zeitgeschichtlich reflektierten Auseinandersetzung mit Rassismus und Antisemitismus in der Bildungsarbeit kommen kann. Hervorzuheben sind in diesem Kontext m. E. diejenigen Abschnitte, in denen sich die Autorin mit Abwehrreaktionen im postnationalsozialistischen Umgang mit Zeitgeschichte beschäftigt, die Generationenverhältnisse in zeitgeschichtlicher Reflexion behandelt und den involvierten Bildungsprozessen in zeitgeschichtlichen Nachwirkungen nachgeht. Hier scheint mir folgendes Credo – sowohl für die politische Bildung mit Erwachsenen als auch mit Jugendlichen – außerordentlich zutreffend zu sein:

„Zeitgeschichtliche Bildungsprozesse können erst angestoßen werden, wenn Fragen offen sind und deutlich wird, dass auch diejenigen, die als pädagogisch Handelnde Zeitgeschichte zum Thema machen, selbst Fragen haben. Erst dann finden auch Fragen der Teilnehmenden Resonanz, und ihr eigener Geschichtsbezug kann artikuliert werden.“ (S. 196)

Schließlich problematisiert die Autorin im letzten Kapitel die Suche nach einer selbstkritischen pädagogischen Theorie und Praxis. Hier geht es um Fragen einer entlarvenden Kritik, abwehrender Projektionen sowie um den von *Adorno* geprägten Begriff der *Halbbildung* als hegemonialer Bildung und das Thema einer selbstkritischen Bildung, die sich als engagierte Praxis versteht. *Messerschmidt* kommt dabei mit *Bierbaum* und *Büniger* zum Ergebnis, dass kritische Bildungstheorie ambivalent bleibe, da sie von zwei Perspektiven geprägt sei, die ohne dialektische Vermittlung bleiben. Zum einen ist Bildung stets das „Andere“ der Herrschaft (also quasi subversiv), zum anderen bleibe sie verstrickt und offen für Vereinnahmung. (S. 256) Somit verharre sie in einer Ambivalenz, die sich nicht vermitteln lasse.

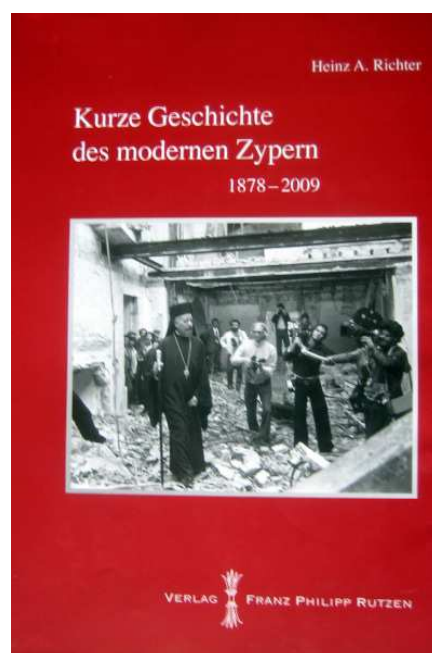
Das Buch ist besonders für Lehrende geeignet, die sich in einer Periode allgemeiner Unübersichtlichkeit, Verunsicherung und Orientierungslosigkeit darum bemühen, ihre eigene Position zu bestimmen und den Lernenden ein Minimum an Orientierung und Sicherheit zu vermitteln. Politische Bildung legitimiert sich eben nicht durch die pure Vermittlung von Faktenwissen und eine affirmative, nachvollziehende Beschreibung der real existierenden Verhältnisse. Vielmehr sollten deren Unzulänglichkeiten bestimmt und kritisiert werden. Allerdings nicht aus einer distanzierten, quasi emanzipierten und überlegenen Position des Besserwissens heraus, sondern aus dem Wissen darum, dass man selbst tief verstrickt bleibt und seine Position immer wieder neu zu überprüfen, zu bestimmen und zu artikulieren hat. Besonders in der Arbeit mit Jugendlichen, aber auch mit Eingewanderten, die eine gehörige Distanz zu Politik und Zeitgeschichte haben, sind Ehrlichkeit und das Bekenntnis zur eigenen Verunsicherung und Unruhe angebrachter

als ein Gestus intellektueller und moralischer Überlegenheit. Insofern bringt dieses gewiss nicht glatt zu lesende und einfach zu verdauende Desiderat Messerschmidts zahlreiche wertvolle Denkanstöße, die in die Praxis politischer Bildung einfließen sollten.

ZW

Heinz A. Richter: Kurze Geschichte des modernen Zypern 1878-2009. Verlag Franz Philipp Rutzen. Ruhpolding 2010, 272 S.

Diese kurze Geschichte des modernen Zypern stellt die Zusammenfassung des vierbändigen Standardwerks des Griechenland- und Zypernexperten *Heinz A. Richter* dar, das sukzessiv in den letzten Jahren erschienen ist und eine Entstehungszeit von sieben Jahren hatte. Das so gekürzte, aber immer noch voluminöse Werk, das über keinen durchgängigen Anmerkungsapparat verfügt, ist mit einer knappen Auswahlbibliographie und einem Namensindex ausgestattet. Der Autor hat seiner Darstellung zahlreiche zeitgenössische Fotografien der involvierten Protagonisten sowie gut lesbare Landkarten beigegeben, die einer willkommenen Veranschaulichung der dichten und faktenreichen Erzählung dienen. Dies gilt auch für die dem Werk eigens beigelegte englischsprachige Verwaltungskarte Zyperns aus dem Jahre 1965, die dem Leser einen guten Einblick in die geographischen Gegebenheiten und die verkehrstechnische Infrastruktur der Insel verschafft. Die Darstellung erhebt nicht den Anspruch eines wissenschaftlichen Handbuchs, sondern will einen interessierten deutschen Leser mit der neuesten Geschichte Zyperns vertraut machen. Die Abhandlung, die im Wesentlichen auf Primär- und Sekundärquellen in englischer, griechischer und französischer Sprache beruht, die aus Zypern, Griechenland, Großbritannien, den USA, Frankreich und Deutschland stammen, erfüllt sicherlich sämtliche wissenschaftliche Anforderungen. Das vom Autor in der Einführung formulierte Ziel, einen flott lesbaren, spannenden Text zu liefern, wird allerdings nur teilweise erreicht. Dies ist sicherlich der enorm komplexen Materie sowie der erfreulich differenziert dargestellten historischen Faktizität geschuldet, zumal Richter bemüht ist, alle involvierten Seiten angemessen zu berücksichtigen. Dies ist ihm gelungen, auch wenn er in seiner ansonsten ausgewogenen Darstellung mancherorts sehr explizit Stellung bezieht, am Handeln einzelner Protagonisten massiv Kritik übt und bedauert, dass die durchaus vorhandenen Chancen, für alle Seiten zu akzeptablen und letztlich friedlichen Kompromisslösungen zu kommen, nicht selten leichtfertig ausgeschlagen wurden. Angesichts der dramatischen Geschichte und der auch heute noch unbefriedigenden Verfasstheit dieses leidgeprüften europäischen Inselstaates muss man der kritisch-engagierten Diktion des Autors wohl beipflichten.



Das Buch gliedert sich in vier chronologisch geordnete Kapitel, die die Ära der britischen Kolonialherrschaft (1878-1948), die Periode des Kampfes um die Unabhängigkeit (1949-1959), den Zeitraum der Zerstörung der Republik (1959-1965) sowie den dramatischen Zeitabschnitt von Putsch, Invasion und Teilung (1965-1977) beinhalten. Schließlich wird in einem letzten knappen Exkurs die bis heute anhaltende, sich über Jahrzehnte hinziehende Ära vergeblicher Verhandlungen und Lösungsversuche (1977-2009) behandelt.

Im Mittelpunkt des ersten Kapitels steht das Streben des Britischen Empires, Zypern aus dem zerfallenden Osmanischen Reich herauszulösen und in Besitz zu nehmen. Dies gelang nach dem Berliner Kongress von 1878 und wurde in den folgenden Jahren von einer gnadenlosen Ausbeutung der als Kolonie behandelten Insel begleitet, deren Überschüsse als sog. Zypern-Tribut für die Tilgung der Schulden des Osmanischen Reiches verwendet wurden. Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurde Zypern von den Briten annektiert, wobei die bäuerliche Bevölkerung aufgrund der bis in die 1940er Jahre bestehenden Ausbeutung wucherischer Geldverleiher massiv verarmte. 1915 boten die Briten die Insel Griechenland an, was mit der Aufforderung verbunden war, die Fronten zu wechseln. Dies lehnte die deutschfreundliche Regierung unter König *Konstantin* allerdings ab. 1923 wurde Zypern Kronkolonie und es schloss sich eine Periode durchaus erfolgreicher politischer und sozialer Reformen an. Die Auseinandersetzung um den Zypern-Tribut und die Aktivitäten eines Teils der gegen den englischen Kolonialismus orientierten griechischen Zyprioten, die auf den Anschluss der Insel an Griechenland drängten (Enosis), führten allerdings Anfang der 1930er Jahre zu ersten Gewaltakten. Es entstand die Nationale Radikale Organisation EREK, die auf der türkisch-zypriotischen Seite entsprechende Gegenreaktionen hervorrief. Die rechtsextreme EREK setzte sich mit terroristischen Methoden für den Anschluss an Griechenland ein, das allerdings zurückhaltend blieb, da man das korrekte, aber weiterhin prekär bleibende Verhältnis zum Nachbarn Türkei nicht unnötig gefährden wollte. Die Briten bekämpften den Enosis-Gedanken auf allen möglichen Ebenen (Pressezensur, Schulbücher) und entwickelten eine patriarchalische Herrschaft (Gouverneur *Herbert Palmer*), die von *Richter* als „wohlwollende Autokratie“ bezeichnet wird.

Sie widersetzten sich auch nach dem Zweiten Weltkrieg einer Selbstständigkeit der Insel sowie der Enosis. Deshalb wurde 1948 ein Verfassungsvertrag erarbeitet, der den Zyprioten im Vergleich mit der Verfassung von 1925 mehr Mitsprache einräumen, sie aber fest an England binden sollte.

Während ein Großteil der griechischen Zyprioten jetzt aber nur noch die Enosis akzeptieren wollte („Enosis und nur Enosis“), erklärte sich der Führer der türkischen Zyprioten, *Rauf Denktaş*, mit der vorgeschlagenen Verfassung einverstanden und forderte die zypriotischen Griechen auf, sie auch zu akzeptieren. Schließlich scheiterte das Consultative Assembly im Mai 1948 an der Ablehnung der zypriotischen Linken (AKEL), die die Selbstständigkeit Zyperns forderte, was zur Folge haben sollte, dass Zypern bis 1960 per Dekret regiert wurde.

Der politische Kampf um die Unabhängigkeit Zyperns wurde von griechisch-zypriotischer Seite von Erzbischof *Makarios* und militärisch von dem fanatischen

Antikommunisten *Georgios Grivas* geführt, der mit dem Aufbau des rechtsextremen Kampfverbandes X (Chi) begann. Die Forderungen der zypriotischen Griechen oszillierten zwischen vollständiger Unabhängigkeit und Enosis und stießen auf den entschiedenen Widerstand der Briten und der Türkei, aber auch auf die Ablehnung der türkischen Zyprioten, die in einem unabhängigen Zypern befürchten mussten, aufgrund ihrer erheblich kleineren Bevölkerungszahl (18 Prozent der Gesamtbevölkerung) als Minderheit behandelt und dominiert zu werden. Also wurde auch hier mit dem Plan geliebäugelt, die Insel entweder an die Türkei anzuschließen oder zu teilen.

Dem von *Makarios* auf Griechenland ausgeübten Druck, die Zypern-Frage vor die UNO zu bringen, konnte die griechische Regierung nach einem massiven griechisch-britischen Zusammenstoß nicht standhalten. Die griechische Regierung reichte im August 1954 einen entsprechenden Antrag ein, in dem auch für Zypern das Recht auf Selbstbestimmung gefordert wurde, was faktisch die Enosis bedeutet hätte. Den Briten gelang es, eine Verschiebung der Behandlung des Antrags zu erreichen. Im März 1955 setzte der von *Grivas* geleitete bewaffnete Kampf (Terror der EOKA) ein, was London dazu veranlasste, nach einer politischen Lösung zu suchen. Den Briten gelang es, auf der in London stattfindenden Dreimächtekonferenz (29. August bis 7. September 1955) Athen und Ankara so geschickt gegeneinander auszuspielen, dass sich beide Staaten blockierten. Gleichzeitig begann man mit der fast ausschließlich aus türkischen Zyprioten bestehenden Spezialeinheit „Special Branch“ die Partisanen von *Grivas* erfolgreich zu bekämpfen. Die politischen Lösungsversuche (Tridominium-Plan, *Foot*-Plan, *Macmillan*-Plan) der Folgezeit waren nur wenig erfolgreich, da sie an den verhärteten Fronten auf beiden Seiten scheiterten. Inzwischen sprach sich die Mehrzahl der türkischen Zyprioten und die türkische Regierung in Ankara eindeutig für eine Teilung der Insel aus. Auch auf der türkisch-zypriotischen Seite waren nun bewaffnete Untergrundorganisationen (VOLKAN, TMT) entstanden, die den Terror der EOKA mit Gegenterror beantworteten.

Der politische Durchbruch wurde erst mit dem Vertrag von Zürich (Februar 1959) erreicht, der zwischen Griechenland und der Türkei geschlossen wurde und der nach langen und aufreibenden Verhandlungen in London schließlich auch von den Briten und den griechischen und türkischen Zyprioten unterzeichnet wurde. In ihm wurde das Bestehen der unabhängigen Republik Zypern durch die Türkei und Griechenland garantiert, die (ökonomische) Integration in einen anderen Staat sowie die direkte oder indirekte Teilung des Landes ausgeschlossen. Für die Briten als Garantiemacht war dabei entscheidend, dass ihre militärische Präsenz auf Zypern erhalten blieb.

Die Verfassung der Republik wurde von *Glaifkos Kliridis* und *Rauf Denktas* erarbeitet und von den Vertretern der Zyprioten und der Mutterländer am 6. Juli 1960 unterzeichnet. Das Hauptanliegen der Verfassung war es, einen neuen Konflikt zu verhindern. Dies sollte durch die Stärkung der Bi-Kommunalität auf allen Ebenen erreicht werden. Den türkischen Zyprioten wurden große Zugeständnisse gemacht, ihr Einfluss wurde weit über ihre reale Stärke angehoben. Während sie zufrieden sein konnten, strebten die griechischen Zyprioten schon sehr bald Veränderungen an. Ungeachtet dessen setzten die separatistischen Bewegungen ihre Aktivitäten auf der

Insel fort. Dabei verfolgte die türkisch-zypriotische Seite das Ziel, ethnisch homogene Siedlungsgebiete zu schaffen, um so eine Teilung der Insel vorzubereiten.

Makarios hatte zwar der Enosis abgeschworen und sich mit der Unabhängigkeit abgefunden, allerdings drang er auf die Ausweitung der Rechte der griechisch-zypriotischen Majorität. Nach heftigen Auseinandersetzungen wegen der in der Verfassung verankerten getrennten Stadtverwaltungen ließ *Makarios* 13 Punkte zur Verfassungsänderung erarbeiten, die – so *Richter* – überflüssig waren und zur Unzeit kamen. Die 13 Punkte seien eine bewusste Provokation gewesen, um eine kleine kontrollierte Krise hervorzurufen. So waren im Herbst 1963 die maßgeblichen Protagonisten beider Volksgruppen eifrig dabei, die durch die Verträge von Zürich und London geschaffene Ordnung zu beseitigen. Mit den blutigen Weihnachtsunruhen des Jahres 1963 setzte auf der Insel der Bürgerkrieg ein und es kam zu schlimmen Exzessen. Die Zypern-Frage kam vor den Sicherheitsrat der UNO und in der Resolution vom 4. März 1964 wurde die UN-Friedensgruppe UNFICYP ins Leben gerufen, deren Einsatz für ganze drei Monate vorgesehen war. Inzwischen befinden sich die Blauhelme bekanntlich seit nunmehr 46 Jahren auf der Insel.

Auf Zypern gingen indessen die blutigen Auseinandersetzungen weiter und die Türkei drohte mit militärischer Invasion. Die massive Intervention Washingtons (Brief *Johnsons* an *Inönü*) verhinderte dies zunächst, aber die im Anschluss erarbeiteten Pläne des einstigen US-amerikanischen Außenministers *Dean Acheson* zur Befriedung der Insel (Enosis und deren Kompensation durch türkische Militärbasen und Minderheitenschutz für die türkisch-zypriotische Bevölkerung) scheiterten am entschiedenen Widerstand von *Makarios*. Das Zypern-Dilemma blieb weiterhin ungelöst.

Durch die erneute Einmischung der Mutterländer im Jahre 1966 spitzte sich die Lage erheblich zu. Die nach dem Putsch ab April 1967 in Athen regierenden Obristen unter *Georgios Papadopoulos* betrieben die Enosis, und die Türkei drohte mit militärischer Intervention, da sie die Enosis, die einseitige Annexion Zyperns, nicht hinnehmen wollte. Die griechische Junta betrieb den Staatsstreich gegen *Makarios*, in dem sie nunmehr den Hauptgegner der Enosis erblickte. Auf Zypern verübte die terroristische, von rechtsextremen Obristen in Athen gesteuerte Nationale Front (EM) Anschläge, schmiedete Putschpläne und trachtete *Makarios* nach dem Leben. 1969 entwickelte man den Plan, *Makarios* zu ermorden, die Macht durch das Militär zu übernehmen und die doppelte Enosis – also die endgültige Teilung der Insel – herbeizuführen. Der erste, am 8. März 1970 durchgeführte, Anschlag auf *Makarios* misslang, die bestehenden Putschpläne wurden veröffentlicht, so dass sich *Makarios* weiterhin an der Staatsspitze halten konnte. Allerdings hatte er sowohl in Athen als auch auf der Insel entschiedene Feinde, zumal sein Erzrivale *Grivas* illegal nach Zypern zurückgekehrt war und die extremistische Kampftruppe EUKA B aufbaute, deren Ziel die Enosis war, die durch den militanten Kampf gegen *Makarios* erreicht werden sollte.

Die von *Makarios* aufgestellte Gegentruppe (Efedriko) konnte dies zunächst verhindern. Nach dem Tod von *Grivas* unterstand die EOKA B der direkten Kontrolle des Junta-Chefs *Dimitrios Ioannidis*, der *Papadopoulos* inzwischen gestürzt hatte und für den gegen *Makarios* gerichteten Putsch (15. Juli 1974) verantwortlich zeichnete. *Makarios*

konnte entkommen, rief zum Widerstand gegen die Putschisten auf, musste sich aber schließlich ins Londoner Exil flüchten. In der Türkei kam Ministerpräsident *Ecevit* zum Ergebnis, dass der Putsch auf Zypern eine verkappte Enosis bedeute und beschloss, militärisch zu intervenieren. Inzwischen errichtete der frisch ernannte Diktator *Nikos Sampson* eine Terrorherrschaft auf der Insel und ging brutal gegen die Makarios-Anhänger und die zypriotische Linke vor. *Ecevit* kündigte in London an, dass er auch notfalls unilateral intervenieren werde, um die türkischen Zyprioten zu schützen und die Enosis zu verhindern. Sowohl die Garantiemacht Großbritannien als auch die USA, die mit dem Watergate-Skandal und mit Weltpolitik beschäftigt waren, hielten sich aus dem Konflikt, den sie in seiner Dimension zunächst unterschätzten, heraus. Dem damals amtierenden amerikanischen Außenminister *Henry Kissinger* attestiert *Richter* im Zusammenhang mit dem Zypernkonflikt arrogante Ignoranz, Oberflächlichkeit und Inkompetenz. Da es zu keinem entschiedenen Druck seitens der maßgeblichen Westmächte kam, wurde aus der türkischen Intervention zur Herstellung des status quo ante schließlich die Invasion zur Teilung der Insel. Angesichts der türkischen Militärintervention hielt sich die griechische Junta, die den Konflikt provoziert hatte, nunmehr mit Militärhilfe für die zypriotische Nationalgarde zurück. Schließlich wollte man in keinen Krieg mit der Türkei geraten. Allerdings bewirkte die türkische Invasion auf Zypern, dass es in Athen zum Umsturz kam und die siebenjährige Diktatur beendet wurde. Unter *Konstantinos Karamanlis* wurde in Athen eine neue Regierung gebildet. Auch der zypriotische Diktator *Sampson* wurde nun durch *Kliridis* ersetzt. Trotz intensiver Verhandlungen auf der Genfer Konferenz im August 1974 und eines Waffenstillstandabkommens kam es zum weiteren Vormarsch der türkischen Truppen (Attila II), die nun endgültig die Teilung der Insel in Angriff nahmen.

Der türkische Vorstoß nach Famagusta hatte bereits zuvor zur Massenflucht der griechischen Zyprioten in den Süden der Insel geführt; dabei und auch später kam es zu massiven Menschenrechtsverletzungen. Der weitere Vormarsch der türkischen Armee führte letztendlich dazu, dass jeder dritte griechische Zypriote seine Heimat verlor und etwa 180.000 Menschen unter freiem Himmel von den Hilfsorganisationen versorgt werden mussten. Umgekehrt flohen etwa 23.000 türkische Zyprioten in den Norden Zyperns. Nachdem *Kliridis* in Abstimmung mit *Makarios* den Vorschlag gemacht hatte, zu den Verträgen von 1960 zurückzukehren und die Junta in Athen gestürzt worden war, fiel jede weitere Rechtfertigung für die türkische Invasion weg. Die Sympathien der Weltöffentlichkeit waren nunmehr eindeutig auf Seiten der Griechen und der griechischen Zyprioten. Die USA, die einzige Macht, die den Vormarsch der türkischen Verbände hätte stoppen können, hielt sich allerdings aus dem Konflikt heraus. Während *Kliridis* versuchte, die katastrophale Situation in den Griff zu bekommen und *Kissinger* aufgrund seiner pro-türkischen Zurückhaltung massiv kritisierte, trumpfte die türkische Seite selbstbewusst auf und *Denktaş* ließ verlauten, dass es ohne baldige Verhandlungen zu einer Konföderation oder zur Teilung der Insel mit eigenem türkischen Staat kommen würde. *Makarios* hob seinerseits hervor, dass es keine Verhandlungen geben könne, bevor sich die Türken nicht auf die am 9. August 1974 in Genf vereinbarte Waffenstillstandslinie zurückzögen. Die Fronten blieben verhärtet und da *Makarios* nicht bereit war, auf das von der Türkei propagierte Konstrukt einer bizonalen Lösung

einzu gehen, gab es kaum Hoffnung auf eine Verhandlungslösung. *Makarios* kehrte am 7. Dezember 1974 aus seinem Londoner Exil nach Zypern zurück und wurde von der Bevölkerung begeistert empfangen. Er glaubte noch immer an die Möglichkeit einer multikantonalen Lösung ohne Bevölkerungsaustausch; währenddessen hatte die türkische Armee bereits seit dem Herbst 1974 damit begonnen, die ethnische Flurbereinigung auf der Insel abzuschließen. *Denktaş*, der eine Konföderation mit einer entsprechend schwachen Zentralregierung vor Augen hatte, ließ in Nordzypern schließlich einen Separatstaat ausrufen. Die erst 1983 einseitig ausgerufene „Türkischen Republik Nordzypern“ hat bis heute noch keine völkerrechtliche Anerkennung gefunden. Die im April 1975 stattfindenden Wiener Verhandlungen, die unter der Auspizien des UNO-Generalsekretärs *Kurt Waldheim* standen, brachten aufgrund der intransigenten Haltung der türkischen Seite keine konkreten Ergebnisse. Und auch auf der KSZE-Konferenz vom 30. Juli 1975 wich die türkische Seite konkreten Lösungsvorschlägen, die von *Karamanlis* formuliert worden waren, aus. Schließlich scheiterte die sog. Brüsseler Paketlösung, die einen Verhandlungsrahmen liefern und direkte Gespräche zwischen *Kliridis* und *Denktaş* ermöglichen sollte, am Widerstand der griechisch-zypriotischen Hardliner. *Kliridis* sah sich zum Rücktritt gezwungen und *Denktaş* setzte sich mit seiner Realpolitik durch. Während *Makarios* noch immer an der Einheit Zyperns festhielt, wurde im Vorfeld der Gespräche zum sog. High Level Agreement von 1977 deutlich, dass *Denktaş* zwei lose Staaten mit möglichst viel Trennung anstrebte. Das High Level Agreement stuft *Richter* als vernünftigen Schritt zur Lösung der Zypern-Frage auf der Basis einer bikommunalen und bizonalen Föderation ein, zumal es bis heute die Grundlage für alle späteren Lösungsvorschläge darstellt. Allerdings sei das Abkommen um ca. ein Jahr zu spät gekommen. Mit dem Scheitern der sechsten Wiener Verhandlungen (März 1977) und nach dem Tod von *Makarios* im August 1977 zeichnete sich ab, dass zukünftig auf beiden Seiten wieder die Hardliner das Sagen hatten und eine Lösung der Zypern-Frage in weite Ferne rückte.

Der letzte, sehr knappe Abschnitt des Buches, in dem der Zeitraum von 1977 bis 2009 behandelt wird und der den bezeichnenden Titel „Verhandlungen und kein Ende trägt“, spiegelt eine Periode wider, in der es trotz zahlreicher Verhandlungs- und Vermittlungsansätze seitens der UNO und der USA zu keiner Lösung der weiterhin gravierenden Probleme (zum Beispiel das Varoşa-Dilemma) kam. Schließlich scheiterte im April 2004 auch der sog. *Annan*-Plan, da 76 Prozent der griechischen Zyprioten dagegen stimmten. Allerdings hatte sich die ablehnende Haltung der Bevölkerungsgruppen umgekehrt: Während zwischen 1989 und 2004 die türkisch-zypriotische Seite eine Lösung verhinderte, war es ab 2004 die griechisch-zypriotische Bevölkerung, die sich verweigerte. Positiv – so *Richter* – sei hervorzuheben, dass Zypern im Jahr 2004 EU-Mitglied wurde, was die Sicherung seiner staatlichen Existenz bedeutete. Allerdings dürfte dieser unvollkommen bleibende EU-Beitritt die Teilung der Insel zusätzlich vertieft haben, zumal es ein entsprechendes Votum der griechisch-zypriotischen Bevölkerung gab und Ankara aufgrund einer nur sehr vagen EU-Beitrittsoption keinen Grund hat, seine Position zu verändern.

ZW

